Bielefeld wieder vorn

Die Herausforderung

Wir Bielefelderinnen und Bielefelder sind fleißig, mutig, kreativ und voller Ideen. Jeden Tag stehen Menschen in unserer Stadt auf, um in ihrem Beruf oder ihrer Familie etwas voranzubringen, etwas für sich und andere zu erreichen. Die Politik im Rathaus kommt dabei aber nicht mit. Sie verzögert, bremst und blockiert Bürger und Stadt. Durch schlechte Entscheidungen, Passivität und falsche Prioritäten haben Verwaltungsspitze und Ratskoalition aus Bielefeld eine Stadt der verpassten Chancen gemacht. In nahezu allen Rankings und Städtevergleichen schneidet unsere Stadt unterdurchschnittlich ab. Deutlich kleinere Städte in OWL drohen uns in manchen Feldern den Rang abzulaufen. Das Baustellenchaos ist sprichwörtlich, Behördenwillkür nimmt zu, Wirtschaftspolitik wird gar nicht erst betrieben, ideologische Verkehrs- und Schulpolitik engt die Menschen ein und der Haushalt ist vor die Wand gefahren worden. Die Herausforderung für Bielefeld: Wir müssen umsteuern.

Als FDP waren wir die letzten Jahre die lautstarke, fordernde Opposition. Wir haben Alternativen aufgezeigt, die kurz vor der Wahl nun auch SPD und Grüne als Forderung stellen. Gewerbegebiete, sparsame Haushaltsführung, mehr tun für Sicherheit, bessere Baustellenkoordination – die Koalition versucht ihre Spuren zu verwischen. Unser Angebot war und bleibt klar: Mehr Mobilität statt Gängelung, mehr Wohlstand statt Abstieg, mehr Sicherheit statt Wegschauen, mehr Zutrauen in die Menschen statt Misstrauen, mehr Freiheit statt Bürokratismus. Unseren Fahrplan und unsere umfangreiche Ideensammlung für unsere Stadt haben wir in diesem Programm aufgeführt.

Unsere Agenda für 2030 – Bielefeld wieder vorn

Verkehr – Mobilität einfacher und nicht schwerer machen

Die Herausforderung

Die Verkehrspolitik hat in den letzten Jahren stark polarisiert. Konfrontative Politikansätze bringen die Stadt aber nicht voran. Menschen in unserer Stadt kann man nicht einteilen in „die Radfahrer“ und „die Autofahrerinnen“, denn die meisten nutzen flexibel und auf ihren Bedarf zugeschnitten verschiedene Verkehrsmittel und kombinieren diese. In der Innenstadt ist die Bevölkerungsdichte deutlich höher als in den Außenbezirken, daher sind die Mobilitätsanforderungen auch unterschiedlich. Eine Politik, die Menschen, Verkehrsträger, Innenstadt und Stadtbezirke sowie Mobilitätsbedürfnisse, Wirtschaft und Klimaschutz gegeneinander ausspielt, wird der Mobilitätsrealität nicht gerecht. Daher denken wir Verkehrspolitik als Miteinander-Mobilität von Verkehrsträgern, von Klimaschutz und Leistungsfähigkeit und von City und Stadtbezirken. Der Rückbau von Hauptverkehrsstraßen und der Kampf gegen Parkplätze waren in den letzten Jahren die hauptsächlichen Handlungsfelder von SPD, Grünen und Linkspartei. Die dafür aufgewendeten Kosten standen selten bis nie in einem angemessenen Verhältnis zum möglichen Nutzen. Häufig gab es gar keinen Nutzen, sondern lediglich Verschlechterungen. Die Umgestaltung Bielefelds und die gezielte Erzeugung von Staus ist eine falsche Prioritätensetzung.

Innenstädte haben kurze Wege zwischen Start- und Zielorten, Randbezirke lange. Das hat Auswirkungen auf die Wahl der geeigneten Verkehrsmittel. Jöllenbeck ist nicht Kopenhagen, Brake nicht Paris – Rezepte, die in Großstädten funktionieren, können keine Richtschnur in Bielefelds Stadtbezirken sein. Bielefeld ist eine Mischung aus Großstadt, Mittelstädten und ländlichen Räumen, darum braucht es eine raumdifferenzierte Verkehrspolitik. Ihre Zentralfunktion kann die Innenstadt nur dann wahrnehmen, wenn zwischen Umland, Peripherie und Innenstadt eine attraktive Verkehrsverbindung besteht. Die Erreichbarkeit der Innenstadt für auswärtige Besucherinnen und Besucher und ausreichende Parkmöglichkeiten sind eine wichtige Voraussetzung für den Handel als Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt.

Die Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer sind vielfältig und differenzieren sich immer stärker aus. Kinder, Schülerinnen und Schüler, Azubis, Geschäftsleute, Händler, Pendelnde, Einkäufer, Handwerkerinnen und Handwerker, Transporteure, Spaziergehende, Studierende, Eltern, Touristen, Senioren, mobilitätseingeschränkte Personen, Sportler – alle haben unterschiedliche Tagesabläufe und Mobilitätsbedürfnisse. Barrierefreiheit ist dabei, zumal in einer alternden Gesellschaft, ein wichtiges Ziel. Mobilität ist Teilhabe, von der niemand ausgeschlossen werden soll.

Die Eignung eines Verkehrsmittels wird von den Nutzerinnen und Nutzern nach einer Kosten-Nutzen-Abwägung bewertet. Dabei werden vor allem Zeit, Kosten, Umweltbelastung, Flexibilität, Bequemlichkeit und Pünktlichkeit miteinander abgewogen. Der motorisierte Individualverkehr hat dabei hinsichtlich Flexibilität, Kosten und Schnelligkeit in vielen Einsatzbereichen immense Vorteile, die für die Mobilität genutzt werden müssen, statt diese zu tabuisieren.

Neue Verkehrsmittel und Betreibermodelle sind in den letzten Jahren entstanden und werden weiter eine große Dynamik zeigen. Eine moderne Verkehrspolitik muss daher den Rahmen zur optimalen Entfaltung von Innovationen legen. Eine Festlegung auf Jahrzehnte ist dadurch zunehmend schwierig.

Unser Kompass

Wir möchten eine moderne, ökologische und soziale Verkehrspolitik, die es den Menschen leichter und nicht schwerer macht. Dafür wollen wir optimale Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in einem fairen Miteinander der Verkehrsträger und Miteinander der Nutzerinnen und Nutzer in allen Teilen der Stadt schaffen, Voraussetzungen bieten, dass der Verkehr klimaneutral werden kann und zugleich Wirtschaft und Handel in unserer Stadt fördern statt bedrohen.

Planwirtschaftliche Vorgaben zu Anteilen von Verkehrsträgern oder Umerziehen durch Einschränkungen im Alltagsleben dürfen in einer freien Gesellschaft keine politische Richtschnur sein. Eine solche Verkehrswende erzeugt Erschwernisse und Barrieren, die als „Verkehrswände“ wahrgenommen werden. Klimaneutralität erreichen wir nicht durch Verzicht und Einschränkung, sondern durch Innovation. Nur so können die Menschen auch weiterhin die Verkehrsmittel wählen, die für den gerade anstehenden Zweck am dienlichsten sind. Eine entemotionalisierte Verkehrspolitik muss anerkennen, dass der Individualverkehr große Vorteile hat. Auf diese zu verzichten, wäre ein Rückschritt und würde Einschränkungen im Lebensalltag und auch Wohlstandsverlust bedeuten, während emissionsfreie Antriebe Klimaschutz und optimale Mobilität verknüpfen können. Der ideologisch motivierten Kampf gegen Parkplätze ist eine Gefahr für Handel, Lebensqualität und Wohlstand in Bielefeld.

Nachhaltig sind Entscheidungen zur Verkehrspolitik nur, wenn diese auf breiter Zustimmung fußen. Knappste politische Mehrheiten oder eine Pseudo-Bürgerbeteiligung sind Garanten für gescheiterte Politikansätze.

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung beim privaten und öffentlichen Straßenverkehr im Sinne eines Smart-City-Konzeptes nutzen, die Infrastruktur für neue Verkehrsmittel und Antriebsarten modernisieren, das Miteinander der Verkehrsträger optimieren und den öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen.

Wir wollen Mobilität einfacher und nicht schwerer machen.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

➔ Individualverkehr verbessern, nicht bekämpfen

1. **Stadtplanung und Verkehr gemeinsam planen – Amt für Verkehr aus dem Umwelts Baudezernat.** Dem Grünen Umweltsdezernenten das Amt für Verkehr zuzuordnen, war ein großer Fehler von SPD, Grünen und CDU. Synergien werden nicht genutzt, das Amt steht für Pannen wie das Fahrradvideo und ein Gegeneinander innerhalb der Verwaltung wird verstärkt. Stadtplanung, Wirtschaft und Verkehr müssen in einem

Dezernat gemeinsam angesiedelt sein, um Entwicklungen effizient voranzutreiben und um Synergien zu nutzen.

2. **Mobilität verbessern, Modal-Split als Ziel abschaffen.** Oberstes Ziel der Verkehrsplanung in Bielefeld muss es sein, die Beweglichkeit aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Das derzeitige Ziel, den Anteil des Autoverkehrs zu halbieren, ist willkürlich festgelegt und führt zu einer Anti-Auto-Politik, ohne bessere Alternativen anzubieten. Die Klimaziele können deutlich besser, schneller und bedarfsgerechter durch alternative Antriebe von Automobilen erreicht werden.
3. **Kein Rückbau von Hauptverkehrsstraßen.** Bielefeld braucht ein Netz funktionierender Hauptverkehrsstraßen. Es wird mit der FDP keine Rücknahme von Fahrspuren oder andere sog. „Rückbauten“ von Hauptverkehrsstraßen geben. Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist ein wichtiger Standortfaktor. Den Rückbau der Heeper Str. wollen wir stoppen, die Pläne zum Johannistal nicht weiter verfolgen.
4. **Parkraumbewirtschaftung reformieren – Abzocke verhindern.** Die von der Koalition vorbereitete massive Ausweitung und Verteuerung der Parkraumbewirtschaftung werden wir ändern. Wir wollen mehr Mitbestimmung und Differenzierungen durch die Bezirksvertretungen, eine Rücknahme der Gebührenexplosion, und keine Ausweitung der bewirtschafteten und somit kurz- oder langfristig kostenpflichtigen Zonen. Wir lehnen Gebührenerhöhungen über der Inflationsrate bei Anwohnerparkausweisen ebenso ab wie eine Differenzierung nach PKW-Typ. Computergestützte Anzeigen von freien öffentlich Parkplätzen in Gebieten mit hohem Parkdruck (z.B. Altstadt) mit Hilfe der bereits heute flächendeckend verfügbaren LoRaWan Technologie sollen zur Vermeidung bzw. Verringerung des Parkplatzsuchverkehrs sinnvoll genutzt werden.
5. **Parkplatzgarantie für Geschäfte und Anwohner.** Wir wollen bei künftigen Verkehrsplanungen sicherzustellen, dass die bestehenden Parkmöglichkeiten vor Geschäften mit Kundenfrequenz erhalten bleiben. Hier kann eine Parkraumbewirtschaftung mit kostenlosem Parken für ein paar Stunden sinnvoll sein, um Dauerparker vor Geschäften zu verhindern. In Ausnahmefällen kann eine Verlegung von Parkmöglichkeiten erfolgen, dies aber nur in gleicher Anzahl, annehmbarer Entfernung und mit ausdrücklichem Einverständnis der betroffenen Geschäftsinhaber. Fallen durch Verkehrsplanungen Parkplätze im öffentlichen Raum weg, die von Anwohnerinnen und Anwohnern genutzt werden, muss es vor Beginn entsprechender Baumaßnahmen einen vollständigen Ersatz durch Quartiersgaragen geben. Die Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen soll damit dem Grundsatz folgen: Erst Ersatz, dann Umbau. Die Pläne zum Umbau der Jöllenbecker und Heeper Str. werden wir entsprechend abändern bzw. einstellen und werden in den letzten Jahren entfallene Parkplätze wie z.B. vor Geschäften an der Stapenhorst-Str. wieder einrichten.
6. **Grüne Wellen und KI - Autoverkehr verflüssigen.** Wir wollen Maßnahmen zur Verflüssigung des Autoverkehrs mit den Möglichkeiten eines Smart-City-Konzeptes um-

setzen. Durch intelligente Ampelschaltungen (Grüne Welle), KI-basierte Verkehrsleitsysteme, die Verkehrsströme dynamisch steuern, Optimierungen von Kreuzungen (Abbiegeregelungen, Kreisverkehre) sowie digitalen Informations- und Leitsystemen können Wohn- und Nebenverkehrsstraßen entlastet, Parkplatzsuchverkehre reduziert und die Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes sichergestellt werden.

7. **Ostwestfalendamm funktionsfähig halten – Tempo 100 auf der Stadtautobahn.** Der OWD ist als Stadtautobahn die zentrale Entlastungsstraße für Bielefeld und muss seine Leistungsfähigkeit behalten. Eine Temporeduktion auf Verlangen von Anwohnern lehnen wir daher ab und streben Tempo 100 auf der gesamten Strecke an. Lärmmindernde Maßnahmen wie die Verlegung von Flüsterasphalt befürworten wir. Wir wollen den Bau von Lärmschutzwänden und eine Deckelung im Bereich der Ausfahrt Quelle prüfen, wenn dies für Tempo 100 erforderlich sein sollte. Wir rechnen zudem mit einer Entlastung aufgrund der stärkeren Verbreitung von E-Autos.
8. **Innenstadtverkehre entlasten, OWD besser einbinden.** Wir wünschen uns eine bessere Nutzung des OWD und wollen z.B. durch eine Umgestaltung der Kreuzung Herforder Straße/Walther-Rathenau-Straße erreichen, dass Autofahrer aus Richtung Herford zweisepurig in Richtung Ostwestfalentunnel, statt wie derzeit zweisepurig in Richtung Jahnplatz, gelenkt werden. Weitere Verbesserungen von Zuführungen zum OWD wollen wir prüfen.
9. **Kein Tempo 30 ohne Grund.** Wir lehnen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 im ganzen Stadtgebiet ab. Stattdessen setzen wir auf eine gefahrenbezogene Differenzierung bei Geschwindigkeitsbegrenzungen. Tempo 30 ist in Wohngebieten, vor Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern sinnvoll, aber Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen, wie z.B. auf der Artur Ladebeck Straße vor dem Bethelack, führt zu keiner spürbaren Lärmreduktion, erzeugt Abkürzungs- und Ausweichverkehr in Wohngebieten, stellt den Sinn von ausgebauten Entlastungsstraßen auf den Kopf und ist reine Gängelung. Den Versuch, über den Lärmaktionsplan statt lärmreduzierender Maßnahmen auf Tempo 30 zu setzen stellen wir uns entgegen.
10. **Ja zur L712n.** Wir unterstützen und fordern die zügige Fertigstellung der L712N, der Verlängerung der Ostwestfalenstraße vom Autobahnanschluss Ostwestfalen-Lippe bis zur Herforder Straße. Sie entlastet die Stadtteile Altenhagen und Milse und erleichtert die Zufahrt nach Bielefeld über die Autobahn.
11. **Ortsumgehung Ummeln bauen.** Wir unterstützen und fordern die zügige Fertigstellung der B61N. Sie ist eine Verlängerung des Ostwestfalendamms (OWD) vom Anschluss der A33 bis zur Gütersloher Straße am südlichen Ende von Ummeln. Sie entlastet den Stadtteil und erleichtert und beschleunigt die Verbindung zwischen Bielefeld und Gütersloh. Die Stadt Bielefeld muss hier gegenüber der schwarz-grünen Landesregierung deutlicher auftreten, um das Verschleppen dieses Projektes zu verhindern.
12. **Artur-Ladebeck-Straße wieder zweisepurig machen – Bikelane zurücknehmen** Die

Anlage einer sog. Bikelane an der Artur-Ladebeck-Straße werden wir rückabwickeln. Sie hat sich nicht bewährt und hat eine ganz wichtige Straßenverbindung in Bielefeld chaotisiert. Wir wollen stattdessen eine Verbesserung des bestehenden Rad-Fußgängerweges in Auftrag geben.

13. **Kein Umbau des Johannistals.** Die völlig ungeeigneten Pläne zum Umbau der Straße Johannistal werden wir nicht umsetzen. Die Parkmöglichkeiten dort sind ein wirksamer Passivschutz für Fußgängerinnen und Fußgänger insbesondere für die Kinder der anliegenden Kita.
14. **Bauvorhaben einer Revision unterziehen.** Sämtliche Planungen zu Straßenneubau- und Umbauvorhaben werden wir hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Zielen einer pragmatischen und unideologischen Verkehrspolitik prüfen und soweit möglich revidieren oder zurückstellen. Die Umbauvorhaben Heeper Straße und Jöllenbecker Straße wollen wir besonders umfassend auf Revisionsmöglichkeiten prüfen.
15. **Zu-Fuß-Verkehr stärker berücksichtigen und in Planungen einbeziehen.** Fußgängerverkehr muss bei allen Planungen besser mitgedacht werden. Wir wollen insbesondere die Initiativen zur Schulwegsicherheit verstärken und systematisieren. Auf die Einhaltung von Verkehrsregeln auch bei Radfahrenden muss vor allem zum Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger stärker geachtet werden. Die Größe von Lastenfahrrädern sowie Schnelligkeit und Geräuscharmheit von Elektrorädern können zu Konflikten und Stresssituationen mit dem Fußverkehr vor allem auf gemeinsam genutzten Wegen führen. Aufrufe zu größerer Rücksichtnahme und Verhängung von Bußgeldern bei der Verletzung von Verkehrsregeln durch Radfahrer sind deshalb Aufgaben für die Fahrradstaffel des Ordnungsamtes und der Verkehrspolizei.
16. **Probleme mit E-Rollern begegnen, Verkehrsinnovation weiter ermöglichen.** Wir wollen die Nutzung von Leihfahrrädern und E-Rollern auch künftig um Free-Floating-Verfahren ermöglichen. Um problematisches Abstellverhalten und dadurch ausgelöste Behinderungen vor allem für Fuß- und Radverkehr zu vermeiden, wollen wir ein gestuftes Vorgehen anwenden. Hierzu gehören Anreize, die Fahrzeuge an bestimmten Orten abzustellen und verpflichtende Fotos beim Abstellen.

→ **Erst denken, dann Baustelle**

17. **Baustellen besser koordinieren.** Trotz mehrfacher Zusicherung, die Baustellen in der Stadt besser zu koordinieren, ist Bielefeld dabei nicht wirklich vorangekommen. Ein groß angekündigter „Baustellengipfel“ entpuppte sich als Alibi-Veranstaltung. Wir werden durchsetzen, dass die Planungs- und Koordinierungsprozesse genau analysiert werden, bei Bedarf auch durch Externe, und dann optimiert werden. Auch die Stadtwerke müssen stärker miteinbezogen werden und sich an eine koordinierte Vorgehensweise halten. Dass Straßen in kurzen Zeitabständen zweimal aufgerissen werden, ist eine unnötige Beeinträchtigung und vermeidbare Geldverschwendung.
18. **Dauer von Baustellen verkürzen.** Wir wollen die Dauer von Bauarbeiten stärker bei der Anbieterauswahl berücksichtigen. Überschreitungen der Baustellendauern sollen

mit Vertragsstrafen vermieden werden, Nacht- und Mehrschichtbetrieb auf Baustellen soll ermöglicht werden. Denn neben unnötigem Stau beeinträchtigen lange Bauzeiten Anliegerinnen und Anlieger im Alltag und im Fall von Geschäften kann aus einer langen Bauzeit auch eine Existenzbedrohung werden. Diese Kosten und Risiken rechtfertigen höhere Aufwendungen bei Ausschreibungen. Nacht- und Wochenendarbeiten dürfen nicht aus Gründen des Lärmschutzes per se außer Acht gelassen werden. Eine Verkürzung der Baustellenzeit und somit weniger Belastungen für die vielen Nutzer der Verkehrswege und die Belastung der Anwohner durch Lärm muss wieder in einen maßvollen Einklang gebracht werden.

19. **Digitale Verkehrs- und Baustellenplanung einführen.** Zu häufig wird bei Bauvorhaben eine Straßenverbindung einfach gesperrt und dann beobachtet, wohin sich der Verkehr orientiert. Verkehrschaos und Stau sind vor allem an den ersten Tagen solcher Baustellen die Folge. Wir wollen, dass als fester Bestandteil der Baustellenplanung eine geeignete softwaregestützte Verkehrssimulation eingesetzt wird und die Empfehlungen hieraus auch umgesetzt werden. Wohin fließt der Verkehr bei Sperrungen? Können auf wahrscheinlichen Ausweichstrecken Ampelphasen angepasst werden? Mit der Zeit von uns Bürgerinnen und Bürger muss sorgfältiger umgegangen werden.
20. **Anlieger bei Baustellen besser informieren.** Bauvorhaben bringen immer Beeinträchtigungen mit sich. Umso wichtiger, dass sich Anlieger und vor allem Geschäfte darauf einstellen können und Planungsvorlauf bekommen. Zum Teil erhielten Einzelhändler gerade einmal 10 Tage vor Baubeginn nur einen Zettel, mit dem eine mehrwöchige Vollsperrung angekündigt wurde. Wir wollen einen festen Ansprechpartner für Anlieger im Bauamt und Amt für Verkehr, der jederzeit und mit ausreichendem Vorlauf kontaktiert werden kann. Anlieger sollen ohne Zeitverzug über den Stand der Planungen informiert werden. Ihre Bedürfnisse sollen vor Planung der Baudurchführung erhoben werden, um diese in der Planung zu berücksichtigen.

→ ÖPNV stärken

21. **19 Euro Schulticket einführen.** Wir wollen ein Ticket für 19 Euro monatlich für das gesamte Bielefelder Stadtgebiet für alle Bielefelderinnen und Bielefelder unter 18 einführen. Gemeinsam mit vielen Eltern in unserer Stadt hatten wir erfolgreich Druck gemacht, die völlig überbezahlte Schülerbeförderung zu vergünstigen und das Bielefelder Schulticket einzuführen. Mittlerweile wurde es durch das Deutschlandticket Schule für 38 € pro Monat abgelöst. Wir bleiben dabei: Ein günstiges Schulticket macht die freie Schulwahl unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, macht Kinder mit dem öffentlichen Nahverkehr vertraut, entlastet Familien und ist der beste Beitrag zur Vermeidung von Schülerbringverkehr („Eltern-Taxi“). Wir wollen den Preis auf 19 € pro Monat senken und es für Geschwisterkinder weiter vergünstigen. Das Schulticket muss für alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler gelten, auch wenn sie Schulen in Nachbarkreisen oder nicht-städtische Schulen besuchen.

22. **365-Euro-Ticket für Azubis und Studierende einführen.** Wir wollen ein Jahresticket für 1 Euro pro Tag für Auszubildende und Studierende einführen, um Mobilität zu erleichtern und junge Menschen zu entlasten.
23. **Digitalisierung des ÖPNV vorantreiben.** Mit einem umfassenden Digitalisierungsschub wollen wir den ÖPNV von moBiel modernisieren. Hierbei geht es um bessere Kundeninformationen wie eine Verspätungsapp, Bus- und Bahnpositionen sowie Fahrgastzählungen in Echtzeit und digitale Fahrpläne an den Haltestellen. Innovatives Ticketing und eine generelle Open Data Policy gehören ebenfalls hierzu.
24. **Service und Komfort im ÖPNV verbessern.** Bus und Bahn fahren soll sicherer und komfortabler werden. Hierzu schlagen wir eine erhöhte Sauberkeit an Haltestellen vor und wollen in einer Sicherheitsoffensive Angsträumen identifizieren und beseitigen. Notruf- und Bestreifungskonzepte sollen die Sicherheit ebenfalls erhöhen. Komfortverbesserungen durch Klimatisierung, USB-Anschlüsse u.ä. erhöhen ebenfalls die Attraktivität des Nahverkehrs. Wir wollen besser lesbare und deutlich größere Kundeninformationen, Anzeigen von An- und Abfahrten, sowie von Verbindungen in wirklicher statt vorgetäuschter Echtzeit. angeboten werden. Die in Metropolen übliche, verständliche, einfache und hilfreiche Darstellung komplexer Verkehrsinfrastruktur wollen wir als Beispiel nehmen. Innovatives Ticketing und eine generelle Open Data Policy gehören ebenfalls zur Verbesserung von Komfort und Service.
25. **Die Infrastruktur für den ÖPNV verbessern.** Wir wollen ein Konzept „Stadtbahn 2045“ für Bielefeld erstellen. Die 2011 durchgeführte Potenzialanalyse „moBiel2030“, in der 15 unterschiedliche Stadtbahnerweiterungen bewertet wurden, soll in Verantwortung der Stadt aktualisiert werden. Nur durch eine sachverständige Untersuchung möglicher Stadtbahnerweiterungen können verschiedene Ausbauvarianten aussagekräftig analysiert werden. Dabei soll technologieoffen auch auf alternative, nicht-schienegebundene Angebote geschaut werden.
26. **Stadtbahnlinien weiter entwickeln.** Wir wollen ein Konzept „ÖPNV 2045“ für Bielefeld erstellen. Die 2011 durchgeführte Potenzialanalyse „moBiel2030“, in der 15 unterschiedliche Stadtbahnerweiterungen bewertet wurden, soll in Verantwortung der Stadt aktualisiert werden. Nur durch eine sachverständige Untersuchung möglicher Stadtbahnerweiterungen können verschiedene Ausbauvarianten aussagekräftig analysiert werden. Die Untersuchung soll technologieoffen vorgenommen werden, d.h. nicht ausschließlich auf das derzeitige schienegebundene Stadtbahnsystem beschränkt sein, sondern z.B. auch die Möglichkeiten von On-Demand-Verkehren berücksichtigen und das geplante S-Bahn Netz berücksichtigen und integrieren.
27. **S-Bahn OWL starten.** Den zahlreichen Absichtserklärungen zum Aufbau eines S-Bahn-Konzeptes in OWL müssen endlich Taten folgen. Wir wollen die bestehenden Schienen-Nahverkehrsverbindungen in der Region in einen verlässlichen Takt bringen und wichtige Strecken von Bielefeld in die Region ausbauen. Priorität hat dabei ein

Ausbau der Verbindung Bielefeld-Paderborn. Bielefeld muss sich vehementer als bislang für eine Taktverdichtung, Elektrifizierung und den zweigleisigen Ausbau der Sennebahn einsetzen. Hierdurch entsteht neben der „Stammstrecke“ Gütersloh-Bielefeld-Herford-Minden die zweite Hauptachse des Schienenverkehrs in OWL. Auf Bielefelder Stadtgebiet sind die S-Bahn-Stationen attraktiver zu gestalten, besser in die Verkehrsplanungen zu übernehmen und als Ausgangspunkte für Stadtentwicklungsplanungen zu verwenden.

28. **Sennestadt besser anbinden, Alternativen zur Linie 1 umsetzen.** Wir wollen zur sofortigen besseren Verbindung zwischen Sennestadt und Bielefeld-Mitte eine Expressbuslinie einrichten, die ohne Zwischenhalt zwischen Sennestadt und Hauptbahnhof/Jahnplatz über den OWD und die A33 bzw. Paderborner Straße verkehrt. Zudem wollen wir die Anbindung der Sennestadt an den Teilabschnitt Bielefeld-Paderborn der S-Bahn-OWL viel stärker nutzen. Hierzu wollen wir den Krackser Bahnhof ausbauen und attraktiver gestalten und eine bessere Busanbindung aus der Sennestadt zu diesem Haltepunkt einrichten. Die Sennestadt soll zudem als Pilotgebiet für autonome Demand-Verkehre ausgewiesen werden. Langfristig ist ein Ausbau der Sennebahn in Richtung Sennestadt-Nord zu prüfen. Die Erweiterung der Stadtbahnlinie 1 nach Sennestadt soll nicht weiter geplant werden, da überschaubare Vorteile die Kosten und Nachteile einer parallel zu einem bestehenden Schienenstrang zu bauenden Trasse nicht aufwiegen.
 29. **Bürgerbefragung Linie 5 achten.** Hinsichtlich einer Stadtbahnplanung nach Heepen fühlt sich die FDP weiter an das Ergebnis der Bürgerbefragung gebunden. Diese Beschlusslage kann nicht durch den Rat, sondern allenfalls durch eine erneute Bürgerbefragung geändert werden.
 30. **Taxen auf die Busspur.** Wir setzen uns dafür ein, dass auch Taxen die Busspuren nutzen dürfen. Sie sind Teil des ÖPNV, verbessern die Mobilität und reduzieren den individuellen Autoverkehr.
- ➔ **Radfahren pragmatisch verbessern.**
31. **Hauptstraßen für den Radverkehr schaffen.** Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der individuellen Beweglichkeit wollen wir, sofern es baulich möglich ist, eine Trennung von Rad- und Autoverkehr. Mit einer Parallelität und einem Magistralenkonzept können alle Verkehrsteilnehmer optimal den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum nutzen. So wollen wir ein durchgehendes Netz von Hauptverkehrsstraßen für den Radverkehr schaffen und die Hauptverbindungen des Autoverkehrs funktionsfähig halten. Vorbild ist dabei die Ausgestaltung des Ehlenruper Wegs als Fahrradstraße bei Beibehaltung der Zweispurigkeit der Detmolder Straße.
 32. **Hauptroute des Radverkehrs auch und gerade in Grünzügen.** Die durch Grünanlagen führenden Radfahrstrecken sollen angemessen beleuchtet und beschildert werden. Eine Tabuisierung von Radroute in Grünzügen lehnen wir ab, im Gegenteil wollen wir

diese, wo sinnvoll, zu Haupttrouten des Radverkehrs ausbauen. Fußwege sollten im Zweifel eher entlang der Radwege als entlang der Autostraßen erfolgen.

33. **Stückwerk bei Radwegen beenden und Radwege instandhalten.** Wir wollen durchgängige und sichere Radfahrstrecken mit vereinheitlichter Verkehrsführung schaffen. Bestehende Radwege wollen wir ausbessern und wo nötig sanieren. Dies hat Vorrang gegenüber dem Neubau auf wenig genutzten Strecken.
34. **Separate Radschnellwege nach Herford, Gütersloh und Halle bauen, keine Radfahr-schneise durch die Innenstadt.** Wir befürworten eine Anbindung der Nachbarstädte Gütersloh, Herford und Halle durch jeweils einen Radschnellweg. Diese Verbindungen sollen nicht auf den jeweiligen Autostraßenverbindungen ausgeführt werden und jeweils bis zu einer Ankunftsstelle in Bielefeld mit Mobilitätsstation geführt werden. Diese Sammelpunkte mit überdachten und gesicherten Radabstellplätzen, Bus- oder Stadtbahnhaltestellen bündeln den Radverkehr in die beiden Nachbarstädte. Ankommende Radfahrer können von dort ihre individuellen Ziele in Bielefeld erreichen. Die Führung eines Radschnellweges durch Bielefeld hindurch lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir innerhalb des Stadtgebietes Radwege als Zubringer ertüchtigen und Lücken schließen.
35. **Fußwege bei Bedarf für Radfahrer freigeben.** Reine Fußwege, die lt. StVO von Radfahrern nicht benutzt werden dürfen, sollten an verkehrsgefährdeten und stauträchtigen Stellen, z.B. auf der Bodelschwinghstraße, der Osningstraße und an anderen Stellen für die Nutzung durch Radfahrer freigegeben werden, sofern eine offene Sicherheitsabwägung Radfahrer/Autofahrer und Radfahrer/Fußgänger dies erfordert. Dies verbessert deutlich die Verkehrssicherheit und den reibungslosen Verkehr.
36. **Sicheres Abstellen von Fahrrädern ermöglichen.** Wir wollen gesicherte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof als auch an den Endstationen der Stadtbahn und an den Bahnhöfen schaffen. In der gesamten Stadt benötigen wir mehr Fahrradbügel. Eine Dauersubventionierung von Fahrradparkhäusern lehnen wir ab.
37. **Radfahrerinnen und Radfahrer besser schützen.** Bei der Neuplanung von Kreuzungen sind die Sicherheitsinteressen von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern stärker und pragmatischer zu berücksichtigen. Die Anbringung von Rundspiegeln an Ampelmasten, mit denen der Autofahrer die hinter ihm fahrenden oder wartenden Radfahrer sehen kann, kann ein wichtiger Beitrag sein, die Sichtbarkeit des Radverkehrs zu erhöhen. ...
38. **Kostenfreie Fahrradmitnahme im ÖPNV.** Um ÖPNV und Radverkehr besser miteinander kombinieren zu können, wollen wir die Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen kostenfrei ermöglichen, wo es die Kapazitäten erlauben.
39. **Fahrradleihsysteme fördern, aber nicht monopolisieren.** Bielefeld braucht weiterhin ein attraktives Leihfahrradangebot. Wir wünschen uns hier echten Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern und lehnen ein Monopol, auch seitens moBiel, ab.

→ Verknüpfung und Innovation bei Verkehrsträgern forcieren

40. **Mobilitätsstationen einrichten.** Wir wollen an strategischen Punkten in der Stadt Umsteigemöglichkeiten zwischen möglichst vielen unterschiedlichen Verkehrsmitteln anlegen. Dieses Netz an Mobilitätsstationen soll die Interkonnektivität des gesamten Mobilitätssystems deutlich erhöhen. Haltestellen der Stadtbahn, die mit Park & Ride ausgebaut werden, bieten sich für eine solche Zusammenschaltung von Verkehrsmitteln an. Der lange überfällige Ausbau von P&R Plätzen geht in dieser Planung auf. Mobilitätsstationen sollten mit Schnelladeplätzen, Stationen für Leihfahrräder, Elektrorollern, Bushaltestellen, Toiletten aber auch privatwirtschaftlichen Services (Werkstätten, Reinigung, LEH etc.) und ausreichend Parkplätzen ausgestattet werden.
41. **Zentrumsnahen Fernbusbahnhof einrichten.** Fernbusse sind ökologisch sinnvoll. Ihre Vorteile steigen bei einer guten Anbindung an die anderen Verkehrsteilnehmerarten ÖPNV und MIV (motorisierter Individualverkehr) deutlich. Die Nähe eines solchen Busbahnhofs zum Ostwestfalendamm und zum innerstädtischen Hauptbahnhof wird für eine deutliche Entlastung der Fahrten durch das Stadtgebiet sorgen. Auch für Tagestouristen, die etwa Kulturangebote und Einkaufsmöglichkeiten nutzen wollen, ist ein Bushalt in der Innenstadt ideal. Seit 2015 schlagen wir einen Standort in der Mindener Str. unter dem OWD vor, auch um die Umgebung aufzuwerten. Den für ca. 10 Jahre übergangsweise geplanten Fernbusbahnhof an der Josef-Masolle-Straße unterstützen wir, fordern aber eine deutlich zügigere Umsetzung als derzeit geplant. Allerdings ist und bleibt es ein Provisorium. Wir präferieren daher weiter den Standort Mindener Straße, der einen wesentlich eigenständigeren und größeren Fernbusbahnhof erlauben würde. gehört in die Mindener Straße unterhalb des OWD.
42. **Anbindungen an Fernverkehr mit Bahn und Auto verbessern.** Angesichts der zunehmenden Bedeutung des durch- bzw. an Bielefeld vorbeifahrenden Ost-West-Verkehrs fordern wir einen bedarfsgerechten Ausbau der A2, sowie einen Aus- oder Neubau der ICE-Strecke zwischen Dortmund und Hannover. Der ICE-Halt, aber auch die IC-Halte und die Halte anderer Fernbahnanbieter (z.B. Flixtrain) in Bielefeld müssen erhalten bleiben, ausgebaut und mit einem besseren Takt ausgestattet werden.
43. **Park and Ride ausbauen.** In der geschickten Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger liegen noch immer große Potenziale. Eine Möglichkeit ist hierbei der Ausbau von Park und Ride (P+R) Parkplätzen. Der nach langer Inaktivität von der Verwaltung vorgelegte Plan ist vollkommen unzureichend. Jahrelange ist dort nichts passiert, wir wollen die Kapazitäten deutlich erhöhen.
44. **Mehr Car-Sharing Flächen schaffen.** Die derzeit zur Verfügung stehenden Flächen für Car-Sharing müssen vor allem in den größeren Wohngebieten und in den Stadtteilen deutlich ausgebaut werden.
45. **Parkraum für den motorisierten Zweiradverkehr schaffen.** Im öffentlichen Straßenraum fordern wir deutlich mehr Abstellmöglichkeiten für den motorisierten Zweirad-

verkehr. Zum Beispiel durch Schrägabstellflächen oder die Freigabe von Flächen, die derzeit nur für den motorisierten und unmotorisierten Radverkehr vorgesehen sind. Auch dieser entlastet den Verkehr und die Umwelt, vor allem, da auch hier die Elektromobilität, derzeit vor allem im Ausland, stark auf den Vormarsch ist.

46. **Barrierefreiheit ermöglichen.** Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Dies gilt auch für Hilfsbedürftige und Menschen mit Behinderung und bedeutet u. a., dass sich diese Menschen uneingeschränkt in der Stadt bewegen können. Wir unterstützen daher Maßnahmen zur Barrierefreiheit, wie z.B. die Hochbahnsteige beim Stadtbahnumbau und -ausbau und setzen uns für eine umfangreiche Beteiligung des Beirats für Behinderte ein.
47. **Wasserstoff als Kraftstoff fördern.** Wir unterstützen die Einführung von Wasserstoffbussen durch moBiel und wollen die dafür vorgesehenen Wasserstofftankstellen auch für Privatfahrzeuge und für Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks öffnen.
48. **Ladeinfrastruktur für E-Mobilität systematisch aufbauen.** Die Emissionsfreiheit des motorisierten Individualverkehrs ist der Schlüssel zu einer klimaneutralen Mobilität. Bei der Ladeinfrastruktur hängt Bielefeld stark zurück. Daher brauchen wir eine konsistente Planung für den Aus- und Aufbau der Ladeinfrastruktur mit jährlich zu erreichenden Zwischenzielen. Hierfür muss das Netz entsprechend ertüchtigt werden. Privatanschlüsse, Stationen für Mehrfamilienhäuser, Ladestationen an P&R Plätzen und öffentliche Schnellladestationen müssen aufgebaut, versorgt und betrieben werden. Wir streben dafür eine offene Wettbewerbsstruktur mit unterschiedlichen Betreibermodellen an. Die dadurch möglicherweise entstehende Problematik unterschiedlicher Apps für die Verbraucher sehen wir als Übergangsproblem an. Dies darf kein Hinderungsgrund für Anbietervielfalt und echten Wettbewerb sein. Auch zur Beschleunigung des Aufbaus ist privates Engagement sowie ein Wettbewerb um die besten Angebote zu fördern.
49. **Verkehr als Innovationsquelle nutzen.** Wir wollen Bielefeld auch für die fernere Zukunft rüsten und wollen mehr Fortschritt bei der Mobilität wagen. Bielefeld soll Pilotregion für moderne Mobilität werden. Wir wollen Bielefeld als Standort auch für experimentelle Lösungen anbieten. Bielefeld hat groß- und kleinstädtischen sowie ländlichen Raum in einer Kommune und als Testlabor eine Tradition. Wir wollen, dass in Bielefeld Paketlogistik mit Drohnen, Modellprojekte mit Flugtaxen, das autonome Fahren in PKW, der fahrerlose ÖPNV (autonome Shuttlebusse) oder auch die schienenlose Stadtbahn getestet und eingesetzt werden. Eine Kooperation mit dem Flughafen Paderborn/Lippstadt, der für den Luftbereich ähnliches plant, wollen wir anstreben.
50. **Mehr private Mobilitätsangebote ermöglichen.** Bus- und Bahnverkehr, Leihsysteme, Ladepunkte, Mobilitätsstationen – wo immer möglich, wollen wir solche Leistungen ausschreiben oder gestatten, statt automatisch moBiel/Stadtwerke damit zu betrauen. Anbietervielfalt und privates Unternehmertum bieten auch bei

Mobilitätsangeboten Lösungen, die im Wettbewerb bestehen können.

Wirtschaft – Jetzt wieder verfügbar: Wirtschaftspolitik

Die Herausforderung

Bielefeld als Stadt des Mittelstands hat mit erfolgreichen mittelständischen Traditionsunternehmen, vielen Dienstleistern, Handels- und Handwerksbetrieben, aber auch zahlreichen neuen Start-ups eine solide Wirtschaftsstruktur, die in den letzten Jahrzehnten Wohlstand gesichert, Arbeit und Beschäftigung erzeugt und viele öffentliche Angebote ermöglicht hat. Desinteresse an Wirtschaftsthemen im Rathaus und eine gänzlich fehlende kommunale Standort- und Wirtschaftspolitik haben diese Struktur beschädigt und zu niedrigem Wohlstand und höherer Arbeitslosigkeit geführt. Gerade wachstumsstarke Unternehmen haben in Bielefeld keinen Platz zur Expansion bekommen, wandern ab oder siedeln sich erst gar nicht an. Die Arbeitslosenquote liegt in Bielefeld über denen aller anderen Kreise in Ostwestfalen-Lippe, über dem Landesdurchschnitt NRW und über dem Bundesdurchschnitt. Trotz Fachkräftemangel ist die Zahl der Arbeitslosen in unserer Stadt unter Rot-Grün auf über 16.000 gestiegen. Die einschränkende Verkehrspolitik von Rot-Grün ist u.a. für das Handwerk und vor allem für den Handel eine immer stärkere Belastung geworden.

Menschen, die arbeiten wollen, die Bielefelder Unternehmen und ihre Beschäftigten brauchen endlich wieder einen Partner im Rathaus, der genauso innovativ, ambitioniert und zukunftsorientiert ist wie sie selbst.

Untersuchungen haben gezeigt, dass die Attraktivität einer Stadt stark mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik einhergeht. Städte mit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum können mehr in Bildung, Soziales und Kultur investieren. Wenn eine Stadt erstklassige Leistungen anbieten will, kann sie sich keine unterklassige Wirtschaftspolitik leisten.

Statt ausschließlich zu fragen, wie wir leben, müssen wir uns jetzt wieder fragen: Wovon eigentlich? In Bielefeld muss endlich wieder Wirtschafts- und Standortpolitik gemacht werden. Statt zu überlegen, wie weit man Betriebe und Unternehmen belasten kann, muss wieder im Vordergrund stehen, wie man Betrieben und Unternehmen helfen kann, damit Arbeitsplätze gesichert bleiben und neue entstehen.

Unser Kompass

Die soziale Marktwirtschaft bleibt die beste Grundlage für qualitatives Wachstum und mehr Wohlstand für alle. Keine Großorganisation oder Bürokratie kennt die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser als er selbst. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft auch die demokratischste aller Wirtschaftsformen. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer. Das Erfolgsmodell Bundesrepublik Deutsch-

land hat klar gezeigt: Unsere Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft liefert bessere Ergebnisse als allen anderen Wirtschaftsformen. Daher ist das auch unser Rezept, um die Bielefelder Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu führen. Keine Partei kennt sich mit Wirtschaftspolitik besser aus als wir. Keine Partei streitet so konsequent für die soziale Marktwirtschaft.

Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern Austausch mit Menschen, Teilhabe am gemeinsamen Leben und Quelle von Selbstvertrauen und Zutrauen in das eigene Handeln. Die sozialste Politik ist daher die, die möglichst vielen Menschen die Chance gibt, einer eigenen Arbeit nachzugehen. Die Wirtschaft ist kein isoliertes, separates Objekt, sondern Wirtschaft, das sind wir alle. Daher ist unser Politikansatz auch weit gefasst. Nicht nur die unmittelbaren finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Standortfaktoren, sondern auch Felder wie Infrastruktur, Verkehr, Netzverfügbarkeit, Lebensqualität, Bildung, Kultur und viele andere mehr.

Auch Städte und Standorte stehen in einem Wettbewerb. Diesen wollen wir annehmen und für ihn wollen wir Bielefeld fit machen. Dazu gehört eine solide Haushaltsführung, die Prioritäten setzt und sparsam mit dem Geld der Bielefelderinnen und Bielefelder umgeht. Wir wissen: Jeder Euro, den wir für unsere Stadt ausgeben wollen, muss zunächst erwirtschaftet werden.

Wir wollen aus Bielefeld einen Standort machen, der in der ersten Liga deutscher Städte erfolgreich mitspielt. Als größte Stadt in OWL wird Bielefeld mit unserer Politik die wirtschaftliche Verknüpfung mit unserer Region verstärken und unser Einzugsgebiet als Stärke für den nationalen Wettbewerb nutzen. Dies gilt für alle Wirtschaftszweige, insbesondere für den Einzelhandel. Hier muss sich Bielefeld als europäisch geprägte Stadt begreifen. Die Innenstadt muss beispielsweise in der Konkurrenz zum Internet mehr sein als die Bedarfsdeckung mit Gütern. Wir brauchen interessante Erlebnismöglichkeiten, die eine hohe Aufenthaltsqualität bieten – in der City und den Bezirken.

Die Gründung der medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld durch die schwarzgelbe Landesregierung ist eine einmalige Chance für unsere Stadt und muss auch wirtschaftspolitisch genutzt werden. Start-ups und medizinische Cluster können dadurch in der Stadt und in der Region entstehen. Wir haben an diese Chance immer geglaubt und immer dafür gekämpft. Nun sind wir auch die Richtigen, daraus etwas zu machen.

Das Ziel, ein für Wirtschaft und Handel attraktiverer Ort zu werden, muss sich in allen Entscheidungen widerspiegeln. Die Kostenseite der Unternehmen entlasten, Gründungen unterstützen, Gewerbeflächen schaffen, Verwaltung wirtschaftsfreundlich ausrichten und als Partner jedes einzelnen Unternehmens begreifen - Nur so werden wir die Wirtschaftskrise bewältigen und Beschäftigung sichern. Ob produzierendes Gewerbe, Handel, Handwerk, Logistik, Freiberufler, Gastronomie, Landwirtschaft, Versorgung, Baugewerbe, Kreativwirtschaft ... – unsere Wirtschaft ist vielfältig und wir werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz in Bielefeld kämpfen.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Kernaufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung wahrnehmen

51. **Mehr Raum für Arbeitsplätze.** Seit Jahren herrscht in Bielefeld Gewerbeflächennotstand. Jahr für Jahr mussten knapp 100 Unternehmen, die sich erweitern oder neu in Bielefeld ansiedeln wollten, abgewiesen werden, da die rot-rot-grüne Koalition seit 2014 keinen einzigen Hektar Gewerbefläche geschaffen hat. So wurden Hunderte Arbeitsplätze ferngehalten und wachsende Unternehmen aus der Stadt gedrängt. Wir beenden diese Null-Platz-für-Wirtschaft Politik und wollen in den nächsten 5 Jahren 100 ha neue Gewerbegebiete ausweisen. Dazu brauchen wir eine Verständigung mit der Landwirtschaft und wollen alle Möglichkeiten der Ausgleichsflächenmobilisierung flexibel und auch außerhalb Bielefelds nutzen. Wir halten die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete nur dann für sinnvoll, wenn die zu schaffenden Arbeitsplätze auch von Bielefeldern sinnvoll eingenommen werden können. Eine Beteiligung an sehr weit vom Stadtgebiet entfernten Standorten ist für Bielefeld nicht attraktiv.
52. **Strategie für die Bielefelder Wirtschaftsförderung entwickeln und umsetzen.** Die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WEGE ist für Wirtschaftsunternehmen ein kompetenter Ansprechpartner. Durch die Rahmenbedingungen wie den Gewerbeflächennotstand ist sie jedoch auf Mangelverwaltung und Improvisation beschränkt. Wirtschaftsförderung in Bielefeld braucht aber eine klare Strategie. Wie nutzen wir die Standortvorteile wie Hochschulen, Verkehrsanbindung oder die Einbindung in eine starke Region optimal? IN einer Strategie sollte festgeschrieben sein, welche Cluster, Branchen- und Länderschwerpunkte gezielt entwickelt werden sollen, um im Standortwettbewerb attraktive Nischen zu besetzen, dort an die Spitze zu kommen und diese Stärken dann aggressiv zu vermarkten und auszubauen. Der Bedarf junger Unternehmen und von Start-ups muss gesondert untersucht werden und dabei einfließen, um zukünftig besonders wachstumsstark aufgestellt zu sein.
53. **Wirtschaftsförderung ein Gesicht geben.** Wir wollen eine hauptamtliche Geschäftsführung bei der WEGE einsetzen. Diese Position soll zur Stimme der Wirtschaft in der Verwaltung werden. Die bisherige Lösung, einen Dezernenten im Nebenamt damit zu betrauen wird der Bedeutung der Aufgabe nicht gerecht. Die Geschäftsführung muss unmittelbar dem Oberbürgermeister zugeordnet werden und Teil des Verwaltungsvorstands sein.
54. **Bielefeld zur Glasfaser-City machen.** Wir machen Bielefeld bis zum Jahr 2030 zur Stadt mit der besten Internetanbindung in Deutschland. Hierzu werden wir den Ausbau der Glasfasernetze direkt zum Nutzer vorantreiben und fördern. Alle Erdarbeiten an Versorgungsleitungen u.ä. müssen mit der Verlegung von Glasfaser kombiniert werden. Neben den Stadtwerken ermutigen wir alle Unternehmen, in Bielefeld in Glasfaser zu investieren.

→ Bielefeld als Wissenschaftsstadt entwickeln

55. **Echten Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft starten.** Die hervorragende Stellung Bielefelds als Wissenschaftsstandort sorgt für Nachschub von

Ideen, Innovationen und qualifizierten Arbeitskräften. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind unser Trumpf im Standortwettbewerb. Wir wollen, dass durch eine bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft die enormen Wachstumspotenziale stärker genutzt werden, z. B. durch den regelmäßigen Austausch von Wirtschaft, Politik und Hochschulen in einer Bielefelder Wissenschaftsrunde oder die Förderung von Existenzgründungs-Netzwerken.

56. **Jahrhundertchance medizinischen Fakultät nutzen.** Die medizinische Fakultät ist eine einmalige Chance für unsere Stadt. Diese von FDP und CDU vorangetriebene und von Rot-Grün ausgebremschte Infrastrukturinvestition holt Spitzenmedizin in unsere Stadt, macht unsere Kliniken wettbewerbsfähiger und stärkt in Kombination mit den bestehenden Fakultäten unsere Potenziale in Wissenschaft und Wirtschaft. Gemeinsam mit der Universitäts- und Fakultätsleitung werden wir endlich eine langfristige Strategie entwickeln, wie diese Chance optimal genutzt und der Aufbau so intensiv wie möglich durch die Stadt begleitet wird. Wer wie Rot-Grün nie dran geglaubt hat, ist nicht der Richtige, diese Chance zu nutzen. Das versandete Projekt Wissenschaftsstadt wollen wir wiederbeleben und einen verbindlicheren Rahmen hierfür vorgeben.
57. **Studiengang Pharmazie in Bielefeld ansiedeln.** Wir wollen, dass sich Bielefeld auf allen Ebenen für die Eröffnungen eines Instituts für Pharmazie an der Universität Bielefeld einsetzt. Dieses soll an die medizinische Fakultät angekoppelt sein und den allgemeinmedizinischen Schwerpunkt ergänzen. Darüber hinaus erhöht ein Institut für Pharmazie das Innovations- und Gründungspotenzial Bielefelds, etwa bei der Forschung zu neuen Therapien.
58. **Außeruniversitäre Forschung nach Bielefeld holen.** Wir wollen, dass in Bielefeld ein Max-Planck-oder Fraunhofer-Institut angesiedelt oder eine vergleichbare institutionalisierte Forschungsförderung zusätzlich initialisiert wird. Gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Hochschule werden wir ein Konzept erarbeiten, wie und in welchem Fachbereich eine solche Ansiedlung vielversprechend ist und wie dies durchgesetzt werden kann. Die Stadt wird die notwendigen Flächen mobilisieren, um sich zukünftig ernsthaft und mit Vorratsflächen um eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung bewerben zu können.

→ Keine Angst vorm Gründergeist

59. **Bielefelder Gründerstipendium einführen.** Ein Jahr sich voll auf die Entwicklung einer Geschäftsidee fokussieren zu können – Wir wollen jedes Jahr fünf Gründerinnen und Gründern, die in Bielefeld anfangen wollen, für 12 Monate mit 1.000 € pro Monat fördern. Das Einwerben privater Mittel hierfür ist zu prüfen. Das Bielefelder Gründerstipendium ergänzt das entsprechende NRW-Programm.
60. **Hochschulausgründungen forcieren.** Wir wollen, dass die WEGE ihre Anstrengungen zur Förderung von Existenzgründungen deutlich verstärkt. Ein Schwerpunkt sollen dabei Hochschulausgründungen sein. Die bestehenden Gründungsinitiativen werden wir stärker unterstützen. Der nächste Dr. Oetker soll wieder aus Bielefeld kommen.

Politik für Gründerinnen und Gründer wird mit uns Chefsache, denn das entscheidet mit über den langfristigen Erfolg unserer Stadt.

61. **Gründungen von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit nicht-deutscher Muttersprache fördern.** Zweiter Schwerpunkt der gezielten Gründungsförderung sollen Gründungen durch BürgerInnen mit Migrationshintergrund sein. Hier hat Bielefeld ein hohes, noch ungenutztes Potenzial und hier können gezielte Beratungsangebote und ihre werbliche Kommunikation viel bewirken. Ein Teil des Integrationsbudgets sollte in Kommunikations- und Beratungsangebote mit dieser Zielrichtung fließen.
62. **Gründungsfonds und Gründungspreis einrichten.** Um Unternehmensgründungen mit Sitz in Bielefeld Finanzierungen in frühen Phasen (Seed-Capital, Early Stage-Capital) zu ermöglichen, wird die WEGE einen Gründungsfonds einrichten. Dieser Fonds steht externen Geldgebern und insbesondere der Sparkasse Bielefeld offen. Wir wollen zudem einen Bielefelder Gründungspreis ausloben und so Aufmerksamkeit und Kapital mobilisieren. Gründungsfonds und Gründungspreis werden wir in Kooperation mit den bestehenden Gründungsinitiativen initiieren und durchführen.
63. **Flächen für Ausgründungen um die Hochschulen schaffen.** Bielefeld braucht mehr Räume im Umfeld der Hochschulen, um Ausgründungen einen Start zu ermöglichen und sie frühzeitig an den Standort Bielefeld zu binden. Neben Inkubatoren sind flexible, größere Büroflächen und schließlich freie Flächen für unternehmensbezogene Bauvorhaben vorzuhalten, damit junge Unternehmen auch am Standort groß werden können. Neue, wissensbasierte Dienstleistungsunternehmen entstehen vor allem rund um die Hochschulen, wenn der Raum da ist. Andernfalls wandern sie ab. Wir unterstützen die bisherigen Aktivitäten der WEGE zur Start-up-Förderung sowie das geplante BRIC-Gebäude uneingeschränkt und setzen uns für jeden Quadratmeter Fläche für jungen Unternehmen ein. Wir wollen darüber hinaus Standorte für weitere Gründerzentren in Hochschulnähe, der Innenstadt und auf den Konversionsflächen identifizieren. Neben Inkubatoren sind flexible, größere Büroflächen und schließlich freie Flächen für unternehmensbezogene Bauvorhaben vorzuhalten, damit junge Unternehmen auch am Standort groß werden können. Neue, wissensbasierte Dienstleistungsunternehmen entstehen vor allem rund um Hochschulen, wenn der Raum da ist. Diesen wollen wir bereitstellen.

→ Solide wirtschaften, Steuern senken

64. **Steuern senken, nicht erhöhen.** Wir schließen in den nächsten 5 Jahren die Erhöhung von Steuern kategorisch aus. Wir wollen die Gewerbesteuer ab 2026 jedes Jahr um 10 Punkte senken und dass im Rahmen einer Wirtschaftswende für Bielefeld frühzeitig beschließen. Damit und mit dem Abbau des Haushaltsdefizits setzen wir ein Entlastungssignal, geben der Wirtschaft Planungssicherheit, stoppen die Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen und sorgen für höhere städtische Einnahmen.
65. **Hundesteuer abschaffen.** Die durch Rot-Grün vorgenommene Erhöhung der Hundesteuer um 20% werden wir als eine unserer ersten Maßnahmen rückgängig machen.

Die Hundesteuer ist sozial ungerecht, da sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird, bürokratisch und in Bielefeld deutlich höher als in Nachbarkommunen. Wir wollen die komplette Abschaffung der Hundesteuer.

66. **Zweitwohnungssteuer abschaffen.** Die Zweitwohnungssteuer erzeugt äußerst geringe Einnahmen und ist eine Einmischung in private Lebensentscheidungen. Sie verursacht zudem zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Um etwa Studierende zur Anmeldung ihres ersten Wohnsitzes in Bielefeld zu bewegen, setzen wir eher auf freiwillige Anreize als auf eine Steuer.
67. **Clubs unterstützen, Tanzsteuer abschaffen.** Wir werden die veranstaltungsbezogene Vergnügungssteuer abschaffen. Das ist eine Hilfe für Clubs und Discotheken, die durch ein geändertes Ausgehverhalten vor Herausforderungen stehen aber die für die Attraktivität einer Großstadt von zentraler Bedeutung sind. Bielefeld hat bislang die höchsten Steuersätze in NRW und führt die Erhebung noch dazu besonders bürokratisch durch. Mehrfach wurden unsere Anträge auf vollständige Abschaffung abgelehnt. Um Investoren Planungssicherheit zu geben, ist das schnelle und endgültige Ende dieser Steuer für uns unabdingbar. Die Besteuerung von Geldspielautomaten wollen wir hingegen bestehen lassen.
68. **Keine neuen Steuern.** Die Erfindung und Erhebung neuer Steuern durch die Stadt lehnen wir ab, weil sie zusätzliche Belastungen darstellen und den bürokratischen Aufwand nicht rechtfertigen. Betten-, Katzen- oder Pferdesteuern wird es in Bielefeld mit uns nicht geben.
69. **Keine Verpackungssteuer einführen.** Die Einführung einer Abgabe/Steuer auf Einwegverpackungen in der Gastronomie wird von den Grünen forciert. Die Steuer macht Essen unterwegs teurer, zugleich reduziert sie nicht das Müllvolumen, wie eine Studie der Universität Regensburg zeigt. Wir lehnen diese Steuer klar ab.
70. **Bürokratie abbauen, Gewerbesteuerprüfer anders einsetzen.** Die ausufernde Bürokratie ist ein Ärgernis für Wirtschaft und Bürger. Viele Unternehmen klagen zunehmend lauter über das bürokratische Dickicht. Dem werden wir entgegentreten und wollen die Stellen der Gewerbesteuerprüfer zu Anti-Bürokratiebeauftragten für die Stadt Bielefeld umwandeln. Die rot-grüne Koalition war der Meinung, dass steuerzahlende Unternehmen noch nicht genug Steuerbürokratie zu bewältigen haben und hat zwei Gewerbesteuerprüfer eingestellt. Zuständig für die Kontrolle der richtigen Steuerzahlung ist das Finanzamt, nun sitzt manchmal noch ein städtischer Angestellter zusätzlich dabei. Die meisten Unternehmen verstehen das zu Recht als ein Misstrauenssignal an die Wirtschaft und die Erzeugung unnötiger Bürokratie. Wir wollen, dass die Stadt zunächst selbst ihre eigenen Prozesse prüft und Verschwendung öffentlicher Mittel vermeidet. Daher sollen die Gewerbesteuerprüfer als Anti-Bürokratiebeauftragte das Rechnungsprüfungsamt verstärken. Dieses Amt untersucht die internen Vorgänge in der Stadtverwaltung und ist eigentlich das einzige Amt in dem Oberbürgermeister und Koalition gezielt und nachhaltig Stellen abgebaut haben. Ziel dieser Anti-Bürokratie-Offensive ist die Vereinfachung der Interaktionen

zwischen Unternehmen und Stadt sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt. Zum Aufgabenfeld sollen zudem die Abschaffung nicht benötigter Vorschriften, die Nutzung der Digitalisierung zur Verschlankung und Automatisierung von Prozessen sowie eine bessere Verständlichkeit unbedingt erforderlicher Formulare gehören. Alle kommunalen Regelungen sollen auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft werden.

71. **Grundsteuerreform anmahnen.** Bei der Reform der Grundsteuer soll sich Bielefeld beim Land NRW für die Umsetzung des bürokratiearmen sog. Flächenmodells einsetzen.
72. **Schuldenbremse einführen.** Die Corona-Krise ist ohne Schulden nicht zu bewältigen. Entscheidend ist, schnell wieder zu Wachstum zu kommen und Defizite im Haushalt durch den Verzicht auf unnötige Ausgaben konsequent zurückzuführen. Wir wollen daher eine Schuldenbremse in Kraft setzen. Zum Ende der nächsten Ratsperiode, also 2025, soll Bielefeld wieder ohne neue Schulden auskommen.
73. **Handwerkerparkausweise vergünstigen.** Damit Handwerker ihre Fahrzeuge schnell und unkompliziert abstellen können, besteht die Möglichkeit, Handwerkerparkausweise bei der Stadt zu beziehen. Wir wollen die Gebühren hierfür senken, um das lokale Handwerk nach der Corona-Krise zu stärken.
74. **Gebühren für Außengastronomie senken.** Kaum eine Branche ist so durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen worden wie die Gastronomie. Um den Betrieben zu helfen, die Arbeitsplätze zu sichern und eine lebendige Innenstadt zu festigen, werden wir für das Jahr 2020 die Gebühren für Außengastronomie zurückerstatten und ab 2021 halbieren.
75. **Gebühren für Wochenmärkte verringern.** Immer weniger Marktbesucher, weniger Besucher, weniger Beschicker – einige Wochenmärkte sind bereits in einem Abwärtstrend. Die Koalition hat durch eine deutliche Erhöhung der Gebühren diesen Prozess verschärft. Wir wollen dies durchbrechen und durch eine radikale Senkung der Gebühren dazu beitragen.
76. **Gebühren für Wochenmärkte verringern.** Immer weniger Marktbesucher, weniger Besucher, weniger Beschicker – einige Wochenmärkte sind bereits in einem Abwärtstrend. Die Koalition hat durch eine deutliche Erhöhung der Gebühren diesen Prozess verschärft. Wir wollen dies durchbrechen und durch eine radikale Senkung der Gebühren dazu beitragen.
77. **Gebührenbremse einführen.** Gebühren müssen sich laut Gemeindeordnung immer an den Kosten orientieren. Während im privaten Wettbewerb Kosten und Kalkulation durch den Wettbewerb und den Markt eingehegt werden, wird im städtischen Bereich oft nur achselzuckend festgestellt, dass die Kosten gestiegen sind. Wir brauchen aber in der Stadt und dem UWB mehr Ehrgeiz, die Kosten im Rahmen zu halten. Dazu fordern wir eine Inflationsbremse: die Gebühren dürfen maximale in der Höhe Inflation steigen.

→ **Klare Kante für die soziale Marktwirtschaft – Ordnungspolitik beginnt in der Kommune**

78. **Privat vor Staat – Unfairen Wettbewerb durch städtische Unternehmen stoppen.** Wir werden verhindern, dass städtische Unternehmen über ihren ursprünglich festgelegten Bereich hinaus tätig werden, da hier die Gefahr besteht, private Unternehmen etwa durch Quersubventionierungen aus dem Markt zu drängen. Alle Angebote von Stadtwerken, Umweltbetrieb, BGW und anderen städtischen Unternehmen werden wir auf solche Fälle prüfen und die entsprechende unternehmerische Tätigkeit begrenzen bzw. beenden.
79. **Unnötige Beteiligungen abgeben.** Unnötige unternehmerische Risiken für die Stadt wollen wir weiter abbauen. Nachdem 2025 endlich die Beteiligungen an Stadtwerken Ahlen und den Stadtwerken Gütersloh verkauft wurden, wie wir das jahrelang und zu Zeitpunkten mit deutlich höheren Preisen beantragt hatten. Die Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie weitere Beteiligungen der Beteiligungen wollen wir auf Veräußerungsmöglichkeiten prüfen lassen. Die Verwaltung soll hierzu den bereits bestehenden jährlichen Beteiligungsbericht um eine umfassende Begründung ergänzen, inwieweit jede Beteiligung sowie deren Unterbeteiligungen für die Bielefelder kommunale Daseinsvorsorge erforderlich ist und welche Privatisierungsmöglichkeiten ggf. bestehen.
80. **Keine grünen Würfel mehr - Gewerbeimmobilien der BGW verkaufen.** Die städtische Wohnungsbaugesellschaft soll sich auf den Bau von Wohnungen konzentrieren. Die Gewerbeimmobilien wollen wir daher schnell veräußern. Hier erfüllt die Gesellschaft nicht ihre eigentliche Funktion und wir vermeiden so ein zweites Millionengrab, wie es der Grüne Würfel eines ist.
81. **Man muss nicht alles selbst machen – Leistungen ausschreiben statt selber machen.** Wir wollen, dass mehr Leistungen, die derzeit intern erbracht werden, ausgeschreiben werden. Die Ausschreibebedingungen sollen sicherstellen, dass auch kleinere Bielefelder Unternehmen eine Chance auf Berücksichtigung haben. Die durch den Einstellungsstopp entfallene Kapazität bei der Raumpflege kann so z.B. nach und nach durch private Reinigungsunternehmen ausgefüllt werden. Wenn kein Unternehmen mehr eigene Raumpflegeträger unterhält, ist dies auch für die Stadtverwaltung nicht anzuraten.
82. **Kontrahierungszwang aufheben.** Städtische Einrichtungen sind durch den sog. Kontrahierungszwang verpflichtet, Leistungen von städtischen Unternehmen einzukaufen, auch wenn es bessere und günstigere Angebote am Markt gibt. Diesen Zwang wollen wir aufheben und durch den Grundsatz „Privat vor Staat“ ersetzen. Wenn benötigte Dienstleistungen durch private Unternehmen angeboten werden, sollen diese Leistungen zukünftig auch bevorzugt an externe Unternehmen vergeben werden.
83. **Keine Verknappung von Bauland durch staatliche Preissetzung.** Die sog. Baulandstrategie der rot-grünen Koalition ist nicht nur ungeeignet, den Wohnungsmangel zu

bekämpfen, sondern sie ist durch die Preisreglementierung auch unvereinbar mit der sozialen Marktwirtschaft. Die Stadt hat es nicht geschafft, ausreichend Flächen auszuweisen. Als Konsequenz sich noch zusätzliche Aufgaben aufzuhalsen, ist her Hybris als schlaue Politik. Wir wollen stattdessen mit einem Maßnahmenpaket „Bielefeld baut“ die private Bautätigkeit vor allem für den Wohnungs- und Einfamilienhausbau ankurbeln. Dafür sind Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ungenutzte Flächen in Besitz der Stadt zu veräußern und Baugebiete vorzugsweise mit bestehender Verkehrsanbindung auszuweisen. Junge Familien müssen in Bielefeld genügend Baumöglichkeiten finden. Eine Verstaatlichung der Projektentwicklung lehnen wir ab. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung).

→ Partner statt Gegner – Miteinander von Stadt und Wirtschaft

84. **Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung schaffen.** Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderung verwaltungsintern eine stärkere koordinierende Funktion z.B. bei ansiedlungsrelevanten Genehmigungsverfahren erhält. Wir dürfen denjenigen, die etwas schaffen wollen, keine Steine in den Weg legen, sondern müssen ihnen den Weg ebnen, um den Wohlstand unserer Stadt zu sichern. Die Verwaltung muss sich als Partner sehen für die, die in der Stadt etwas erreichen wollen und nicht als deren Gegner. Unter SPD und Grünen bestimmt Misstrauen statt Zutrauen allzu oft das Verwaltungshandeln. Hierfür ist ein Kulturwandel in der Verwaltung notwendig, den wir angehen werden und der bei der Chefin der Verwaltung beginnt.
85. **Welcome-Desk, um das Ankommen ausländischer Fachkräfte zu erleichtern.** W Das Ausländeramt und die Einbürgerungsstelle müssen besser funktionieren. Insbesondere für die von Bielefelder Unternehmen angeworbenen Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland muss die Verwaltung unkomplizierte und schnelle Lösungen realisieren. Englisch als Verkehrssprache in der Verwaltung und ein Welcome-Desk als zentraler Partner sollen helfen, dass die Fachkräfte an die Arbeit statt aufs Amt kommen.
86. **Partnerstädte für Wirtschaftskontakte nutzen.** Die Städtepartnerschaften werden derzeit viel zu selten für wirtschaftliche Kontaktpflege genutzt. Dabei bestehen auf diesem Weg grundsätzlich vielfältige Möglichkeiten. Wir wollen ein strategisches Management dieser Partnerschaften aufsetzen. Die Potenziale für wirtschaftliche Impulse sind dabei ein zentraler Bestandteil. (Hierzu dient auch die von uns angestrebte Partnerschaft mit einer taiwanesischen Großstadt.)
87. **Sonntagsöffnungen erleichtern und unterstützen.** Die Stadt muss sich als Partner der Werbe- und Handelsgemeinschaften begreifen und nicht primär als Aufsichtsbehörde. Wir wollen lebendige Stadtbezirke und eine starke City. Um gegen den Online-Handel Erlebniskomponenten zu setzen und die Corona-bedingten Verluste zumindest teilweise auszugleichen, sollen die zahlreichen Möglichkeiten, die das neue Ladenschlussgesetz bietet, offensiv genutzt werden.
88. **Innenstadt der Innovationen schaffen.** Die Innenstadt muss sich kontinuierlich weiterentwickeln und soll zur Ideenfläche werden – mit vergünstigten, temporären Flä-

chen für Startups und neue Geschäftsmodelle. Die Stadt muss sich offen gegenüber neuen Projekten aus dem Einzelhandel zeigen, die neue Wege gehen. Pop-Up-Stores in der Innenstadt sind dazu ein möglicher Weg. Die Chance des Einzelhandels in der Innenstadt ist der Erlebnis-Einkauf. Die Stadt muss sich hier offen in den Genehmigungsverfahren zeigen. Für den Einzelhandel bedarf es dabei auch eines Verkehrskonzeptes, das den Bürgern den Zugang zur Innenstadt erleichtert und nicht erschwert.

89. **Außenwerbung als Chance für die Innenstadt nutzen.** Außenwerbung kann Innenstädte beleben und den lokalen Geschäften die Möglichkeit geben, auf sich aufmerksam zu machen. Mit innovativen Formaten wie Giant Screens oder bewachsenen Displays kann die Erlebnisqualität gesteigert werden.
90. **Stadtfeste unterstützen.** Vor allem die von örtlichen Initiativen und Kaufmannschaften getragenen und organisierten Feste in den Stadtbezirken leiden unter hohen Auflagen, Gebühren und Verpflichtungen. Wir wollen es denen leichter machen, die etwas auf die Beine stellen wollen. Wir wollen, dass die Stadt zu entrichtende Gebühren reduziert oder abschafft, privatem Sponsoring nicht im Wege steht und Stadtteilfeste im Miteinander organisiert.
91. **Gastronomie unterstützen.** Wir unterstützen die örtliche Gastronomie. Bars, Gaststätten, Cafés und Restaurants gehören zum städtischen Leben und sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, den wir auch aufgrund der Beeinträchtigungen durch Corona besonders fördern wollen. Wir wollen weniger Vorschriften und mehr Freiheiten für die Wirtinnen und Wirte, wollen Außengastronomie großzügig ermöglichen und Biergartenzeiten ausweiten.
92. **Wirtschaft besser in der Politik verankern.** Wir wollen durch Erweiterung des bestehenden Digitalausschusses einen „Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Wissenschaftsstadt“ des Rates einrichten, in dem Wirtschafts- und Standortpolitik gemeinsam mit digitalen Themen unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung zur Wissenschaftsstadt stattfindet. Die bisherige Anbindung von Wirtschaftsfragestellungen an den Hauptausschuss hat nicht dazu geführt, dass die Wirtschaftsthemen den Stellenwert erhielten, den sie verdienen. Wir werden zudem eine jährliche Debatte zur Situation der Wirtschaft im Rat beantragen.

Sicherheit – Der starke Rechtsstaat beginnt vor Ort

Die Herausforderung

Wer sich in Bielefeld auf den Straßen und auf den Plätzen oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegt, soll dies angstfrei tun können. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis in einer Stadt. Die weit über dem Landesdurchschnitt angestiegene Kriminalität in Bielefeld ist das Ergebnis der falschen Sicherheitspolitik von Rot-Grün. Jahrelang haben wir gefordert, konsequenter vorzugehen während es Rot-Grün um Themen wie den Verleih von Sonnenschirmen am Kesselbrink oder den Bau einer Sitzmauer an der Tüte ging. Eine größere Szene und eine Explosion der Straßekriminalität sind das Ergebnis. Vor allem im öffentlichen Raum z.B. im Bahnhofsumfeld hat sich die Sicherheit so deutlich verschlechtert. Allein im Jahr 2024 ist die Zahl der Straftaten um über 13% gestiegen, Drogen- und Gewaltkriminalität sowie Sexualstraftaten verzeichneten eine noch größere Steigerung. Rot-Grün hat zu lange mit Maßnahmen gewartet und ist vor allem bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nicht konsequent. Das Rechtsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger wird beeinträchtigt, wenn die Parkräume immer intensiver bewirtschaftet werden, bei bestimmten Personengruppen Teile des Ordnungsrechtes aber gar nicht mehr durchgesetzt werden. Wir sehen im Bereich kommunaler Sicherheits- und Ordnungspolitik weiteren Verbesserungsbedarf, zumal unsere Initiativen und Vorschläge in diesem Themengebiet von Rot-Grün allenfalls spät und oft nur teilweise aufgenommen wurden.

Unser Kompass

Wir wollen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl aller Bielefelder Bürgerinnen und Bürger stärken. Die beste Sicherheitspolitik ist präventiv. Wer bildungsfern aufwächst und keine Arbeit findet, ist auf Dauer chancenlos und wird schneller straffällig als Menschen, die ihren Platz im Leben gefunden haben. Den Dreiklang aus „bildungslos, joblos, chancenlos“ muss durchbrochen werden. Mit Sprachförderung, Bildung und Sport schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch das Abgleiten in Kriminalität.

Gesellschaftliche Entwicklungen stellen immer wieder neue Herausforderungen an die Gewährleistung von Sicherheit. Liberale Sicherheitspolitik bedeutet, ausgewogene Lösungen zu finden, ohne dabei die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum, Freiheit und informationelle Selbstbestimmung gegeneinander auszuspielen, sondern zwischen diesen abzuwägen. Der Schutz und die Durchsetzung des Rechtsstaats sind uns ein zentrales Anliegen. Damit wir eine offene und freie Stadt bleiben, in der Freiheitsrechte nicht beengt werden, muss ein ausreichendes Maß an Sicherheit geschaffen werden.

Unsere Maßnahmen- Was zu tun ist:

93. **Recht durchsetzen, Brennpunkte sicherer machen.** Seit Jahren kommen Orte wie die Tüte, der Treppenplatz und der Kesselbrink nicht mehr aus den Schlagzeilen. Der massive Missbrauch von Alkohol und Drogen an diesen Plätzen ist ein Ausgangspunkt

für Ordnungswidrigkeiten und Straftaten. Wir wollen hier ganzheitlich Konzepte umsetzen: Hilfen für Süchtige, konsequentes Vorgehen gegen Personen, die sich nicht an bestehende Gesetze und Verordnungen halten sowie Verhinderung einer zunehmenden Vermüllung und Verwahrlosung dieser Plätze durch stetige Reinigung.

94. **Vorrang für Präsenz, Videoüberwachung punktuell einsetzen.** Die FDP lehnt die flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab. Die Videoüberwachung ist eines der letzten Mittel zur Bekämpfung nachgewiesener Kriminalitätsschwerpunkte und muss sich auf diese zeitlich befristet beschränken. Mittel der Wahl ist eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt. Einen Einsatz an der sog. Tüte und am Kesselbrink sehen wir durch die dort stark gestiegene Kriminalität als sinnvoll an. Der Schwerpunkt der Sicherheitsarbeit muss jedoch durch Polizeibeamtinnen und -beamte erfolgen, die für ihre Arbeit optimal auszustatten sind.
95. **Prävention durch Jugendarbeit.** Kriminelle Karrieren verhindert man am besten, bevor diese überhaupt entstehen; dies bedarf Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit. Mit einer konstruktiven Arbeit an Schulen und in Freizeiteinrichtungen wollen wir Maßnahmen zur Aufklärungsarbeit gegen den Missbrauch von Alkohol und Drogen forcieren. Wir wollen mit Schule und Jugendamt gemeinsame Wege mit den Jugendlichen und ihren Familien gehen, um eingeschlagene „schlechte“ Wege wieder zu verlassen. Wir wollen der Verrohung unserer Gesellschaft in den Anfängen mit einer guten und stärkeren Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen entgegenwirken.
96. **Kesselbrink endlich attraktiv machen.** Der Kesselbrink steht in besonderer Weise. Wir wollen ihn durch eine Bebauung an zwei Seiten enger fassen, um ein Platzgefühl herzustellen. Der Platz soll dann mit Skatepark, Gastronomie, Bäumen usw. gestaltet werden. Auch der Bau einer Markthalle wäre eine Option. Welche Zukunft der Grünen Würfel dabei hat, werden wir ergebnisoffen bewerten. Eine dauerhafte Nutzung für städtische Belange schließen wir aufgrund der hohen Unterhaltskosten und der für die meisten denkbaren Nutzungsmöglichkeiten ungeeigneten Innenarchitektur aus. Für die Polizeiwache wollen wir nach einem Umzug der Polizei den Aufbau eines Co-Working-Space für Gründungen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft prüfen.
97. **Stadtwache im Grünen Würfel aufbauen.** Wir wollen den Kesselbrink sicherer machen und eine Stadtwache im Grünen Würfel einrichten. Statt mit Kindern und Jugendlichen Kriminalität verdrängen zu wollen, muss der Platz zunächst gesichert werden.
98. **Szene aus dem unmittelbaren Stadthallenumfeld umsiedeln.** Den Kriminalitätsschwerpunkt Stadthallenpark wollen wir umfassend bekämpfen und für die Bürgerinnen und Bürger wieder nutzbar machen. Wir wollen hierzu Drogenhilfeeinrichtungen an anderer Stelle konzentrieren und die Szene verlagern. Einmal um weniger attraktiv für Auswärtige zu sein, die Kriminalität zu entzerren und zu vermindern und

um die Stadthalle, für die wir erhebliche Mittel aufgewendet haben, wieder ihre Funktion erfüllen lassen, nämlich als Visitenkarte der Stadt auswärtigen Kongress- und Messebesuchern ein positives Bielefeldbild vermitteln zu können. Daher sind wir gegen Einrichtungen und Maßnahmen, die die Drogen- und Alkoholikerszene im Stadthallenumfeld bindet.

99. **„No-Go-Areas“ verhindern.** Wir wollen sog. „Angsträume“ wie etwa Unterführungen und „dunkle Ecken“ unter anderem durch ausreichende Beleuchtung vermindern. Wir werden gefährliche Orte durch moderne, sensorgesteuerte Lichtsysteme sicherer machen. Wir brauchen dazu u.a. eine Bestandsaufnahme von Unterführungen und Gehwegen, gerade auch in den Wohnquartieren, die fehlende Beleuchtungen aufweisen. In Kooperation mit moBiel ist ein Beleuchtungs- und Sichtkonzept zu erarbeiten, wie die Zuwege zu den Haltestellen sicherer gemacht werden können.
100. **Ordnungsamt stärken durch bessere Struktur.** Eine Verwaltung darf sich nicht selber im Wege stehen. Wir wollen hier durch die Konzentration / Umstrukturierung von Außendiensten Synergieeffekte erzielen. So können bei Außeneinsatz möglichst viele Dinge zusammen erledigt werden.
101. **Ordnungsamt stärken durch bessere Qualifikation und mehr Personal.** Die immer größer werdenden Aufgaben und Anforderungen erfordern ausreichend viele gut ausgebildete Ordnungsamtsmitarbeiter. Dies muss gewährleistet werden. Wir wollen durch ständige Fortbildung und Qualifizierung den bestehenden Mitarbeiterstamm fit machen für seine Arbeit. Punktuell können für geeignete Aufgaben private Sicherheitsdienste herangezogen werden.
102. **Ordnungsamt stärken durch bessere Ausrüstung.** Wir wollen in die Ausrüstung und Ausstattung der Mitarbeiter investieren und mit einem modernen Fuhrpark die ständige Einsatzbereitschaft gewährleisten. Der Außendienst des Ordnungsamts soll als solcher erkennbar sein. Er übernimmt keine originär polizeilichen Aufgaben. Die Dienstkleidung und Ausrüstung wollen wir in enger Abstimmung mit den Beschäftigten überprüfen und jeweils der Einsatzlage anpassen.
103. **Ordnungsamt stärken durch längere Einsatzzeiten.** Wir wollen die Dienstzeiten des Ordnungsamtes erweitern: Sicherheit durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes muss rund um die Uhr gewährleistet sein.
104. **Ordnungsamt stärken durch Partnerschaft.** Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei im Rahmen der Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren und zu stärken. Initiativen, Vereine und andere Organisationen, die an Brennpunkten arbeiten, sind geeignet mit einzubeziehen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Ordnungsamt und Polizei muss das klare Ziel haben, Kriminalität und Größe der Szene zurückzudrängen. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Einrichtung der SOKO Innenstadt begrüßen wir als einen ersten Schritt.

105. **Geschwindigkeitskontrollen zur Unfallvermeidung und nicht zur Haushaltsaufbesserung durchführen.** Intelligente Geschwindigkeitskontrollen und -beschränkungen gehören an Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen in Schwerpunktzeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit. Sie sind kein Mittel zur Haushaltskonsolidierung. Wir wollen daher Geschwindigkeitskontrollen auf tatsächliche Unfall- und Gefahrenschwerpunkte konzentrieren.
106. **Sauberkeit an Müllsammelstellen gewährleisten.** Aus Müllsammelstellen entwickeln sich häufig verwahrloste Flecken. Wir wollen, dass diese Problemstellen häufiger angefahren werden. Auch eine Schließung oder Verlegung problematischer Sammelstellen ist zu prüfen.
107. **Schulhöfe in an Wochenenden und in den Ferien öffnen.** Schulhöfe sind öffentliche Flächen und sollen grundsätzlich tagsüber als Spiel- und Naherholungsfläche zugänglich sein, auch am Wochenende und in den Ferien (s. Kapitel Bildung). Wir setzen auf die Verhinderung von Vandalismus durch eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes. Bestehende Einzäunungen sind jährlich zu überprüfen. Eine Videoüberwachung von Schulhöfen ist nur in Ausnahmefällen und nur nach Beschluss in Schulkonferenz, Bezirksvertretung und Rat zulässig und ebenfalls jährlich zu überprüfen.
108. **Bielefelder Polizei mit Taser ausstatten.** Wir fordern die Landesregierung auf, die Polizei in Bielefeld so wie die in Paderborn und anderen Dienststellen mit den Elektroschockgeräten Taser auszustatten, um das volle Einsatzinstrumentarium zur Verfügung zu haben. Die Verwaltungsspitze Bielefelds ist aufgefordert sich für die optimale Ausstattung der Bielefelder Polizei beim Innenministerium einzusetzen.
109. **Der Polizei den Rücken stärken, diffamierende Graffiti umgehend entfernen.** Die Polizei pauschal diffamierende Graffiti sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Wir wollen, dass diese insbesondere von städtischen Gebäuden umgehend entfernt werden.
110. **Katastrophenschutz verbessern, gemeinsame Übungen durchführen.** Wir unterstützen die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Zivilschutz und Bundeswehr und wollen mindestens alle zwei Jahre eine umfassende Katastrophenschutzübung zu jeweils einem Szenario unter Einbindung der Öffentlichkeit durchführen und die Kommunikation im Umfeld dieser Übung nutzen, um durch Öffentlichkeitsarbeit auf bestimmte Zivilschutzerfordernisse hinzuweisen. Das kann im Ernstfall Leben retten und erhöht zugleich die Resilienz und Abwehrbereitschaft der Gesellschaft.
111. **Feuerwehr und Rettungsdienst stärken.** Beim Schutz unserer Bürger achten wir auch auf die Funktionsfähigkeit und Effizienz der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren und die Hilfsdienste des Katastrophenschutzes. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, weiter konsequent in notwendige Erweiterungen von Feuer- Rettungswachen, Fahrzeuge und die Ausrüstung zu investieren. Auch muss das Ehrenamt, wel-

ches viele Bielefelder-/innen in diesen Bereichen ausüben, viel stärker gefördert und unterstützt werden.

112. **Bundeswehr stärker wertschätzen.** Die Bundeswehr muss stärker in die Mitte der Gesellschaft rücken. Soldatinnen und Soldaten haben für ihren Dienst eine größere Anerkennung und mehr Respekt verdient. Wir wollen, dass die Stadt Bielefeld der Bundeswehr mehr Raum in der Öffentlichkeit gibt, die Arbeit von Jugendoffizieren in den Schulen unterstützt und die Einbindung in den Katastrophenschutz besser wahrnimmt.
113. **Veteranentag in Bielefeld begehen.** Der 15.6. ist als jährlicher Veteranentag eine Gelegenheit, den Männern und Frauen der Bundeswehr Raum im öffentlichen Diskurs zu geben. Wir wollen, dass Bielefeld sich daran mit einer öffentlichen Veranstaltung beteiligt.
114. **Keine Infrastruktur für Verfassungsfeinde bereitstellen.** Wir unterstützen, dass die Stadt der antisemitischen BDS-Kampagne keine städtischen Räume zur Verfügung stellt und wollen, dass so auch mit Organisationen verfahren wird, die in Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern erwähnt werden.
115. **Die IT-Systeme der Stadt sichern.** Cyberkriminalität findet eine immer stärkere Verbreitung und kann die Abläufe in einer Kommune erheblich beeinträchtigen. Wir wollen in einer Statusüberprüfung die IT-Umgebungen von Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und Stadtwerken gemeinsam auf ihre Sicherheit hin überprüfen und falls nötig sichern.
116. **„Safe Places“ für junge Menschen schaffen.** In Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bauen wir sichere Rückzugsräume für junge Menschen aus.
117. **Kostenlose Taxigutscheine für junge Frauen.** Zur nächtlichen Heimfahrt nach Veranstaltungen wollen wir ein Gutscheinsystem einführen, das Sicherheit fördert – insbesondere für Frauen.

Bildung – Riskieren wir, dass unsere Kinder schlauer werden als wir selbst

Die Herausforderung

Die wichtigste Aufgabe einer Gesellschaft ist die Bildung ihrer Kinder. Moderne Arbeitsbedingungen für Kinder, Lehrerinnen und Lehrer, ausreichend Raum und Plätze, verlässliche Betreuungszeiten und echte frühkindliche Bildung – das sind Herausforderungen in der Bielefelder Bildungspolitik. Eher praktisch-technisch begabte Schülerinnen und Schüler brauchen dringend ein Schulangebot, welches sie fordert und fördert.

Für Rot-Grün hatte Bildung in den letzten Jahren keine Priorität. Die aufgrund steigender Schülerzahlen dringend notwendigen Ausbauplanungen verspäten sich immer weiter, mit teuren Zwischenlösungen wird sich von Schuljahr zu Schuljahr gehandelt. Zudem sind für die Bauprojekte keine ausreichenden Geldmittel in den Haushalten eingeplant worden. Bei der digitalen Bildung hat Bielefeld nach Zögern und intensivem Drängeln durch die FDP einige Anstrengungen unternommen. Die Versorgung mit ausreichend Schulraum sowie die Ausstattung der Schulen blieb weitgehend liegen, wobei die räumliche und sächliche Ausstattung von Schulen aber eine der wichtigsten städtischen Verantwortungen darstellt. Ähnliches gilt für die frühkindliche Bildung, deren Zuverlässigkeit zum Teil nicht mehr gegeben ist. Engagierte Erzieher und Lehrerinnen gleichen die Defizite so gut es geht aus, sind kreativ und einsatzbereit. Sie brauchen endlich eine Bildungspolitik, die genauso innovativ und ehrgeizig ist.

Unser Kompass

Beste Bildung macht den Menschen unabhängig, beste Ausbildung macht ihn selbstständig. Sie ist die entscheidende Chance für jeden Einzelnen und für unsere gemeinsame Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Dafür brauchen wir Kitas, Schulen und Berufsschulen in bestem Zustand – zahlreich, für alle zugänglich und modern ausgestattet. Wir kämpfen für Chancengerechtigkeit und brennen deshalb für das Thema Bildung. Die Rechnung für ein unterfinanziertes Bildungssystem zahlen vor allem die Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Vernunft, jedem Kind einen Bildungsabschluss zu ermöglichen, der ihren bzw. seinen Begabungen und Leistungen entspricht. Zur Lösung der Aufgaben, die die Zukunft für Bielefeld bereithält, ist Bildung die unverzichtbare Grundlage. Investitionen, die die Wirtschaft ankurbeln sollen, sind hier am besten aufgehoben. Teurer als Bildung ist vor allem keine Bildung, daher werden wir auch bei knappen Haushalten mehr für Kitas und Schulen ausgeben.

Wir werden in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren. Der beste Impuls zur Belebung der Wirtschaft sind Investitionen, die sich auch langfristig auszahlen. Bildungsausgaben haben daher Vorfahrt. Bielefeld muss für die Schul- und Kitagebäude und ihre Ausstattung wieder mehr Verantwortung übernehmen.

Kitas und andere vorschulische Einrichtungen sind für uns nicht nur Kinderbetreuung, sondern gehören zu den Bildungseinrichtungen. Wir wollen in die Steigerung der Qualität investieren und wollen das Leben mit Kindern einfacher machen. Um Beruf und Familie in Einklang zu bringen, braucht es z.B. flexiblere und verlässliche Öffnungszeiten und niedrige Elternbeiträge. Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Baustein hierfür, der besser gefördert werden muss.

Wir haben den Anspruch, dass Deutschlands beste Schulen in Bielefeld arbeiten. Wenn eine Stadt hier mit unterem Mittelmaß zufrieden ist, wird sie langfristig auch bei Wohlstand, Sozialleistungen und anderem nur unteres Mittelmaß sein. Keine Partei ist so entschlossen wie wir, die notwendigen Verbesserungen durchzusetzen.

Wir wollen eine Schulpolitik für alle Schulen und nicht nur für ausgewählte Lieblingsschulen von Rot-Grün. Bei der Schulwahl wollen wir Eltern die freie Entscheidung ermöglichen, denn sie kennen ihr Kind am besten. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, Eltern und deren Kinder durch Lenkung, Angebotsverknappung, Verweigerung von Mehrklassen u.ä. zu ihrem vermeintlichen Glück zu zwingen. Vielmehr will die FDP allen Schulen, gleich welcher Schulform, einen optimalen Rahmen bieten, innerhalb dessen sie sich in einem fairen und kooperativen Wettbewerb um die besten Konzepte entwickeln können. Für uns ist entscheidend, dass sich die Qualität des Unterrichts und das Lernklima der Schule kontinuierlich verbessern können. Lehrerinnen und Lehrer sollen in guter Lernatmosphäre und mit moderner Ausstattung unterrichten können.

Insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung braucht es ein besseres Angebot in Bielefeld. Die Talente von Kindern mit praktischen Begabungen werden in unserem Bildungssystem zu wenig gefördert. Das Idealbild einer akademischen Ausbildung wird nicht allen Kindern gerecht. Handwerker und Facharbeiter werden schon heute dringend gesucht und zugleich fördern wir diejenigen nicht optimal, die entsprechende Begabungen mitbringen. Hier in der Schule und beim Übergang in den Beruf zu unterstützen, ist eine wichtige Richtschnur unserer Bildungspolitik.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ **Schulkampf beenden – Alle Schulen stärken**

118. **Politik für alle Schulformen machen.** Wir werden die ideologischen Auseinandersetzungen über die vermeintlich „richtige“ Schulform beenden und keine Schulschließungen oder Schulformumwandlungen betreiben. Hierdurch konzentrieren wir die Ressourcen des Systems auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die langjährige systematische Benachteiligung von Realschulen und Gymnasien bei den Gebäude- und Ausstattungsinvestitionen werden wir durch eine Politik für alle Schulen ablösen.
119. **Elternwille achten.** Wir wollen eine Schulpolitik, die die Entscheidung von Eltern und Kindern achtet und ermöglicht. Die gesetzlich vorgesehene Wahlfreiheit wollen wir nicht durch die Verknappung von Schulplätzen oder die Verweigerung realisierbarer Mehrklassen aushebeln. Die Politik von Rot-Grün hat zu einer Verknappung

von Schulplätzen insbesondere bei Grund- und Realschulen geführt. Um Wahlfreiheit wieder zu ermöglichen, müssen wir die Plätze an diesen Schulen ausbauen. Wir wollen daher das städtische Bauprogramm mit diesem Fokus überarbeiten und für den Grundschulbereich beschleunigen.

120. **Schulpakt initiieren - Technisch-praktische Begabungen besser fördern.** Wir wollen mit Real-, Sekundar- und Gesamtschulen einen Bielefelder Stärkungspakt für Kinder mit Hauptschulempfehlung entwickeln und umsetzen. Mit Schulen, Eltern, Gewerkschaften, Wirtschaft, berufsbildenden Schulen und Verwaltung wollen wir Sekundar-, Real- und Gesamtschulen vor allem in ihrer Arbeit mit Kindern unterstützen, die praktisch-handwerkliche Begabungen mitbringen. Die Schaffung von Ganztagsangeboten an Realschulen wollen wir mit Priorität fördern. Kooperationen von Unternehmen und Schulen können dazu beitragen, z.B. durch praxisnahe Inhalte und Praktika sowie einen leichteren Übergang von Schule zum Beruf. Die Wiedereinführung von Hauptschulen lehnen wir aufgrund mangelnder Akzeptanz bei Eltern ab.
121. **Grundschulneu- und -ausbau vorziehen.** Der Ausbau unserer Grundschulen wurde durch Rot-Grün fahrlässig verschleppt. Zahlreiche benötigte Erweiterungen wurden immer weiter verschoben oder ganz ausgesetzt. Die zwei neuen Grundschulen wollen wir nun beschleunigt bauen und temporäre Schulcontainer schneller in reguläre Erweiterungen überführen.
122. **Gymnasien ausbauen.** Wir wollen den Neubau des Gymnasiums am Seidenstickercampus beschleunigen und um zwei Züge erweitern. Den Ausbau des Cecilien-gymnasiums wollen wir vorziehen. Der Ausbau des Gymnasiums am Waldhof um einen Zug muss in einem angemessenen Verhältnis zu Kosten und den Beeinträchtigungen des Schulbetriebs während der Bauzeit stehen.
123. **Realschulen erweitern.** Der Bedarf an Realschulplätzen wird durch eine verzerrte Prognose der Schulverwaltung seit Jahren systematisch unterschätzt. Wir wollen daher zusätzliche reguläre Plätze an Realschulen realisieren und dafür Ausbauten an den stark nachgefragten Realschulen prüfen und schnellstmöglich umsetzen.
124. **Neustart für die Martin-Niemöller-Gesamtschule, Bildungscampus Schil-desche schaffen.** Die Anmeldezahlen zeigen Jahr für Jahr eine geringe Akzeptanz des Schulangebotes der Martin-Niemöller-Gesamtschule. Wir wollen den Neubau der Schule nutzen, um ein neues Schulkonzept an dieser Stelle umzusetzen und die an dieser Stelle gescheiterte Gesamtschule durch eine Sekundar- oder Realschule ersetzen. Wir wollen zudem prüfen, ob auf der nach dem Neubau freigezogenen Fläche der Neubau eines Gymnasiums möglich und bedarfsgerecht ist.
125. **Förderschulen erhalten und stärken.** Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung einen gesonderten Schulentwicklungsplan für die Förderschulen aufgestellt. Wir wollen darauf aufbauend gemeinsam mit den Nachbarkreisen eine zukunftsorientierte Entwicklungsplanung für Förderschulen erstellen. Die Wahlfreiheit für die Eltern

zwischen Inklusion in einer Regelschule oder Besuch einer Förderschule in zumutbarer Entfernung muss erhalten bleiben.

126. **Neue Förderschule Geistige Entwicklung ansiedeln.** Den dramatischen und jahrelang ignorierten Bedarf nach Förderschulplätzen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung wollen wir endlich entsprechen und ein neues Schulangebot hierfür in Bielefeld etablieren. Wir streben hierfür die Unterstützung einer Schulgründung in freier Trägerschaft an.
127. **Schulen in nicht-städtischer Trägerschaft besser unterstützen.** Privat- und Ersatzschulen sind eine wichtige Bereicherung der Schullandschaft. Sie übernehmen zudem häufig die „Grundversorgung“ und entlasten durch ihre Finanzierung aus Eigenmitteln und dem Land NRW den städtischen Etat. Diese Leistung muss die Stadt Bielefeld umfassender anerkennen und ein partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe etablieren. Hierzu gehört ein intensiverer Dialog, eine mit der Inflationsrate steigende finanzielle Unterstützung, wo dies vereinbart wurde und die Gleichberechtigung bei Ausstattungs- und Schülerbeförderungsfragen. Wir wollen, dass bei Schulticket und IT-Ausstattung alle Schülerinnen und Schüler in Bielefeld gleich behandelt werden.
128. **Eine internationale Schule in Bielefeld ansiedeln.** Wir werden intensiv um die Ansiedlung einer internationalen Schule in Bielefeld werben und mögliche Grundstücke und Gebäude identifizieren und verfügbar machen. Der Erwerb eines internationalen Abschlusses z.B. eines International Baccalaureate Diploma (IB-Diplom) soll dort möglich sein. Eine solche Schule ergänzt das Angebot auch für Kinder von Ex-Pats, die in Unternehmen in Bielefeld und OWL arbeiten und kann ein wichtiges Argument zur Gewinnung ausländischer Fach- und Führungskräfte werden. Ein großzügiges Stipendienprogramm soll eine solche Errichtung begleiten.
129. **Neue private Schulangebote proaktiv begleiten.** Neuen Schulgründungen stehen wir positiv gegenüber und wollen diese bei Etablierung, Grundstücks- und Gebäudesuche unterstützen und nicht ausbremsen. Wir sind bestrebt, Schulen in privater und freier Trägerschaft mit Gebäuden aus dem städtischen Bestand zu versorgen.

→ **Pflichtaufgabe wahrnehmen, in Ausstattung investieren**

130. **In unsere Schulen investieren.** Die räumliche Ausstattung ist die Hauptverantwortlichkeit der kommunalen Schulpolitik. Enge und ungepflegte Gebäude bieten schlechte Lernbedingungen und wirken sich nachteilig auf den Schulerfolg aus. Daher müssen wir die Raumnot an unseren Schulen beenden. Bielefeld braucht ein neues, ein überarbeitetes Schulbau- und Schulsanierungsprogramm. Wir wollen das vorliegende Bauprogramm um ein Sanierungs- und Modernisierungsprogramm ergänzen und in den nächsten 5 Jahre durchsetzen. Investitionen in Bildung sind der beste sofortige Stimulus für Handwerk und unsere Wirtschaft und stärken unseren Standort langfristig.

131. **Mehr Mitsprache von Schulen und mehr Transparenz, Gebäudemanagement ausschreiben und privatisieren.** Wir wollen noch in 2026 die Ausschreibung und Übergabe der baulichen Unterhaltung und das Investitionsmanagement von Schulgebäuden an private Anbieter vorbereiten und anstoßen. Dazu sollen Pakete geschnürt werden, die Synergien ermöglichen. Die Abwicklung erfolgt analog zu Vereinbarungen wie sie z.B. der Kreis Herford mit einem privaten Unternehmen der Region über die Berufsbildenden Schulen erfolgreich umsetzt und die erweiterte Mitsprachemöglichkeiten für die Schulen bei der Gebäudeunterhaltung vorsehen. Die vom ISB durchgeführten und geplanten Maßnahmen sollen bis dahin jährlich transparent den politischen Gremien vorgelegt werden, einschließlich der Bedarfsmeldungen der Schulen und einer Begründung durch den ISB, warum ein Bedarf nicht erfüllt werden kann.
132. **Lernbedingungen im Sommer verbessern, Sonderprogramm Sonnenschutz und Klimatisierung auflegen.** Viele Schulen weisen in vielen Räumen noch immer einen ungenügenden Sonnenschutz auf. Klimaanlage fehlen meist völlig. Wir wollen eine begründete Bedarfsliste aller Schulgebäude aufstellen und diese mit Prioritäten und Umsetzungszeitpunkten versehen. Die Ausstattung mit modernen Klimaanlage sehen wir als Standard an.
133. **Keine Inklusion auf dem Flur - Endlich gute Rahmenbedingungen für Kinder mit Förderbedarf schaffen.** Die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf in den Regelschulen muss besser umgesetzt werden. Die vorgenommene Konzentration auf Schwerpunktschulen ist ein richtiger Schritt und verbessert die Rahmenbedingungen. Wir werden zum besseren Gelingen der Inklusion an Regelschulen vor allem die Ausstattung von Schulen mit Differenzierungsräumen verbessern und behindertengerechte Toilette an jeder Schule einrichten.
134. **Schluss machen mit Wanderklassen.** In vielen Schulen haben Klassen keinen eigenen Raum. Mit der FDP wird es 2030 keine solche Wanderklasse mehr geben. Jeder Klasse einen eigenen Raum.
135. **10 Mio. € Programm zur Modernisierung von Fachräumen starten.** Wir brauchen nicht nur mehr Räume, die Räume müssen auch für den Unterricht geeignet sein. Vor allem naturwissenschaftliche Fachräume müssen in Bielefeld modernisiert werden. Wir werden hierfür eine bislang gar nicht vorhandene Statusübersicht anlegen und darauf basierend ein gesondertes 10 Mio. €-Programm auflegen, mit dem Biologie-, Physik-, Informatik- und Chemieräume auf einen aktuellen Stand gebracht werden.
136. **Arbeitsräume für Lehrerinnen und Lehrer schaffen.** Unsere Schulen brauchen nicht nur gut ausgestattete Unterrichtsräume. Lehrerinnen und Lehrer brauchen gerade bei zunehmendem Ganztagsbetrieb auch ordentliche Arbeitsräume. Das werden wir beim Schulaus- und -neubau mitplanen.

137. **Dezentrale Schulbudgets erhöhen – in direkte Verbesserungen in den Schulen investieren.** Musikinstrumente, Fachraumausstattungen, Möbel, aber auch Seife und Toilettenpapier – all das bezahlen Schulen aus den Sachleistungsbudgets, die über den städtischen Haushalt finanziert werden und über deren Verwendung die Schulkonferenzen entscheiden. Wir wollen diese Mittel deutlich erhöhen, damit gerade die Schulen ohne finanzkräftige Fördervereine mehr Spielraum bekommen und Aufgaben übernehmen, die der Immobilienservicebetrieb nicht geleistet hat. Durch die direkte Nähe an der Schule sind diese Mittel besonders geeignet, die Bildungssituation vor Ort zu verbessern.
138. **Eine Schule – ein Standort.** Einige weiterführende Schulen im Stadtgebiet haben Gebäude z.B. auslaufender Hauptschulen zur Nutzung zugewiesen bekommen. Liegen die Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft ist dies vertretbar. Größere Entfernungen aber nehmen Lehrerinnen und Lehrern Zeit für pädagogische Arbeit und verkomplizieren das Schulleben stark. Wir wollen daher etwa die Realschule Brackwede oder das Gymnasium Heepen an einem Standort entwickeln.
139. **Eduroam in der ganzen Stadt ausbauen.** Der freie Zugang zum Forschungs- und Bildungsnetzwerk eduroam soll an allen öffentlichen Bildungseinrichtungen und zentralen Plätzen verfügbar sein.
140. **Dezentrale Coworking-Spaces für junge Menschen.** Studierende und Freiberufler brauchen moderne Lern- und Arbeitsorte. Wir wollen wohnortnahe Coworking-Spaces schaffen, insbesondere in leerstehenden Gewerbeimmobilien.
141. **Freier Zugang zu städtischen Bildungsangeboten.** Junge Menschen in Ausbildung oder Studium sollen kostenlosen Zugang zu Stadtbibliotheken und anderen Bildungsformaten erhalten.
142. **Schülerinnen und Schüler zu ihrer Zufriedenheit fragen.** Wir wollen eine regelmäßige Befragung aller Bielefelder Schülerinnen und Schüler zu ihrer Zufriedenheit mit der Ausstattung ihrer Schule durchführen und die Ergebnisse nutzen, um die städtischen Schulen ausgerichtet an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer weiterzuentwickeln.

→ **Bildungsinhalte fördern**

143. **Sprache als Schlüssel - Alles tun, um Deutschkenntnisse zur Einschulung sicherzustellen.** Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und damit Grundstein unseres Bildungskonzepts. Sprachförderangebote werden wir daher deutlich ausbauen und systematische Erfolgskontrollen durchführen.
144. **Jedes Kind soll schwimmen lernen.** Immer weniger Kinder in Bielefeld lernen schwimmen. Schwimmen zu können, ist nicht nur zur Unfallvermeidung wichtig und hilft der Gesunderhaltung, sondern ist zunehmend eine soziale Frage. Wir werden

durchsetzen, dass unabhängig vom Elternhaus jedes Kind schwimmen lernt und das Bronzeabzeichen erreichen kann. (siehe Kapitel Sport).

145. **Bilinguale Angebote ausbauen.** Während die deutsche Sprache die Basis für den Wissenserwerb ist, ist die Beherrschung von Fremdsprachen bzw. nicht-deutscher Muttersprachen eine zunehmend wichtige Schlüsselkompetenz. Wir wollen daher, dass in Bielefeld verstärkt internationale Schulangebote, z.B. bilinguale Grundschulen, entstehen.
146. **Mehr herkunftssprachlichen Ergänzungsunterricht einrichten.** Auch Sprachen wie z.B. Russisch und Türkisch werden wir in Schule und Kindergarten fördern, so dass mehrsprachige Kinder in ihren nicht-deutschen Herkunftssprachen auch lesen und schreiben können. Wir werden den herkunftssprachlichen Ergänzungsunterricht stärken und das Angebot stärker und gezielter kommunizieren, denn nur bei genügend Anmeldungen können Unterrichtsgruppen mit vom Land finanzierten Lehrkräften an Schulen eingerichtet werden.
147. **Hochbegabung besser erkennen und fördern.** Wir werden die Begabten- und Hochbegabtenförderung auf eine neue Grundlage stellen. Die spezielle Förderung von begabten bzw. hochbegabten Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter sporadisch betrieben werden und dem Zufall überlassen bleiben. Bereits im Kindergarten gilt es, außergewöhnliche Begabungen von Kindern frühzeitig zu erkennen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder mit nicht-deutscher Muttersprache brauchen eine frühzeitige Identifikation der Hochbegabung. Wir werden hochbegabten Schülerinnen und Schülern ein umfangreiches Angebot der Förderung wohnortnah bei den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen innerhalb Bielefelds zur Verfügung stellen.
148. **Schulkarrieren ohne Abschluss verhindern.** Es gibt Schülerinnen und Schüler, die trotz umfangreicher Förderung zum Ende ihrer Schullaufbahn große Schwierigkeiten haben, den Weg ins Berufsleben zu finden. Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Es gibt viele Angebote für diese Jugendlichen, u.a. vom Land NRW. Wir wollen mit einer Initiative alle Akteure in diesem Bereich an einen Tisch bringen, um gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren. Der Einsatz an dieser Stelle lohnt besonders, da viele Karrieren durch den richtigen oder falschen Einstieg bestimmt werden.
149. **Duale Ausbildung stärken.** Die Berufskollegs und die duale Ausbildung wollen wir als alternativen Karriereweg stärken. Die zahlreichen Optionen und Bildungswegen, die die berufsbezogene Schulausbildung bieten, sollen besser kommuniziert und unterstützt werden.
150. **Kulturelle Bildung fördern.** Neben einem wohlklingenden Konzept ist zur Stärkung der kulturellen Bildung zu wenig von der Stadt unternommen worden. Wir werden mehr Kooperationsprojekte von Schulen und Kindertagesstätten mit der Mu-

sik- und Kunstschule, den städtischen Bühnen, der Kunsthalle und städtischen Museen initiieren und fördern. (siehe auch Kapitel Kultur)

151. **Qualität im offenen Ganzttag erhöhen.** Der Offene Ganzttag in der Grundschule (OGS) wird zunehmend zur Regel. Umso wichtiger ist eine Steigerung der Qualität seiner Bildungsangebote. Dies können wir erreichen, wenn die Schulen sich noch stärker als bisher mit den örtlichen Vereinen vernetzen und bürgerschaftliches Engagement, etwa von Senioren, unbürokratisch in das OGS-Leben integrieren.
152. **Spitzenleistungen wertschätzen.** Wir werden Höchstleistungen in Schule und Ausbildung wie erfolgreiche Teilnahmen an Jugend forscht, Mathematikolympiaden, Jugend musiziert, Lehrlingswettbewerbe u.Ä. durch die Stadt herausheben. Hierfür soll es jährlich eine Auszeichnung durch die Oberbürgermeisterin geben.

→ Digitalisierung der Bielefelder Bildung vorantreiben

153. **Bielefelder Schulen digitalisieren.** Wir wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler lernen, sich sicher und kompetent in der digitalisierten Welt zu bewegen. Dies ist nur möglich, wenn auch in Schulen mit digitalen Endgeräten professionell gearbeitet wird. Die Ausstattung unserer Schulen müssen wir dafür ins 21. Jahrhundert bringen. Wir werden alle Schülerinnen und Schüler mit dem Eintritt in die weiterführende Schule mit einem digitalen Endgerät ausstatten, das den Anforderungen der Schule entspricht. Wir wollen zudem insbesondere die Lehr- und Lernmittelausstattung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik auf einen modernen Stand bringen und uns dabei aktiv um private Sponsoren bemühen. Bring-your-own-device Konzepte sind geeignet einzubinden.
154. **Medienberatung evaluieren und ausbauen.** Die städtischen Angebote zur Medienberatung wollen wir gezielt evaluieren und ggf. ausbauen und besser ausstatten. Schulen werden wir regelmäßig zu ihrer Zufriedenheit mit diesem wichtigen städtischen Angebot befragen.
155. **Alle Schulen ans Netz ihrer Wahl anschließen.** Alle Schulen sollen ans Glasfasernetz angeschlossen sein und die Freiheit erhalten, sich den Anbieter selbst auszusuchen. Einen Zwangsanschluss bei der Stadtwerktochter BiTel lehnen wir ab, denn es muss möglich sein, dass Schulleitungen den Anbieter wechseln können, wenn z.B. der Service nicht zufriedenstellend ist.
156. **IT-Service für Schulen professionalisieren.** Wir wollen das bestehende Konzept für digitale Hausmeister weiterentwickeln. Auch bei Service und Administration sollen die Schulen frei sein, externe Unternehmen beauftragen zu können, wenn diese bestimmte Qualitätsstandards erfüllen. Eine Kostenbeteiligung durch das Land NRW muss dabei geprüft werden.
157. **Digitale Bildung in der Kita ausprobieren.** Einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien sollte bereits in der Kita vermittelt werden. Wir wollen dazu Pilotversuche in Bielefelder Kitas anregen, der auch die Eltern integriert.

→ Schule stärkt Gesellschaft, Gesellschaft stärkt Schule

158. **Mitbestimmung von Eltern in der OGS schaffen.** Während die Mitbestimmung von Eltern in Schulangelegenheiten gesetzlich fixiert ist, findet eine Mitbestimmung bei Inhalt, Organisation, Durchführung der offenen Ganztagschule so gut wie nicht statt. Wir wollen in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern der OGS Regelungen zur Mitbestimmung schreiben, die den Regelungen im Schulbereich entsprechen. Die Vertretung der Eltern an Bielefelder Schulen, der Stadtelternrat, soll in die Verhandlungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen Stadt und Trägern eingebunden werden und an regelmäßigen Treffen zwischen Stadt und Trägern der OGS teilnehmen.
159. **Schulleitungen und Eltern anhören.** Wir wollen, dass zu Entscheidungen im Schulausschuss, die einzelne Schulen betreffen, die jeweilige Schulleitung und Elternvertreter im Ausschuss immer Stellung nehmen können. So werden Entscheidungen an der Problemlage vorbei und über die Köpfe der Betroffenen hinweg verhindert.
160. **Schulhöfe als öffentliche Plätze erhalten.** Schulhöfe sind öffentliche Flächen und sollen grundsätzlich tagsüber als Spiel- und Naherholungsfläche zugänglich sein, auch am Wochenende und in den Ferien. Wir setzen auf die Verhinderung von Vandalismus durch eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes. Bestehende Einzäunungen sind jährlich zu überprüfen. Eine Videoüberwachung von Schulhöfen ist nur in Ausnahmefällen und nur nach Beschluss in Schulkonferenz, Bezirksvertretung und Rat zulässig.
161. **Fördervereine als Partner unterstützen.** Schul- und Fördervereine leisten einen wichtigen Beitrag zu spezifischen Ausstattungen in Schulen und Kitas. Ihr Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Dass z.B. bei Schulhofrenovierungen teure Anschaffungen der Vereine aufgrund von Umbaukosten nicht übernommen und entfernt werden, wird es mit uns nicht geben. Nicht alle Schulen haben gleich aktive Fördervereine, daher dürfen diese nicht zur Herstellung einer Basisausstattung herangezogen werden.
162. **Auch Lehrerinnen und Lehrer im Schulausschuss beteiligen.** Je ein/e Vertreter/in von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern nimmt an den Sitzungen des Schulausschusses mit beratender Stimme teil. Wir wollen auch eine Vertretung der Lehrerinnen und Lehrer beteiligen. Diese müsste durch Pädagoginnen und Pädagogen aller Bielefelder Schulen gemeinsam gewählt werden und allen Schulformen und Kolleginnen und Kollegen gegenüber verantwortlich sein.

→ Die Kleinsten fördern – frühkindliche Bildung voranbringen

163. **Qualität in den Kitas erhöhen.** Wir wollen mit Elternzufriedenheitsbefragungen, Benchmarks und Best-Practice Veranstaltungen die Betreuungs- und insbesondere die Bildungsqualität in allen Kindertageseinrichtungen gezielt erhöhen. Die freien Träger sollen verstärkt an qualitativen Zielen der Betreuung gemessen werden.

164. **Öffnungszeiten weiter flexibilisieren.** Wir wollen Elternschaft und Beruf durch umfassende Betreuungsangebote ermöglichen und einfacher gestalten. Nicht alle Eltern haben klassische Arbeitszeiten. Die Öffnungszeiten der Kitas sind daher zu flexibilisieren. Auch in den Schulferien sollen die Öffnungszeiten von Kitas ausgeweitet werden.
165. **Trägervielfalt sicherstellen.** Wir sind ein Garant für Träger- und Angebotsvielfalt bei Kitas in Bielefeld, damit Eltern das Angebot auswählen können, das für ihr Kind das Beste ist. Bei der Schaffung neuer Angebote haben für uns Elterninitiativen und danach andere freie Träger Vorrang vor städtischen Angeboten. Dies entspricht einerseits unserem Ziel der Angebotsvielfalt und andererseits unserer Vorstellung einer Bürgergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Engagement entscheiden.
166. **Elternbeiträge senken und gerechter gestalten.** Die NRW-Landesregierung hat ein zweites beitragsfreies Kita-Jahr ermöglicht. Wir werden die Beiträge in den anderen Jahren senken. Die starren Beitragsstufen wollen wir flexibilisieren, damit niemand mehr bei kleinen Einkommenszuwächsen in höhere Beitragsstufen springt und mehr als den Einkommenszuwachs an Beiträgen bezahlen muss. Langfristig kann sich eine wirtschaftlich wachsende Stadt eine Abschaffung der Beiträge leisten, dies ist unser Ziel für Bielefeld.
167. **Tagespflege stärken.** Die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bei Tagesmüttern und -vätern ist gleichwertig. Wir wollen, dass das Jugendamt partnerschaftlicher mit Tagesmüttern und -vätern zusammenarbeitet, ihren Beitrag zur Kinderbetreuung stärker anerkennt und Ungleichbehandlungen abbaut.
168. **Betriebskindergärten fördern.** Wir fördern die Gründung von Betriebskindergärten. Sie bieten häufig eine besonders hohe Bildungsqualität und flexible Öffnungszeiten. Für Unternehmen sind sie ein Vorteil im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und sie helfen der Kommune, schneller für jedes Kind einen Platz zu schaffen.

➔ **Was uns noch bei der Bildung wichtig ist**

169. **Bielefeld statt Heidelberg - Frischeküchen einrichten.** Das Essen in Kitas und Schulen soll gesund, ausgewogen und frisch sein. Die Auswahl der Anbieter ist offenkundig nicht optimal bei der Schulverwaltung aufgehoben. Wir wollen daher einführen, dass die Schulen und ihre Schulkonferenzen selbst mit ihrer Expertise aussuchen können welcher Lieferant einen Auftrag bekommt. Essen aus Heidelberg dürfte es dann schwerer haben.
170. **Weltanschauliche Neutralität bei OGS und Kitas festschreiben.** Betraut die Stadt freie Träger mit dem Betrieb von Einrichtungen wie Kitas oder OGS, müssen diese weltanschaulich neutral agieren. Die Vermittlung spezifisch religiöser oder politischer Inhalte im Interesse des jeweiligen Trägers soll zukünftig in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen klar ausgeschlossen werden.

171. **Elternarbeit in Kindertagesstätten und Schulen stärken.** Dem Jugendamtselternbeirat, dem Stadtelternrat und der Bezirksschülervertretung sind angemessene Räumlichkeiten und Sachmittel im Rathaus bereit zu stellen. Die derzeitige Ausstattung ist zu verbessern. Das Schulamt soll sich gemeinsam mit der unteren Schulaufsicht den Elternvertretern zu Beginn eines Schuljahres in einer zentralen Veranstaltung vorstellen. Analog gilt dies für das Amt für Jugend und Familie und die Elternvertretungen an den Kindertagesstätten.
172. **Sicherer Schulweg.** Verschiedene Initiativen wurden in den letzten Jahren zur Erhöhung der Schulwegsicherung von der Verwaltung gestartet, keine hat sich als besonders nachhaltig erwiesen. Wir wollen hier einen stabilen Prozess aufsetzen. Die Einführung von Schulstrassen ist nur ein mögliches Instrument von vielen.

Stadtentwicklung, Wohnen, Umwelt und Energie– Die wachsende Stadt gestalten

Die Herausforderung

Bielefeld ist eine wachsende, pulsierende Groß- und Universitätsstadt. Sie ist das wirtschaftliche und kulturelle Oberzentrum in Ostwestfalen. Die medizinische Fakultät ist eine große Chance für Bielefeld und seine Menschen. Die kreisfreie Stadt Bielefeld ist geprägt durch Großflächigkeit mit einem verhältnismäßig kleinen Zentrum und einer weitläufigen Peripherie. Die städtische Infrastruktur ist hieran auszurichten. Die Stadt muss unterschiedlichsten Nutzer- und Einwohnergruppen gerecht werden. Die bauliche Gestaltung entscheidet dabei wesentlich über die Attraktivität und ist eine Voraussetzung, um mit anderen Städten im Wettbewerb zu bestehen. Bielefeld profitiert insbesondere von der herrlichen Lage am Teutoburger Wald. Diesen gilt es zu schützen und zu nutzen. Flächen, die für Baugebiete und Infrastruktur noch zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Die Vielfalt der Lebenssituationen bedeutet auch eine Vielfalt der allgemeinen und individuellen Mobilitätsbedürfnisse der Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der heimischen Wirtschaft und der über 120.000 täglichen Ein- und Auspendler.

Unser Kompass

Wir wollen Menschen Raum für ihre Ideen geben, damit sie diese im Interesse der gesamten Stadt verwirklichen können.

Bei der Vergabe verfügbarer Flächen wollen wir privaten und privatwirtschaftlichen Nutzungen Vorrang einräumen. Zukunftsorientierte Projekte wollen wir daher bürgernah verfolgen. Wir glauben an die Fähigkeit des Menschen, die Zukunft durch Kreativität und fairen Wettbewerb von Ideen positiv zu gestalten und setzen auf die Entwicklung und Optimierung moderner Technologien für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt. Wir wollen erfinden statt verhindern und sind daher zukunftsbejahend und nicht zukunftskeptisch.

Für uns ist Bielefeld nicht fertig gebaut. Daher wollen wir eine nachhaltige Stadtentwicklung mit dem Ziel, den Menschen Entfaltungsräume zu bieten. Im Fokus soll dabei die „Neue Stadt – Stadt der Zukunft“ als Lebens- und Arbeitsraum stehen, mit Urbanität und identitätsprägenden Alleinstellungsmerkmalen und einer Stadtplanung mit Frischluft- und Grünzonen.

Wir stehen zu den bundesweit festgelegten Klimazielen und wollen diese im kommunalen Einflussbereich vor allem bei städtischen Gebäuden umsetzen. Eine eigene Bielefelder Klimapolitik, die versucht bundeseinheitliche Ziele über zu erfüllen, lehnen wir als nicht zielführend ab, da so etwa im wirkungsvollen System der Emissionsrechte keine Verringerung des CO₂-Ausstosses insgesamt erreicht werden kann, sondern lediglich eine Verlagerung zwischen Kommunen erreicht wird. Wir stehen für eine rationale und pragmatische Umwelt- und Klimapolitik ohne Hysterie.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Wachstumsgerechte Stadtentwicklung

173. **Wohnungsnot bekämpfen - Mehr Raum fürs Wohnen schaffen.** Eine wachsende Stadt benötigt mehr Wohnraum. Dieser soll für alle Bevölkerungsgruppen verfügbar und bezahlbar sein. Viel zu spät und viel zu wenig – Rot-Rot-Grün hat vor allem auf Geheiß der Grünen das selbstgesteckte Ziel von 6.500 zusätzlichen Wohnungen weit verfehlt. Wohnungsnot, steigende Mieten und Wegzüge ins Umland sind die Folgen dieser Politik. Wir wollen eine „Strategie Wohnungsbau“ zum Bau von ausreichend vielen Wohneinheiten erarbeiten. Hierin sollen Zielkorridore für die Schaffung von Wohneinheiten vorgesehen werden, die mit möglichen Flächen aus dem Regionalplan hinterlegt sind. Durch neue Wohnbauflächen und innerstädtischer Verdichtung werden wir das Angebot auf dem Wohnungsmarkt erhöhen, so dass mehr Menschen eine für sie passende Wohnung bzw. Immobilie finden und Nachfrage und Angebot am Wohnungs- und Immobilienmarkt zu bezahlbaren Preisen zusammenkommen.
174. **Blockade durch Baulandstrategie beenden.** Der obligatorische Zwischenerwerb von Fläche, die zu Bauland werden soll, durch die Stadt Bielefeld zu Preisen weit unter Marktwert hat wie von uns erwartet den Stillstand am Immobilienmarkt zementiert. Wir werden diese Blockade lösen, die Baulandstrategie abschaffen und so Flächen für Wohnraum und unternehmerisches Engagement schaffen.
175. **Wohnraum für junge Menschen schaffen.** Wir setzen uns für gezielte Bauprojekte für Auszubildende und Studierende ein. Dafür sollen geeignete Flächen bereitgestellt und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.
176. **1.000 zusätzliche Ein- und Zweifamilienhäuser schaffen.** Für uns ist das Streben nach Wohneigentum nicht aus der Zeit gefallen oder ökologisch unverantwortlich, sondern gelebtes Aufstiegsversprechen, Verwurzelung mit unserer Stadt, Vermögensbildung und Garant einer sozial ausbalancierten Stadtgesellschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen aus der arbeitenden Mitte, die sich etwas aufbauen wollen, ins Umland verdrängt werden, von wo aus sie dann bei schlechtem Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weite Strecken zur Arbeit zurücklegen müssen. Wir werden daher zusätzlich zu den bisherigen Planungen in den äußeren Stadtbezirken Flächen zum Bau von mindestens 1.000 weiteren Ein- und Zweifamilienhäusern bis 2030 ausweisen. Die Beibehaltung eines festgelegten Anteils für geförderten Wohnungsbau gewährleistet dabei eine soziale Durchmischung. Es muss auch in Bielefeld für Normalverdiener möglich sein, Besitzer eines Eigenheims zu werden.
177. **Ein See für Bielefeld.** Bielefeld bietet unglaublich viel Lebensqualität. Leider fehlt aber eine größere Wasserfläche. Wir halten an der Vision eines Sees für Bielefeld als Naherholungs-, Sport- und Freizeitmöglichkeit fest und wollen dafür einen neuen, gut durchdachten Anlauf wagen.

178. **Bundesgartenschau in Bielefeld ausrichten.** Bielefeld soll sich für eine der nächsten Bundesgartenschauen (BUGA) bewerben. Die Ausrichtung einer Bundesgartenschau kann ein wichtiger Impuls für Stadtimage, Tourismus und die nachhaltig erfolgreiche Stadtentwicklung sein. Diese Möglichkeiten wollen wir, auch unter Nutzung von Fördermitteln, nutzen.
179. **Konversion intelligent nutzen.** Der Erwerb von Wohnungsbeständen im Rahmen der Konversion durch die Stadt soll nicht die Regel, sondern nur eine Ausnahme sein. Lange Leerstände dürfen nicht entstehen. Wir präferieren eindeutig einen Verkauf von Wohneinheiten an Selbstnutzer. Größere Konversionsflächen wie die Kasernengelände sind auf der Grundlage von städtebaulichen Wettbewerben zu überplanen.
180. **Mehr innovative Architektur.** Bauwerke sind mehr als funktionale Unterbringungen von Menschen zum Wohnen und Arbeiten. Sie gestalten den öffentlichen Raum und definieren das Erscheinungsbild einer Stadt. Architektur bestimmt damit die Qualität einer Stadtentwicklung und ist Ausdrucksform für die Modernität einer Stadt. Wir wollen weg von rein funktionalen Zweckbauten und innovativer, aussagekräftiger Architektur Raum geben. Daher wollen wir deutlich mehr städtebauliche Wettbewerbe ausrichten mit dem Ziel, mutige und über die Stadtgrenzen hinaus beachtete Gestaltungen umzusetzen.
181. **Beirat für Stadtgestaltung reformieren.** Im Beirat für Stadtgestaltung geben Architektinnen und Architekten zu Bauvorhaben Stellungnahmen und Empfehlungen ab. Zu welchen Projekten und zu welchem Zeitpunkt der Beirat einbezogen wird, bestimmt aber derzeit die Politik. Wir wollen, dass der Beirat sich auch selbst eigeninitiativ einschalten kann. Zudem sollen die Empfehlungen und Anmerkungen öffentlich gemacht werden, um die Debatte über Architektur und Gestaltung zu beleben.
182. **Eigenständiges Planungsamt einrichten.** Wir fordern die Einrichtung eines vom Bauamt unabhängigen Planungsamtes. Überwachung und Sicherstellung des Bauordnungsrechtes sind von den Fragen und Strategien langfristiger und großflächiger Planung der wachsenden Stadt auch organisatorisch zu trennen. Das Planungsamt hätte die Aufgabe, Ziele der gesamtstädtischen Entwicklung in Pläne zu überführen. Wo wie hoch gebaut werden soll, wäre eine damit verbundene Frage. Eine Planung zur weiteren Entwicklung der Flächen um die Hochschulen und die Vorbereitung einer Bewerbung für die Bundesgartenschau wären erste Aufgaben des Planungsamtes. Das Amt soll bei seiner Arbeit vom Beirat für Stadtgestaltung unterstützt werden.
183. **Plätze attraktiver machen.** Plätze bilden den städtebaulichen Rahmen für lebendige Innenstädte. Wir wollen alle wesentlichen Plätze der Innenstadt und in den Stadtbezirken systematisch auf Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen und daraus eine konsistente und mit Prioritäten versehene Maßnahmenplanung ableiten. Sicherheit kann auch durch städtebauliche Verbesserungen erreicht werden. Für den

Kesselbrink und das Bahnhofsumfeld wollen wir Umbauten in entsprechende Sicherheitskonzepte integrieren.

184. **Kooperative Stadtentwicklung – Kinder und Jugendliche einbeziehen.** Wir fordern ein Beteiligungsrecht von Kindern und Jugendlichen bei der Stadtgestaltung. Wir wollen anlassbezogen Projekte zu Kinder- und Jugendforen durch freie Träger initiieren. Die Kinder- und Jugendforen sollen ein Initiativrecht im Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld erhalten: Ihre Anregungen, Fragen und Forderungen sind in den Sitzungen zu beraten, zu diskutieren und in Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen.
185. **Neues Stadtviertel gründen.** Wir wollen perspektivisch eine großflächige Entwicklung des Quartiers am Uni-Campus im Rahmen einer langfristigen Stadtplanung voranbringen. Hier soll einmal Raum für 5.000-10.000 Einwohner, Hochschuleinrichtungen, hochschulbezogenes Gewerbe, universitäre Ausgründungen, Kultur- und Versorgungseinrichtungen, soziale Infrastruktur und Grünflächen mit guter ÖPNV-Anbindung entstehen. Durch diesen neuen, innovativ geplanten Stadtteil mit ökologischem Vorbildcharakter würde Wohnraum und gleichzeitig die zugehörige soziale Infrastruktur für das wachsende Bielefeld entstehen. Hier legen wir den Grundstein für zukünftige Wohlstandsquellen unserer Stadt und versöhnen Ökonomie und fortschrittsorientierte Ökologie.

→ Umwelt und Natur effektiv schützen

186. Klimaschutz als globale Herausforderung annehmen statt provinzielle Ankündigungspolitik betreiben. Wir stehen zu den national vereinbarten Klimazielen. Eine Klimaneutralität 2030, 2035 oder 2040 ist nicht zielführend, da dadurch lediglich andere Kommunen weniger ehrgeizig werden können. Die von der Stadt propagierte Klimaneutralität 2030 ist vollkommen illusorisch, wie auch die Verwaltung selbst anerkennt. Dass das Label trotzdem für die Zielplanung verwendet wird, streut den Bürgerinnen und Bürger Sand in die Augen und kann zu keiner umsetzbaren Strategie führen. Wir wollen die Anstrengungen von Stadtverwaltung, Stadtwerken und Eigenbetrieben konsistent zu einem Maßnahmenplan „Klimaneutral 2045“ systematisch bündeln, um im eigenen Verantwortungsbereich den nationalen Klimazielen zu entsprechen.
187. **Unseren Wald erhalten und aufforsten.** Der Erhalt des Waldes sowie von wohnortnahen Naturräumen sind wesentliche Faktoren, damit unsere Stadt weiterhin ein Ort mit hoher Lebens- und Erholungsqualität ist. Bielefeld besitzt große kommunale Waldflächen, aber auch erheblichen Privatwaldbestände. Wiederaufforstung und Pflege des Waldes wollen wir am aktuellen Stand der Forstwirtschaftslehre orientieren, mit dem Ziel, Schädlingsbefall zu minimieren und den Baumbestand durch Änderungen am Mix der Baumarten an klimatische Veränderungen anzupassen. Privatwald und städtischer Wald sollen hierbei in guter Kooperation vorgehen. Unnötige Zertifizierungen und Gütesiegel lehnen wir ab.

188. **Wald für alle zugänglich halten.** Der Wald soll auch weiter für alle Bielefelderinnen und Bielefelder nutzbar sein. Eine Beschränkung des Zugangs lehnen wir ab. Wandern, Reiten, Radfahren soll auch weiter möglich sein. Nutzungskonflikte im Wald sollen in einem fairen Miteinander geregelt werden.
189. **Baumbürokratie beenden, sog. Baumschutzsatzung sofort abschaffen.** Die durch SPD und Grüne wiedereingeführte sog. Baumschutzsatzung wollen wir abschaffen. Gartenbesitzerinnen und -besitzer wissen am besten, wie sie mit ihrem Baumbestand umzugehen haben. Die Satzung hat private Alltagsvorgänge bürokratisiert und macht aus dem Baum ein Risiko für jeden Immobilienbesitzer. Die über die Baumschutzsatzung noch hinausgehende Ausweisung von bebauten Innenstadtf lächen als besonderes Landschaftsbild wollen wir streichen. Die Stadt soll sich aus privaten Gärten heraushalten. Auch andere Regelungen zu Gestaltungsverbote etwa zum Vorgarten lehnen wir aus Achtung vor dem Privateigentum und aufgrund unnötiger und kleinteiliger Bürokratie ab.
190. **Grünflächen durch Bürger gestalten lassen.** Wir werden ermöglichen, dass Anwohnerinnen und Anwohner kleine Grünflächen in ihren Straßenzügen selbst gestalten und pflegen können.
191. **Klimaanpassungskonzept Schwammstadt umsetzen.** Um die Niederschlagsmengen des Teutoburger Waldes besser auch zur Klimaanpassung zu nutzen, wollen wir, dass Bielefeld sein Klimaanpassungskonzept um Überlegungen zum Ansatz der „Schwammstadt“ ergänzt. Eine bessere Planung der Verwertung von Niederschlägen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Risiken für Überschwemmungen ist Ziel eines solchen Konzepts.

→ Energie und Versorgung sicherstellen

192. **Kommunale Wärmeplanung bürgerorientiert umsetzen.** Wir begrüßen, dass alle Stadtteile Anschluss an das Fernwärmenetz bzw. Nahwärmenetze erhalten. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine bürgerorientierte Ausgestaltung der Vertragskonditionen bei der Fernwärme ein und befürworten, wo möglich und betriebswirtschaftlich darstellbar, flexible Anpassungen der Ausbauplanungen. Wir erwarten von den Stadtwerken zudem eine kundenfreundliche Umsetzung bei der Nutzung von selbst produziertem Solarstrom bei kollektiven Versorgungen mit Strom und Wärme.
193. **Kein Anschluss- und Benutzungszwang bei der Fernwärme.** Ein Fernwärmeanschluss bringt den Kunden in ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis zum Anbieter. Die Rechte als Kunde und insbesondere die Intransparenz der Preissetzung sind bundesrechtlich noch nicht ausreichend kundenfreundlich ausgestaltet. Auch wenn wir anerkennen, dass sich Ausbauinvestitionen hierdurch eher rechnen, lehnen wir bei der derzeitigen rechtlichen Ausgestaltung einen Anschluss- oder Benutzungszwang bei der Fernwärme ab. Ziel muss es sein, die Fernwärme so attraktiv und kundenfreundlich auszugestalten, dass so viele Kunden wie möglich von sich aus annehmen.

194. **Zukunft für das Gasnetz entwickeln, Anschluss Bielefelds ans Wasserstoffnetz anstreben.** Durch die angestrebte Verringerung der Nutzung von Erdgas stellt sich die Frage nach zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten des Gasnetzes. Diesen Wert gilt es für Bielefeld möglichst zu erhalten. Eine einfache Abschaltung dieser Infrastruktur würde Chancen liegen lassen. Wir wollen, dass das Gasnetz schrittweise durch Beimischung und dann zumindest zum Teil als Infrastruktur für den Transport von Wasserstoff erhalten und genutzt werden kann. Die Stadt Bielefeld soll sich zudem dafür einsetzen, dass Bielefeld an das nationale Wasserstoffkernnetz angeschlossen wird.
195. **Wasserversorgung sichern, Wasserflächen schützen.** Wir befürworten die Renaturierung von Wasserläufen und eine verbesserte Pflege von Teichen und Seen. Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung befürworten wir die Kooperation der Stadtwerke Bielefeld mit Gelsenwasser und eine Verbindung der entsprechenden Versorgungsnetze. Die Rationierung von Trinkwasser ist kein anzustrebendes Ziel, sondern mit Hilfe durchdachter Vorbereitung auszuschließen.
196. **Mehr Dächer für Solar nutzen, statt in die Fläche zu gehen.** Wir begrüßen die Nutzung von Dachflächen für Solaranlagen. Die Stadtwerke müssen die Energieproduktion durch die Bürgerinnen und Bürger positiv begleiten. Da sich in Solaranlagen auf und an Gebäuden in vielen Fällen finanziell rentieren, sind Auflagen und Verpflichtungen durch kommunale Festlegungen oder Satzungen nicht notwendig. Eine Solarpflicht lehnen wir ab. Freiflächen-PV-Anlagen sehen wir für Bielefeld nur dann als sinnvoll an, wenn es keine anderen Verwendungsmöglichkeiten für die jeweilige Fläche gibt, z.B. Alt-Deponien.
197. **Keine neuen Windkraftanlagen auf Bielefelder Gebiet.** Wir sehen in Bielefeld keine Möglichkeit, weitere Windkraftanlagen anliegerfreundlich und im Einklang mit dem Naturschutz zu errichten. Eine kommunale Positivplanung über die derzeit im Regionalplan festgelegten Flächenkontingenten hinaus, lehnen wir entschieden ab.
198. **Städtische Gebäude energetisch sanieren.** Der städtische Gebäudebestand ist weiter energetisch zu sanieren. Bei Sanierungsmaßnahmen ist eine Gesamtbilanz der Maßnahmen zu betrachten. Den eigenen Gebäudebestand ökologisch zu modernisieren, muss für die Stadt Vorrang haben vor Vorschriften für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Insbesondere bei den städtischen Freibädern und bei der Energieversorgung für Klimaanlage für Schulen sehen wir große Synergien, Energieerzeugung und Energiebedarf zusammenzubringen.
199. **Einem Wiederbetrieb von Grohnde nicht entgegenstehen.** Sollte die Bundesregierung wie von CDU/CSU vor der Wahl zugesagt eine Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken anstreben, wollen wir, dass Bielefeld dies als Miteigentümer des KKW Grohnde begrüßt und eine Wiederinbetriebnahme anstrebt. Grohnde war eines der zuverlässigsten und sichersten Anlagen, wir haben wiederholt beantragt, von der Stilllegung abzusehen und den aktiven Abriss der Anlage auszusetzen. Wir wollen,

dass sich die Stadt bei der Bundesregierung und insbesondere dem CDU geführten Wirtschaftsministerium für eine sofortigen Abbruchstopp einsetzt.

200. **Stromeinspeisung liberalisieren.** Strom aus Balkonkraftwerken soll nicht nur an städtische Anbieter verkauft werden dürfen, sondern auch an private – für mehr Markt und Innovation.

Die digitale und transparente Stadt - Digitale Verwaltung, Transparenz und Compliance

Die Herausforderung

Das Leben ist schon kompliziert genug. Da braucht niemand eine Stadtverwaltung, die es noch schwieriger macht. Eine digitale Stadt macht Wege zu Behörden überflüssig, weil sie auf E-Services setzt, damit die Bürger ihre Angelegenheiten unkompliziert von zu Hause aus erledigen können. Eine digitale Stadt macht es sich aber auch selbst einfacher, weil sie ihre Prozesse effizienter gestaltet. Eine leistungsbereite und effiziente Verwaltung ist ein Erfolgsfaktor für jede Stadt. Dazu gehört eine systematische, sachorientierte Führung, moderne Strukturen und smarte digitale Prozesse. Politisches Gegeneinander innerhalb der Verwaltung schwächt diese und lähmt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele Vorgänge sind hierdurch unnötig schwerfällig. Auch wenn es etwa im Bürgerservice einige Verbesserungen gegeben hat, werden die Möglichkeiten der Digitalisierung noch nicht vollständig genutzt. Verglichen z.B. mit privaten Dienstleistungsunternehmen besteht noch enormes Aufholpotenzial. Klagen über bürgerferne Entscheidungen sind häufig zu hören.

Städtische Betriebe bergen ein hohes Risiko an Interessenskonflikten und sachfremden Entscheidungen. Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen sind Ratsmitglieder, die fachlich oftmals nicht vollständig hierfür qualifiziert sind. Die Geschäftsführerpositionen scheinen sehr häufig nach Parteizugehörigkeit und nicht ausschließlich nach Qualifikation besetzt zu werden. Bewerber von außen, die neue Impulse setzen könnten, werden so teilweise abgeschreckt. Alles was einer guten Führung und Aufsicht unserer Unternehmen abträglich ist, kostet erhebliche finanzielle Mittel, die an anderer Stelle fehlen.

Unser Kompass

Wir wollen Deutschlands modernste Verwaltung schaffen. Eine hochmotivierte, überparteiliche, gut ausgebildete und ausgestattete Verwaltung ist ein wichtiger Standortvorteil, erhöht die Bürgerfreundlichkeit und wird der Verantwortung der Stadt gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht. Die vielen zusätzlichen Aufgaben, die Rot-Grün der Verwaltung aufgebürdet hat, wollen wir durch eine Konzentration auf das Wesentliche zurückführen. Wir wollen eine schlagkräftige, schlanke und fitte Verwaltung, die klar definierte Aufgabe effizient bearbeitet. Durch flache Hierarchien, eine Kultur der Verantwortlichkeit und ein die Eigeninitiative förderndes Klima sollen Motivation der Beschäftigten und die Attraktivität des Arbeitsplatzes Verwaltung verbessert werden. Die Digitalisierung ist die große Chance, die Effizienz in der Verwaltung zu erhöhen, bessere Leistungen und Services anzubieten und die Arbeitsverdichtung abzubauen. Hier wollen wir mehr investieren, um aus dem Projekt Modellkommune zur Realität einer Modellverwaltung zu kommen und einen Modernisierungsschub zu erzeugen.

Wir wollen eine moderne Stadtverwaltung, die sich als Dienstleister für den Bürger und die Unternehmen versteht, die sich an einer modernen Digitalisierung mit KI-Werkzeugen orien-

tiert. Dazu wollen wir eine Verwaltungsmodernisierung anstoßen, die die Aufgaben reduziert, vereinfacht, standardisiert und digitalisiert. Die Verwaltung sollte dabei Ihre Verfahren an Softwarelösungen orientieren und nicht umgekehrt. Auch ein Blick in andere Städte innerhalb und außerhalb NRW soll bei der Verbesserung der Verfahren helfen.

In der täglichen Verwaltungsarbeit entsteht zu viel Reibung durch Bürokratie. Deshalb müssen Prozesse vereinfacht oder ganz abgeschafft werden (z.B. Zweitwohnungssteuer, Tanzsteuer, Baumschutzsatzung, Prämien für Lastenräder, Mülleimerkontrollen, weniger Ämterbeteiligungen bei Bauanträgen u.v.m.). Es darf nicht sein, dass in Bielefeld und Deutschland derzeit vor allem die öffentliche Verwaltung wächst. Rot-Grün-Rot hat in der letzten Periode über 1000 zusätzliche Stellen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben geschaffen. Gerade Verwaltungsjobs werden aber in der Privatwirtschaft durch die Digitalisierung immer effizienter.

Letztlich gilt: Eine gut funktionierende Stadtverwaltung ist eine Grundvoraussetzung für unser funktionierendes Gemeinwesen. Sie muss sich aber auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren und transparent sein. Letztlich gilt auch für den kommunalen Haushalt: private Jobs bringen Steuern, öffentliche Jobs kosten Steuern.

Bielefeld muss viel sorgfältiger auf die Vermeidung von Interessenskonflikten achten. Fallen wichtige Entscheidungen nicht in den dafür vorgesehenen Gremien, werden Abhängigkeiten geschaffen und ausgenutzt, wird zu viel nicht-öffentlich verhandelt und beschlossen, ist das jedes Mal ein Verlust an Demokratie und Freiheit. Wir drängen daher auf Transparenz, klare Regeln und eine strenge Auslegung von Befangenheitstatbeständen.

Öffentliche Unternehmen sollen von Managern geführt und von Aufsichtsräten überwacht werden, die bestmöglich dafür qualifiziert sind. Parteibuchbesetzungen lehnen wir ab. Positionen in Ämtern und städtischen Gesellschaften müssen transparent an die Besten vergeben werden. Nur so können die Bürger wieder Vertrauen in den Stadtrat und die Verwaltung fassen. Transparenz in nicht wettbewerbsrelevanten Entscheidungen ist das effektivste Kontrollinstrument, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Auch die Akteure selbst brauchen ein klares Regelsystem. Zu dessen Entwicklung muss externe Sachkenntnis hinzugezogen werden.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Endlich anfangen: Verwaltungsmodernisierung

201. **Konzentration auf das Wesentliche.** Wir wollen eine konsequente kritische Analyse aller Verwaltungsaufgaben durchführen, um unnötige Arbeit zurückzuführen und Doppelstrukturen auszulösen. Durch konsequente Nutzung der Digitalisierung werden Prozesse automatisiert und vereinfacht. Nicht mehr benötigte Stellen können wir streichen. Wir werden das interne Personalmanagement in der Stadtverwaltung verbessern, so dass bei Wegfall von Stellen die gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Perspektiven in der Verwaltung erhalten. Durch die Nutzung

der natürlichen Fluktuation wollen wir die unter Rot-Grün aus dem Ruder gelaufenen Personalkosten durch die Zurückführung von Stellen und Aufgaben eindämmen.

202. **Verwaltungsstruktur erheblich vereinfachen.** Hierzu gehören der Abbau von Doppelzuständigkeiten und die Zusammenlegung von Ämtern. Unnötiges Berichtswesen und vermeidbare bürokratische Prozesse wollen wir abschaffen.
203. **Immobilienervicebetrieb modernisieren und privatisieren.** Wir möchten den ISB neu ausrichten. Dabei sollen Geschäftsbereiche, wie die Bewirtschaftung der städtischen Immobilien, das kaufmännische und technische Facilitymanagement, der Bereich Planung, Bauen und Erhaltung städtischer Immobilien sowie die Hausmeister- und Reinigungsdienste zunehmend in private Hände gegeben werden. Immobilien, die nicht für städtische Zwecke benötigt werden, sollen verkauft werden. Das Facility Management von Schulen wollen wir nach dem Vorbild des Kreises Herford ausschreiben (s. Kapitel „Schule“)
204. **Umweltamt abschaffen und in die Stadtentwicklung integrieren.** Das Umweltamt hat sich über die Jahre und unter dem Einfluss der Grünen zu einer Super-Behörde mit weitgehender Blockademacht entwickelt. Ihr Wirken verstärkt das institutionelle Gegeneinander verschiedener Ämter innerhalb der Bielefelder Stadtentwicklung, zieht Entscheidungsprozesse unnötig in die Länge und verteuert so Planungsprozesse in unserer Stadt. Umweltfachliche Belange sollten stattdessen gleich bei Bauplanungen u.ä, im Bauamt mitbedacht werden. Andere Aufgaben sollten zunächst einmal kritisch auf ihren Umfang, ihre Durchführung und ihre Daseinsberechtigung hinterfragt werden, um sie ggf. zu reduzieren oder abzuschaffen. Das Amt soll dann in das Bauamt integriert werden.
205. **Deutschlands modernste Verwaltung schaffen.** Durch einen intensiven Vergleich mit anderen Städten und externen Untersuchungen sollen stärker als bisher Verbesserungsmöglichkeiten in den Verwaltungsabläufen und bei der Umsetzung der Digitalisierung gefunden werden. Wir wollen von den Besten lernen und unsere Prozesse auf den Prüfstand stellen. Um das Ideenreservoir der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei stärker einzubinden, wollen wir das betriebliche Vorschlagswesen in der Verwaltung deutlich stärker ausbauen.
206. **Betriebliches Vorschlagswesen ausbauen.** Wir wollen ein betriebliches Vorschlagswesen mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung und Effizienzerhöhung aufzusetzen und innerhalb der Verwaltung intensiv bewerben. Die Prämienhöhe für eingereichte und umgesetzte Vorschläge soll sich dabei, wenn möglich, an einem Anteil der hierdurch realisierten Einsparung orientieren.
207. **Arbeitsabläufe analysieren.** Eine Analyse, welche Arbeiten in der Verwaltung entbehrlich sind, da sie keinen Bürgernutzen stiften, und wo Doppelstrukturen bestehen, ist Ausgangspunkt der Verwaltungsmodernisierung. Bis diese Leistungen

identifiziert sind, befürworten wir einen Einstellungsstopp in der Verwaltung in Verbindung mit einem internen Personalmanagement. So können auch kurzfristig wirksame Einsparpotenziale schnell realisiert werden. Wir wollen bei der Verschlinkung der Verwaltungsabläufe ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen.

208. **Prozesssoftware generalüberholen.** EDV-Systeme, die in der Verwaltung eingesetzt werden (z.B. SAP), sind z.T. durch spezifisch für Bielefeld vorgenommene Sonderprogrammierungen schwer handhabbar. Wir wollen, dass die Effizienzpotenziale der Software genutzt werden und setzen uns für eine Überprüfung und Rücknahme dieser Sonderprogrammierungen ein. Schlankere, einfachere Prozesse und geringere Systemkosten sind die Folgen. Denn jedes SAP-Update erfordert eine individuelle Programmierung der Bielefelder Sonderlösung. Eine Anpassung der Strukturen ist auch unser Ziel im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region. Wir befürworten die Beauftragung einer externen IT-Beratung, die die internen Verwaltungsprozesse und ihre Abbildung in IT-Systemen auf Digitalisierungs- und Effizienzsteigerungspotenziale untersucht. Wir wollen den Einsatz von mehr open-source Lösungen prüfen, um damit die Lizenzkosten zu senken und die Abhängigkeit von nicht-europäischen Anbietern auch aus Sicherheitsgründen mindern.
209. **Bürgerberatung komplett digital umsetzen.** Um die Bürgerberatung weiter zu digitalisieren, sollen mehr Verwaltungsprozesse über das Internet zu erledigen sein. Hierzu wollen wir zu Beginn der Wahlperiode eine Gesamtdarstellung aller Prozesse der Bürgerberatung erarbeiten, die über das Netz abbildbar wären. Hieraus erstellen wir einen verbindlichen Zeitplan bis wann welcher Prozess digitalisiert ist. Mehr Angelegenheiten online erledigen zu können, hat für uns Priorität vor der Frage, ob einzelne Bürgerberatungen ein paar Stunden länger geöffnet haben. Die Einführung der digitalen Bauakte unterstützen wir, auch hier hat Bielefeld viel aufzuholen.
210. **Gläsernes Rathaus schaffen.** Wir wollen mit einer „Open Government“-Initiative das gläserne Rathaus schaffen und mehr Transparenz und Teilhabe ermöglichen. Das Informationsfreiheitsgesetz NRW soll proaktiv angewendet werden. Dokumente zum Verwaltungshandeln sollen, wenn keine der gesetzlich fixierten Gründe dagegensprechen, grundsätzlich und zwingend über das Internet für jeden abrufbar sein. Es ist grundsätzlich die geringstmögliche Gebühr bei Informationsgesuchen anzusetzen. Die bisherigen Open Data Angebote sind deutlich auszubauen und zu verstetigen. Vor allem sind nicht nur geschlossene PDF-Dateien einzustellen, sondern auch digitale Rohdaten. Die Stadt Bielefeld sollte pro-aktiv Gesellschaftsverträge, Gutachten, Gebührenbedarfsberechnungen und andere wichtige Entscheidungen ihrer Unternehmen und Einrichtungen auf dem Open-Portal veröffentlichen. Es muss eine klare Verantwortlichkeit für den Aus- und Aufbau der Open-Data-Angebote geben. Wir werden dazu die von der Ratsmehrheit abgelehnte kommunale Informationsfreiheitsatzung erneut einbringen und beschließen lassen. Die Digitalisierung der Archive wollen wir nutzen, um den Open-Data Bestand auszubauen.

211. **Echte Bielefeld-App umsetzen.** Wir wollen eine Bielefeld App, die ihren Namen verdient und nicht nur die Umsetzung der Homepage in einem anderen Format ist. Mit dieser App sollte das Tagesgeschäft der Verwaltung verbessert werden: Meldung von defekter Infrastruktur (Schlaglöcher, Lampen, volle Mülleimer oder wilde Müllkippen), Termin Vergabe der Ämter (Bürgerberatung, Kfz-Anmeldung, etc.), aktive Benachrichtigung der Verwaltung über Besonderheiten (Ausfall von Dienstleistungen, Sonderaktionen etc.). Die App darf nicht überladen sein, sondern muss sich das wesentliche konzentrieren.

→ **Politische Strukturen modernisieren, Partizipation erhöhen**

212. **Mehr Entscheidungen öffentlich treffen.** Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gemeindeordnung muss stärker bei der Planung und Durchführung von Gremiensitzungen beachtet werden. Nicht die öffentliche, sondern die nicht-öffentliche Verhandlung ist zu begründen. Im Zweifel soll die Öffentlichkeit gelten. Eine Auslagerung von Entscheidungen aus öffentlich tagenden Gremien in nicht-öffentliche Arbeitskreise oder Unterausschüsse lehnen wir ab.

213. **Die Stadt ist keine Beute – Dezernate nach Eignung besetzen, Bielefelder Landrecht abschaffen.** Wir wollen die Vergabe der Dezernentenstellen, also der obersten Verwaltungsbeamten, in Bielefeld, die auf einer politischen Absprache der drei großen Parteien, dem sog. „Bielefelder Landrecht“, beruht, neu regeln. Durch diese Vereinbarung zwischen SPD, CDU und Grünen, die Dezernenten fest an die Fraktionen aufzuteilen und den einer Fraktion zugesagten Dezernentenposten automatisch zu wählen, sind die Dezernenten in der Realität nicht dem gesamten Rat, sondern nur „ihrer“ Fraktion gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrechte zur Abbildung eines politischen Konsenses in der Verwaltungsspitze lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Ausschlaggebend muss aber die Qualifikation der Bewerberin bzw. des Bewerbers sein und höher bewertet werden als ihre bzw. seine Parteizugehörigkeit. Auch die Aufteilung der Geschäftsbereiche darf nicht unantastbar sein. Wir werden einen transparenteren Bewerbungs- und Auswahlprozess für Mitglieder der Verwaltungsspitze durchsetzen. Hierzu gehört, dass die Ausschreibungsergebnisse für Dezernentenstellen allen im Rat vertretenen Gruppen und Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, damit diese sich ein umfassendes Bild machen können und ihre Wahl von Fakten und nicht von Absprachen und Geschäften auf Gegenseitigkeit abhängig machen.

214. **Rats-TV wieder einführen.** Ratssitzungen sollen wieder im Internet übertragen und archiviert werden. Wegen der hohen Kosten für Gebärdendolmetscher hatten SPD, CDU und Grüne die Übertragungen wieder abgeschafft. Nun kann niemand mehr über das Netz die Sitzungen verfolgen. Wir wollen eine einfache Übertragung mit automatisierten Untertiteln. Die Übertragung ausgewählter Ausschusssitzungen und Sitzungen von Bezirksvertretungen wollen wir ebenfalls prüfen und ermöglichen. Die Aufzeichnungen wollen wir in eine Mediathek überführen.

215. **Online Portal zur Bürgerbeteiligung.** Wir wollen das bestehende Ratsinformationssystem zu einem umfassenden Online Portal erweitern, auf dem sich jede Bürgerin und jeder Bürger zur Bielefelder Politik informieren kann. Neben Tagesordnungen und Beschlüssen sollen dort die aufgezeichneten Streams von Rats- und Ausschusssitzungen abrufbar sein. Das Portal soll alle Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten vereinen, online Diskussionen ermöglichen und Kontakte zur Politik vereinfachen.
216. **Ausschusstruktur verschlanken.** Jeder Ausschuss erzeugt Kosten nicht nur durch die Aufwandsentschädigungen für die Ausschussmitglieder, sondern auch durch Verwaltungskapazitäten, die gebunden werden. Unterbeschäftigte Ausschüsse suchen sich zudem neue, zumeist ausgabenwirksame Betätigungsfelder. Wir setzen uns für eine Verringerung der Anzahl der Ausschüsse ein. So ist der Umweltausschuss eher aus parteitaktischen Proporzüberlegungen aus dem Stadtentwicklungsausschuss herausgelöst worden. Wir wollen eine Wiederezusammenführung anstreben.
217. **Klimabeirat abschaffen.** Der Klimabeirat wird durch Abgesandte verschiedener Gruppierung gebildet und nicht demokratisch gewählt. Er macht Anregungen und hat ein Vorschlagsrecht für die Verwendung eines Budgets von 200.000 Euro pro Jahr. Hiermit wurden zumeist kleine und kleinste Förderprogramme aufgesetzt, die erheblichen Aufwand durch ihre Verwaltung, Kontrolle und Ausführung verursachen. Die Abschaffung dieses Gremiums ist daher ein Beitrag zur Stärkung demokratischer Verantwortlichkeit sowie zur Vereinfachung von Entscheidungsprozessen und zur Entbürokratisierung.
218. **Struktur der Stadtbezirke reformieren.** Wir wollen die Zahl der Stadtbezirke und Bezirksvertretungen langfristig verringern und wollen als Einstieg die Zusammenlegung von zwei oder drei Bezirken zu einem neuen als Pilot vornehmen. Art der Entscheidungsfindung und Bürgernähe sind Faktoren, die für diesen Pilotbezirk zum Ende der Ratsperiode analysiert werden.
219. **Bezirksvertretungen stärken.** Die Bezirksvertretungen sind unmittelbarer Anlaufpunkt für Einwohner in den Bezirken. Entscheidungen sind allerdings leider allzu häufig von der Verwaltung ignoriert worden. Wir werden für ein neues Miteinander zwischen Bezirksvertretungen und Verwaltung sorgen, bei dem die Verwaltung politische Beschlüsse umsetzt. Die Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen wollen wir erweitern.
220. **Bürgerbegehren stützen.** Bürgerinnen und Bürger, die über ein Bürgerbegehren Entscheidungen in der Stadt voranbringen wollen, sollen durch die Verwaltung bestmöglich unterstützt werden. Rechtsverbindliche Auskünfte vor der Sammlung von Unterschriften und eine proaktive Beratung unabhängig von der Zielsetzung des Begehrens soll die Interaktion von Verwaltung und Initiatoren prägen.

→ **Transparenz erhöhen, Filz bekämpfen**

221. **Transparenz über Beschäftigungen von Ratsmitgliedern schaffen.** Alle Mandatsträger sollen schriftlich Auskunft geben über Beruf, Anstellung, Beteiligungen, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Vereinen und Verbänden sowie über ihre Bezüge und geldwerten Vorteile, die sie von städtischen Unternehmen, etwa durch Aufsichtsratsmandate oder berufliche Tätigkeiten erhalten haben. Der Anteil der städtischen Auftragssumme am Gesamtumsatz des jeweiligen Arbeitgebers ist ebenfalls auszuweisen, wenn er eine Geringfügigkeitsgrenze überschreitet. Diese Angaben sind durch die Stadt jährlich in geeigneter Form (Internet, Amtsblatt, Jahresabschluss) zu veröffentlichen.
222. **Externe Dritte in die Aufsichtsräte.** Wir wollen, dass in jeden Aufsichtsrat von städtischen Gesellschaften mindestens ein von der Stadt bestellter professioneller Aufsichtsrat entsandt wird und die Mandate der Stadt somit nicht ausschließlich nach Parteiproporz verteilt werden.
223. **Aufsichtsräte qualifizieren.** Ehrenamtliche Kommunalpolitiker sind nicht automatisch gute Aufseher und treffen doch Millionenentscheidungen. Die Mitglieder von Aufsichtsräten sind daher vor Wahrnehmung des Mandats intensiver zu schulen als bislang. Es sollen Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Aufsichtsrat hinsichtlich der Qualifikation aufgeführt werden. Dies wären eine kaufmännische Ausbildung, ein geeignetes, abgeschlossenes Studium, mindestens aber eine erfolgreich absolvierte Weiterbildung in Bilanz, Buchführung und Betriebswirtschaft.
224. **Nur noch maximal drei Aufsichtsratsmandate pro Person.** Wir wollen die Anzahl der Aufsichtsratsmandate in städtischen Gesellschaften, die eine Person ausüben kann, auf drei begrenzen. Bislang sind fünf Mandate zulässig. Eine aktive Wahrnehmung der Aufsichtsrats-tätigkeit erfordert einen hohen Zeitaufwand, der eine effektive Kontrollfunktion nicht für eine große Zahl von Mandaten erlaubt.
225. **Keine Aufseher, die zugleich Arbeitnehmer sind.** Arbeitnehmer des jeweiligen Unternehmens sollen aufgrund der unvermeidlichen Interessenskonflikte grundsätzlich nicht als Vertreter der Stadt Bielefeld in den Aufsichtsrat des entsprechenden Unternehmens entsandt werden.
226. **Aufsichtsratsvergütungen transparent machen.** Die Vergütung je Aufsichtsrat ist für alle Beteiligungen im jährlichen Beteiligungsbericht den einzelnen Mitgliedern zuordenbar aufzuführen.
227. **Keine politische Beeinflussung durch städtische Unternehmen.** Die Geschäftsführung städtische Unternehmen hat dafür Sorge zu tragen, dass das Unternehmen nicht aktiv in die politische Willensbildung eingreift. Neben direkten Zuwendungen an Parteien und Wählergemeinschaften sind politische Meinungsäußerungen des Unternehmens zu unterlassen. Eine Beeinflussung von politischen Wahlen, Bürgerentscheiden und ähnlichen Verfahren der Bürgerbeteiligung gehört nicht zum öf-

fentlichen Zweck städtischer Unternehmen (Beispiel Linie 5) und stellt eine Veruntreuung öffentlicher Gelder dar.

228. **Beteiligungsverwaltung stärken.** Die Beteiligungsverwaltung muss durch organisatorische und personelle Maßnahmen eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Kontrolle der Unternehmen erhalten. Beteiligungsverwaltung/Konzerncontrolling könnten durch ein Recht auf Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen mit beratender Stimme erheblich gestärkt werden.
229. **Geschäftsführer nach Qualifikation besetzen.** Mitglieder der Geschäftsführung von Unternehmen mit obligatorischem Aufsichtsrat sollten grundsätzlich nur nach einem Auswahlverfahren zur Bestenauslese unter Mitwirkung einer externen Personalberatung bestellt werden. Die Erstbestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung könnte zunächst nur für drei Jahre erfolgen, um unnötige Kosten bei fehlender fachlicher und sozialer Kompetenz, die sich erst im Amt erweist, zu vermeiden.
230. **Keine überzogenen Abfindungen vereinbaren.** Bei vorzeitiger Beendigung der Geschäftsführertätigkeit dürfen keine unangemessenen Abfindungen gezahlt werden. Bei Abschluss der Anstellungsverträge sind entsprechende Höchstbeträge zu vereinbaren.
231. **Zum Jahresabschluss städtischer Unternehmen in öffentlicher Sitzung berichten.** Der Bericht über festgestellte Jahresabschlüsse sollte grundsätzlich in öffentlicher Sitzung erfolgen. Eine Beratung in öffentlicher Sitzung ist heute ein Gebot der Transparenz.
232. **Compliance Regeln für städtische Unternehmen vorgeben.** Die Stadt sollte ihre Unternehmen verpflichten, Compliance-Richtlinien für die Beschäftigten zu erlassen und den wesentlichen Inhalt vorgeben.
233. **Sponsoring transparent durchführen.** Transparenz im Bereich des Sponsorings durch kommunale Unternehmen ist durch öffentliche Sponsoringberichte zu gewährleisten, in denen Sponsor und Gesponserte mit den jeweiligen Zuwendungen aufgeführt werden. Für Stadtwerkstiftung und Sparkassenstiftung ist ebenfalls ein jährlicher Bericht mit Auflistung der geleisteten Zuwendungen zu erstellen und zu veröffentlichen. Aktives Sponsoring durch kommunale Unternehmen und Einrichtungen oberhalb einer Bagatellgrenze sollte grundsätzlich durch den Aufsichtsrat genehmigt werden.
234. **Städtische Unternehmen grundlegend auf Transparenzlücken untersuchen.** Wir wollen, dass durch externe Experten, etwa von Transparency International, die wesentlichen Abläufe in städtischen Unternehmen bei Auftragsvergaben, Geschäftsführerauswahl, Aufsichtsratsbesetzungen, Unternehmensführung usw. auf mögliche Interessenkollisionen und Einfallstore für Korruption überprüft werden. Ein hieraus abzuleitender Maßnahmenkatalog ist dann schnell umzusetzen.

235. **Antikorruptionskonzept aktualisieren.** Die Stadtverwaltung hält ein Drittel der Arbeitsplätze für besonders korruptionsgefährdet, was eine Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Präventionsmaßnahmen fast unmöglich macht. Hier wollen wir eine Neubewertung vornehmen. Nach Erkenntnissen der Kriminalwissenschaften kommt der Rotation bzw. den geforderten Ersatzmaßnahmen höchste Bedeutung zu. Sensibilisierung und Fortbildung allein reichen nicht zur nachhaltigen Korruptionsbekämpfung aus.
236. **Aufdeckung von Korruption fördern.** Um Beschäftigten der Verwaltung oder in kommunalen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, anonym auf Interessenskonflikte oder Korruption hinzuweisen, ist eine Rechtsanwältin / ein Rechtsanwalt als Ombudsstelle einzusetzen. Zusätzlich ist die Stelle Antikorruption im Rechnungsprüfungsamt sollte zu einem Korruptionsbeauftragten aufgewertet werden, der weisungsunabhängig ist und den Bürgerinnen und Bürger als Ansprechperson zur Verfügung steht. Verwaltungsintern sind die Möglichkeiten, Verstöße gegen die Antikorruptionsregelungen zu melden, bekannt zu machen. Die Verwaltungsleitung muss eine Kultur schaffen, in der Korruptionsmeldung als Pflicht und Beitrag zur Verbesserung und nicht als Netzbeschmutzung angesehen wird.
237. **Beteiligungen und unternehmerische Risiken verringern, Interessenskonflikte abbauen.** Strategisch nicht notwendige Beteiligungen sind abzubauen, um Interessenskonflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Hierfür ist eine strategische Bewertung aller bestehenden Beteiligungen durchzuführen (siehe Kapitel Wirtschaft).
238. **Digitales Bürgerportal schaffen.** Wir werden ein zentrales Bürgerportal einführen, das Verwaltungsleistungen vollständig digital ermöglicht – ohne Medienbruch. Anträge, Auskünfte und Termine müssen online machbar sein.
239. **Bürgerbeteiligung digitalisieren.** Beteiligung soll dort stattfinden, wo sie tatsächlich Mehrwert stiftet. Wir wollen Beteiligungsgremien digitalisieren und Prozesse vereinfachen. Ineffiziente Gremien werden wir auf ihre Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls auflösen.

Kulturstadt Bielefeld

Die Herausforderung

Kultur verbindet, regt an zu Diskussion und Gedankenaustausch, spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhalt und der Entwicklung einer Gesellschaft und ist eine wichtige Quelle der Inspiration. Die Kunstfreiheit zu verteidigen und vor politischen Einflüssen jedweder Ausrichtung zu schützen, ist uns als Freien Demokraten in Zeiten erstarkender Extreme in der Gesellschaft wichtiger denn je.

Kultur ist mehr als ein weicher Standortfaktor. Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist Quelle für Inspiration und Innovation und damit Grundlage der Zukunftsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft. Kunst und Kultur stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften.

Wir wollen in Bielefeld ein hochwertiges und vielfältiges Kulturangebot sichern. Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung kultureller Initiativen sowie von Theatern, Museen und Orchestern ein.

Unser Kompass

Kunst und Kultur sind Bindeglieder unserer Gesellschaft und wichtiger Motor für Innovation und Entwicklung in unserer Stadt. In Zeiten knapper werdender öffentlicher Haushalte und der Notwendigkeit solider Finanzpolitik, wollen wir die Ausgaben für Kulturförderung in Bielefeld konstant halten. Wir setzen uns ein sowohl für flächendeckende kulturelle Angebote für Musik, Theater und bildender Kunst, wie auch für den Erhalt von Museen oder der Pflege und Ergänzung bestehender Stadtzeichen sowie der Kunst im öffentlichen Raum. Dabei setzen wir auf die ausgewogene Förderung von freier und etablierter Szene. Ehrenamtliches Engagement im Kulturbereich wollen wir fördern und dafür gezielt werben.

Wir wehren uns gegen die Überfrachtung der Kultur mit zu großen gesellschaftspolitischen Erwartungen. Kultur kann nicht durch die Verwaltung geplant werden, sondern braucht Freiraum, um sich zu entwickeln. Die Freiheit der Kunst werden wir entschlossen verteidigen. Jeder Form von Zensur oder Beeinflussung künstlerischer Entfaltung stellen wir uns entgegen. Entgegen früherer Annahmen ist Bielefeld eine wachsende Stadt – eine Stadt, die sich in die Zukunft orientieren sollte. Das soll und muss auch für die Kunst und Kultur in dieser Stadt gelten, die eine bedeutsame und bisher vernachlässigte Säule nachhaltiger Stadtentwicklung ist. Im Wettbewerb mit anderen Städten ähnlicher Größe wollen wir die Bedingungen sowohl bei der Kulturproduktion als auch Kulturrezeption deutlich verbessern.

Die Kulturszene ist ein wichtiger Resonanzraum für gesellschaftspolitisch relevante Themen und sollte auch ideell durch die Kulturpolitik und Kulturverwaltung als solcher gefördert und

begriffen werden. Wir wollen die destruktiven Gräben und überholte Kategorien, wie die unzeitgemäße Polarisierung zwischen der sog. freien Szene und Einrichtungen der sog. Hochkultur, überwinden. Des Weiteren wollen wir die Professionalisierung der Kulturpolitik und Kulturverwaltung im Hinblick auf neue Anforderungen an Vermittlung, Förderverfahren, Teilhabe und die Produktion von Kunst und Kultur im digitalen Zeitalter vorantreiben.

Unsere Maßnahmen – was zu tun ist:

240. **Aufbruch in eine neue Kulturpolitik.** Die große kreative Energie und Innovationsfreude der freien und städtischen Kulturakteure ist beeindruckend und bereichert die Stadt. Die Zeit ist reif für eine ebenso ambitionierte und inhaltlich koordinierte kommunale Kulturentwicklung, die Kulturverwaltung und Kulturpolitik befähigt, öffentliche Mittel zielorientiert und mittels Prioritäten so zu allokalieren, dass sie möglichst viel bewirken und einen Beitrag für eine qualitätsvolle Kulturarbeit leisten. Die Kulturverwaltung begreift sich als Ermöglicher und entspricht den Belangen der Kulturakteure in ihrem Bemühen sich den Herausforderungen der Digitalisierung, dem demographischen Wandel und der Individualisierung zu stellen.
241. **Formulierung eines Zielbildes für die Kulturentwicklung.** Der 1. und 2. Kulturentwicklungsplan dient dabei der Kulturverwaltung und Kulturpolitik als Basis, Entwicklungsszenarien zu erarbeiten, Widersprüche aufzuzeigen, Konflikte zu entschärfen und ein transparentes und kooperatives Klima zu schaffen, in dem Vertrauen aufgebaut wird, das auch kooperative Wandlungsprozesse ermöglicht. Dabei begreifen wir Kulturentwicklung als fortlaufenden Prozess, der gleichzeitig den Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen systematisch evaluiert, dokumentiert und transparent macht.
242. **Bühnen und Orchester stärken.** Wir bekennen uns zu allen drei künstlerischen Sparten der städtischen Bühnen und Orchester. Die Rudolf Oetker Konzerthalle entwickelt sich unter der gemeinsamen Intendanz des Stadttheaters zu einer Institution mit europäischer Bedeutung und Leuchtturmwirkung. Das Bielefelder Stadttheater und die Konzerthalle benötigen finanzielle Planungssicherheit und Wertschätzung für ihre innovative Arbeit.
243. **Kunsthalle ausbauen.** Die Kunsthalle ist ein herausragendes Ausstellungshaus von internationaler Bedeutung. Wir setzen uns für eine der Bedeutung des Hauses entsprechend qualifiziert ausgeführte Sanierung sowie eine funktionale Erweiterung der Gebäudestruktur ein, die zeitgemäßer Präsentationsästhetik entspricht. Die Idee eines separaten Depots soll weiterverfolgt werden. Sowohl das Ankaufs- als auch das Ausstellungsbudget muss ein ambitioniertes Ausstellungsprogramm ermöglichen.
244. **Klare Verantwortlichkeiten für die Kunsthalle.** Dass mit der Kunsthalle verbundene Themen nicht im Kulturausschuss behandelt werden dürfen, ist nicht sachgerecht. Wir wollen eine verbesserte Anbindung der Kunsthalle an die kulturpoliti-

sche Diskussion und mehr externen Kultursachverständigen in den Entscheidungsgremien etablieren.

245. **Zukunftsbild der Kulturverwaltung entwerfen.** Die Bielefelder FDP setzt sich nachdrücklich für die Neuaufstellung des Kulturamtes ein. So soll das „Kulturamt der Zukunft“ weniger als Veranstalter mit eigener Programmambition auftreten, insbesondere dort, wo auch freie Träger engagiert sind. Das Kulturamt der Zukunft wird Ermöglicher/Türöffner, (digitaler) Servicesteller/Vermittler, Impulsgeber und Netzwerkstelle für die Kulturakteure der Stadt. Insbesondere soll es zukünftig auch z.B. die Beratung zu Sicherheitskonzepten, Projekt- und Veranstaltungsmanagement und Sponsoring anbieten und diesbezüglich digitale Service-Angebote und Vorlagen zur Verfügung stellen.
246. **Kulturförderung verbessern.** Wir werden die Praxis der Kulturförderung mit ihren Kriterien und Richtlinien auf ihre Transparenz und Passgenauigkeit hin überprüfen und weiterentwickeln. Wichtig ist, dass der verwaltungstechnische und bürokratische Aufwand minimiert wird. Im Sinne der Planungssicherheit für freie Kulturakteure sind einerseits mehrjährige Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sinnvoll, andererseits müssen auch neue und innovative Formate die Chance auf Förderung erhalten. Wir wollen daher zeitgemäße Ansätze für Kulturförderverfahren und innovative, spartenübergreifende Förderinstrumente etablieren, z.B. individuelle Künstlerpreise zur Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden ermöglichen und die Förderung für neue Genres öffnen (Gaming, Cross-over Angebote, Off-Räume und Clusterförderung). Wir schließen eine Förderung von Vorhaben, Maßnahmen und Projekten aus, die antisemitische, rassistische und andere menschenverachtende Positionen propagieren, tolerieren oder legitimieren.
247. **Kulturelle Zwischennutzungen erleichtern.** Wir wollen einen digitalen „Leerstandsmelder“ unter der Regie des Kulturamtes einrichten, der Akteuren das Auffinden von Räumen zur Zwischennutzung vereinfacht. Eine digitale Tauschbörse soll die kooperative Nutzung von Materialien und anderen Ressourcen ermöglichen (Ergänzung des soll die kooperative Nutzung von Materialien und anderen Ressourcen ermöglichen (Ergänzung des Technikpools des Kulturamtes).
248. **Sprachrohr der freien Szene im Kulturausschuss verstetigen.** Wir unterstützen ausdrücklich die Repräsentation der freien Szene im Kulturausschuss der Stadt Bielefeld. Die unabhängige Artikulation gemeinsamer Interessen der Kunst- und Kulturschaffenden zur fachlichen Beratung der Kulturpolitik ist wertvoll und essentiell für informierte kulturpolitische Entscheidungen.
249. **Wissenstransfer in die Kulturpolitik gewährleisten.** Qualifizierende Elemente, wie Fachbeiräte und Jurys sollen zukünftig eine größere Rolle bei der Beratung von Entscheidungsprozessen in der Kulturpolitik Bielefelds spielen. Mit der Etablierung

von Kompetenzzentren zu Digitalisierung und Fördervermittlung wollen wir den Wissenstransfer von der Kulturverwaltung und Förderakteuren fördern.

250. **Masterplan Kulturbauten aufstellen.** Wir wollen die kulturelle Infrastruktur, die der Ausgangspunkt kulturellen Lebens ist, dauerhaft sicherstellen und entwickeln, in dem wir die Zusammenführung aller geplanten und notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen in einem Masterplan Kulturbauten anstreben. Wir wollen ein konzept-basiertes Vorgehen bei der Sanierung von Kulturbauten etablieren.
251. **Bielefeld als Kulturstadt profilieren.** Um das Image als Kulturstadt zu schärfen, soll sich Bielefeld als Austragungsort von Festivals mit überregionaler Bedeutung, wie dem Tanzfestival, profilieren. Dazu soll ein Festivalförderkonzept erarbeitet und bestehende und potentielle neue Festivals in das Stadtmarketingkonzept integriert werden.
252. **Private Kulturförderung stärken.** Wir werden uns weiter auf Landesebene dafür einsetzen, dass stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen entwickelt werden, die Anreize für Unternehmen und Privatpersonen setzen, Kultureinrichtungen zu unterstützen. Wir wollen „Stifter“ ermutigen, als Kulturmäzene zu wirken und werden dafür einen dedizierten Ansprechpartner in der Kulturverwaltung benennen. Des Weiteren setzen wir uns für den Einsatz der „Matching Funds Methode“ ein, die die Auslobung öffentlicher Mittel mit dem Einwerben privater Mittel in bestimmter Höhe verbindet.
253. **Kulturpreis aufwerten.** Wir wollen eine Fachjury zur Auswahl von Preisträgern des Bielefelder Kulturpreises einrichten und die Satzung dahingehend überarbeiten, dass sie dem Preis mehr Gewicht und Bedeutung verschafft.
254. **Sponsoring transparent machen.** Die Transparenz des Kultursponsorings durch kommunale und private Unternehmen muss durch die Veröffentlichung eines Sponsoringberichts gewährleistet sein.
255. **Mehr tun für kulturelle Bildung.** Wir wollen das Konzept für kulturelle Bildung weiterentwickeln und seine Effektivität regelmäßig evaluieren. Die Kooperation zwischen Kulturamt, Bildungsbüro, Amt für Schule und Jugendamt soll sich verstetigen und die freie Szene ein- und anbinden. Wir wollen insbesondere die Bielefelder Kinder und Jugendlichen durch die Begegnung mit Kunst und Künstlern aller Sparten in ihrer individuellen Entwicklung fördern. und Unser Ziel ist es, dass kulturelle Institutionen und Akteure stärker in das Programm von Ganztagschulen/OGS einbezogen werden. In diesem Zusammenhang wird die Kooperation mit den Trägern der Nachmittagsbetreuung gesucht, um Standards für Angebote der kulturellen Bildung zu etablieren und zu verstetigen.

256. **Zugangsbarrieren zu den städtischen Museen senken.** Die Einführung eines freien Eintritts für alle in städtischen Museen an einem bestimmten Wochentag wollen wir prüfen.
257. **VHS-Programm politisch ausgewogen gestalten.** Wir wollen, dass die Programmangebote im Bereich Gesellschaft und Politik der Volkshochschule parteipolitisch neutral und ausgewogen sind. Sind Referenten eindeutig parteipolitisch verortet, muss dies in Ankündigung und auf der Veranstaltung klar benannt werden. Die politische Kontroverse zu den behandelten Themen sollte durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte abgebildet werden.
258. **Volkshochschule nicht als Konkurrenz zu Vereinen und Privaten.** Die VHS achtet insbesondere im Bereich Sport verstärkt darauf, dass angebotene Kurse nicht in Konkurrenz zu Vereinsangeboten oder Privatanbietern treten. Weitgehend identische Angebote sollen unterbleiben.
259. **Konzertveranstalter und Clubs unterstützen.** Wir wollen als Unterstützung die veranstaltungsbezogene Vergnügungssteuer abschaffen und prüfen, welche weiteren Möglichkeiten die Stadt zur Förderung von Anbietern von Veranstaltungsräumen hat.
260. **Alle Stadtteilbibliotheken sonntags öffnen.** Die von uns initiierte Sonntagsöffnung der Hauptbibliothek ist ein großer Erfolg. Wir verstehen auch die Stadtteilbibliotheken als bedeutende Lern- und Kulturorte für alle Bevölkerungsgruppen. Um die Ausweitung der Öffnungszeiten auf Sonn- und Feiertage zu erreichen, wollen wir die Fördermöglichkeiten für Angebote dieser Art nutzen.
261. **Marketing für die Bielefelder Kultur verbessern.** Wir wollen die Bielefelder Kultur mehr in den Fokus des Stadtmarketings rücken und setzen uns für die konsequente Umsetzung des Kulturmarketingkonzeptes ein, das die künstlich konstruierte Trennung von internem und externem Marketing in zwei organisatorische Einheiten zurücknimmt. Ziel des Marketings soll eine professionellere innerstädtische Kulturkommunikation, aber auch eine schärfere nationale Wahrnehmung des Kulturraumes Bielefeld als attraktiver Wohn- und Lebensraum und als Tourismusdestination sein. Dabei gilt es, für Bielefeld ein schärferes kulturelles Profil zu entwickeln.
262. **Befragung zu Kunst- und Kulturbedürfnissen durchführen.** Die Durchführung einer Bevölkerungsbefragung zum Thema Kunst- und Kulturrezeption soll eine zielgruppenorientierte Planung, Gestaltung und Steuerung künftiger kulturpolitischer Weichenstellungen ermöglichen. Die bisher spärliche Datenlage zum Kulturpublikum wollen wir durch ein umfassendes Modell zur empirisch-quantitativen Erfassung des Kultursektors verbessern. Kulturpolitik und Fachöffentlichkeit erhielten damit diffe-

renzierte Daten und Hintergrundinformationen (Kulturstatistik) zur Bewertung und Steuerung kulturpolitischer Maßnahmen bzw. zum Abbau von Teilhabebarrieren.

263. **Kooperation von Museen stärken.** Wir setzen uns für die inhaltliche und örtliche Bündelung der Museen ein, um die Attraktivität für Besucher zu erhöhen. So begrüßen wir die Entwicklung eines „historischen/naturkundlichen“ Museumszentrums im Ravensberger Park, eines „Kunstdreiecks“ mit Kunsthalle, Kunstforum und Kunstverein und ein biologisch-ökologisches Zentrum mit Botanischem Garten, Bauernhausmuseum und Tierpark. Das Kulturmarketing soll Initiativen der jeweiligen Institutionen und Akteure für kulturelle und museale Leitsysteme, gemeinsame Ausstellungskonzepte und zentrales Veranstaltungsmanagement begleiten und unterstützen.
264. **CSD als Kulturevent fördern.** Der jährlich stattfindende und selbstorganisierte Bielefelder Christopher Street Day soll stärker als Kulturevent mit gesamtstädtischer Bedeutung bewertet und auch vermarktet werden. Wir wollen dafür werben, dass die Unterstützung des CSD noch breiter wird und auf alle gesellschaftlichen Akteure in der Stadt zugehen, um für Beteiligung zu werben.
265. **Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln.** Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiges Wirtschaftsfeld der Stadt Bielefeld. Wir wollen unsere Bemühungen in diesem Wirtschaftszweig intensivieren, indem wir verwaltungs- und einrichtungsübergreifend Leitlinien zur systematischen und nachhaltigen Stärkung der Branche entwickeln und Kooperationen zwischen Wirtschaftsförderung, Hoch- und Berufsschulen und Kulturakteuren fördern.
266. **Kunst im öffentlichen Raum schützen und erweitern.** Wir wollen Richtlinien zu Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum formulieren und diese Formate fördernd begleiten. Wir ergänzen die Bestandsaufnahme der Kunstwerke im öffentlichen Raum im Rahmen des Regiopole-Projektes mit der Benennung eines Moderators/Ansprechpartners/Kümmers /Kurator für Kunst im öffentlichen Raum, der in der Kulturverwaltung angesiedelt ist. Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept zur Kunst im öffentlichen Raum wollen wir in Abstimmung mit den Bezirksvertretungen zeitnah umsetzen.
267. **Kulturveranstaltungen spontan anmelden.** Wir setzen uns für die Einführung einer Spontanmeldung musikalischer Tanz-und anderer Kulturveranstaltungen ein. Diese Anmeldung soll 24 bis 48 Stunden vor der Veranstaltung noch möglich sein. Hierfür soll ein Verzeichnis geeigneter Flächen soll das Kulturamt angelegt werden.
268. **Stadtteilkultur fördern.** Wir wollen die Kultur auch in den Stadtteilen fördern, denn Bielefeld besteht neben der Innenstadt auch aus vielen attraktiven Ortsteilen.

Das hauptsächlich ehrenamtliche Engagement bei der Organisation von Stadtteilfesten oder in der Aufrechterhaltung und Verbesserung von Angeboten der Stadtteilbibliotheken soll stärker unterstützt werden und Wertschätzung erfahren. Dabei sind bürokratische Hürden abzubauen, und Gebühren zu minimieren.

269. **In der Region für die Kultur zusammenarbeiten.** Als Oberzentrum erfüllt Bielefeld viele kulturelle Funktionen in der Region. Durch Kooperationen mit Kulturinstitutionen in anderen Städten in OWL kann gemeinsam mehr erreicht werden. Wir wollen den Dialog mit anderen Kulturstädten aufnehmen und Termine von überregionalen relevanten Kulturveranstaltungen koordinieren und begleiten.
270. **Pop-up-Kultur fördern.** Wir wollen Genehmigungsverfahren für temporäre Kulturorte vereinfachen und gezielt fördern.
271. **Zentrale Partymeile prüfen.** In Zusammenarbeit mit WEGE mbH wollen wir ein Konzept für eine zentrale Party- und Ausgehmeile entwickeln, die auch für junge Menschen attraktiv ist.

Soziales und Gesundheit

Die Herausforderung

Bielefeld zeichnet sich durch ein außerordentlich breites Sozialangebot und hohen Leistungsniveau im sozialen Bereich aus. Doch trotz aller Bemühungen und einzelnen positiven Entwicklungen nehmen die sozialen Herausforderungen nicht ab, sondern in den letzten Jahren sogar weiter zu: Fast jedes vierte Kind in Bielefeld lebt in einem Haushalt, der auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist. Der Anteil der betroffenen Kinder ist in den vergangenen Jahren weiter angewachsen. Die zunehmende und über dem Lands- und Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit ist die größte soziale Herausforderung.

Das Management der Corona-Pandemie hat hinter die Krisenfestigkeit der Gesundheitsversorgung Fragezeichen gesetzt. Der alternden Gesellschaft gerecht zu werden und durch einfachere und digitale Prozesse die Resilienzfähigkeit des kommunalen Gesundheitsdienstes zu erhöhen, sind die wesentlichen Herausforderungen im Gesundheitswesen.

Unser Kompass

Wir Freie Demokraten trauen den Menschen etwas zu – Kreativität, Fähigkeiten, Willen zu Leistung und Aufstieg. Unser Menschenbild: Die allermeisten Menschen wollen etwas leisten, für sich und für andere. Menschen haben nicht zu wenig Ehrgeiz, sie stehen vor zu vielen Hürden. Deshalb brauchen wir einen entfesselnden, aktivierenden Sozialstaat. Seine zentrale Aufgabe wäre es, diese Hürden abzubauen. Ein entfesselnder Sozialstaat unterstützt die Bürger, sich unabhängig von ihrer Herkunft frei zu entfalten. Denn die große Mehrheit derer, die von der Solidargemeinschaft Hilfe bekommen, will nicht einfach nur versorgt werden: Sie wartet darauf, loslegen zu dürfen – und zwar ohne, dass ihnen der Staat weitere Steine in den Weg legt.

Unser Sozialstaat aber ist widersprüchlich. Zahlreiche seiner Instrumente schaffen neue Ungerechtigkeiten, sie binden und sie schränken ein, anstatt Chancen und Perspektiven zu schaffen. Das macht ihn teuer, ineffizient, intransparent und ungerecht. Gute Sozialpolitik zeichnet sich nicht allein dadurch aus, immer mehr Geld auszugeben. Stark ist der Sozialstaat dagegen, wenn er diejenigen zielgerichtet und mit passgenauen Angeboten unterstützt, die es noch nicht oder nicht mehr ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft schaffen und ihnen dabei Aufstiegschancen eröffnet.

Kommunale Gesundheitsämter haben eine große Verantwortung und erfüllen zentrale Aufgaben des Gemeinwesens. Wir treten daher für eine Stärkung der kommunalen Gesundheitspolitik vor allem durch Effizienzerhöhung ein.

Unsere Maßnahmen – was zu tun ist:

➔ **Bessere Sozialpolitik für Bielefeld**

272. **Sozialpolitik als Querschnittsthema verstehen.** Soziale Herausforderungen lassen sich nicht allein mit sozialpolitischen Maßnahmen im originären Sinne begegnen. Es muss auch in allen anderen politischen Handlungsfeldern stets der sozialpolitische Blickwinkel mitgedacht werden. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und qualitativ gute Bildungspolitik sind nur zwei Beispiele, die einen Beitrag zur Bekämpfung von sozialen Problemen leisten. So haben wir uns als Freie Demokraten beispielsweise für die Schaffung eines vergünstigten Schultickets, kostenlosen Eintritt für Kinder in der Kultureinrichtungen und für eine Stärkung von Sprachangeboten stark gemacht. Wir wollen auch weiterhin Sozialpolitik als Querschnittsthema denken, daher wollen wir unter anderem auf eine stärkere Koordination sowie Absprache zwischen den Schul- und Sozialdezernat drängen. Darüber setzen wir uns dafür ein, einen institutionenübergreifenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
273. **Koordiniert und zielbewusst planen.** Gute Sozialpolitik zeichnet sich für uns auch dadurch aus, die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt möglichst sinnvoll und zielgenau einzusetzen. Wir wollen alle sozialen Angebote und die Prozesse in der Sozialverwaltung systematisch erfassen, analysieren und vereinfachen. Doppelzuständigkeiten, Parallelarbeiten, Zugangsschwierigkeiten und vieles mehr, führen zu ineffizienten Ausgaben, die keinen sozialen Mehrwert bieten. Auch bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben können Prozesse verschlankt und unnötige Bürokratie abgebaut werden, ohne dass die Hilfeleistungen für Bedürftige eingeschränkt werden. Unser Ziel ist es, dass durch eine koordinierte und zielbewusste Planung mehr Geld für sinnvolle Sozialmaßnahmen, die dem Einzelnen helfen, ausgegeben wird. Hierzu gehört auch eine effiziente Erfolgskontrolle. Diese steckt häufig noch in den Anfängen.
274. **Trägervielfalt erhöhen, neue Angebote fördern und Arbeit der sozialen Träger stärken.** In Bielefeld gibt es viele Träger von im weitesten Sinne sozialen Maßnahmen, die eine sehr wertvolle Arbeit leisten. Es gibt jedoch trotzdem Verbesserungsbedarf bei der Transparenz und Koordination der Träger untereinander und bei den Evaluierungen der Projekte. Zudem müssen auch neue Träger ausreichende Möglichkeiten bekommen, bestehende Angebote zu bedienen und zu verbessern. Es braucht einen gesunden Wettbewerb zwischen den Anbietern, damit das Angebot permanent verbessert werden kann. Soziale Angebote, die freie Träger durchführen können, sollen konsequent und transparent ausgeschrieben werden. Sozialverbände sollen aufgrund ihrer fachlichen Expertise Vorrang vor der Selbsterbringung durch die Stadt haben. Die Kompetenz der Sozialverbände wollen wir stärker in den inhaltlichen Austausch mit der Sozialverwaltung bringen. Die Vergabe soll transparent und nach klaren Regeln erfolgen. Auf eine ausreichende Vielfalt unterschiedlicher Träger ist dabei zu achten.
275. **Wirksamkeit von sozialen Leistungen sicherstellen.** Bei den freiwilligen Leistungen der Stadt wollen wir auf die Formulierung überprüfbarer Ziele durch die Verwaltung drängen. Durch Lernen von anderen Städten und mit Hilfe externer Experten

wollen wir die Erfolgskontrolle verbessern. Damit wollen wir sicherstellen, dass die sozialen Maßnahmen der Stadt nicht an den eigentlichen Herausforderungen vorbeilaufen, sondern zielgenau ankommen.

276. **Sozialmittel nicht zweckentfremdet einsetzen.** Die Stadt erhält sowohl Landes-, Bundesmittel als auch Mittel aus öffentlichen Fördertöpfen. Eine Zweckentfremdung entsprechender Mittel lehnen wir ab und setzen uns für eine transparente und zweckentsprechende Verwendung von öffentlichen Geldern ein, damit sie dort ankommen, wo sie hingehören.
277. **Initiativoffensive gegen Kinderarmut starten.** In Bielefeld ist die Kinderarmut in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen. Hinzukommt, dass Armut viel zu häufig weiter vererbt wird. Durch einen starken politischen Fokus auf Bildung möchten wir Kindern und Jugendlichen Aufstiegschancen und Perspektiven eröffnen. Gleichzeitig soll sich aus diesem Grund die Stadt verstärkt gegen Kinderarmut stark machen. Hierzu soll die Stadt eine gemeinsame Initiative mit den verschiedensten Akteuren, wie Schulen und soziale Träger starten, um Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren und einen institutionenübergreifenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
278. **Schulsozialarbeit systematisch durchführen.** Wir wollen ein systematisches Konzept für die Schulsozialarbeit. Aufgaben, Ziele und Umfang je Schule müssen konsistent und nachvollziehbar im Zusammenwirken mit Schulleitung, Lehrerschaft, Eltern und Schülerinnen und Schülern festgelegt und auf die Stadt angewendet werden. Mit einer durch die Stadt moderierten Vernetzung zwischen den Schulsozialarbeitern aller Träger und Schulen sollen Erfolgsbeispiele kommuniziert und ein Austausch vertieft werden.
279. **Bildung als Schlüssel.** Gut ausgestattete Schulen sind eine gute Sozialpolitik. Wir wollen neben unserer Prioritätensetzung auf Bildung insbesondere Schülerinnen und Schüler fördern und fordern, die keinen Schulabschluss erreichen konnten (siehe Kapitel Bildung).
280. **Analphabetismus bekämpfen.** Wir haben mehr funktionale Analphabeten in Bielefeld als wir glauben. Diesen Menschen, die kaum lesen und schreiben können, bleiben viele Chancen versagt. Wir setzen uns für einen Pakt von Schulen, Volkshochschulen, Betrieben und Sozialämtern ein, um gemeinsam funktionalen Analphabetismus beständig und nachhaltig zu bekämpfen und für das Thema zu sensibilisieren. Migranten sind eine Zielgruppe, die verstärkt in den Fokus genommen werden soll.
281. **Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken.** Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Verbände ein. Neben den Betreuungseinrichtungen bieten sie pädagogisch sinn-

volle Freizeitangebote an und leisten insbesondere in Vierteln mit erhöhtem Entwicklungsbedarf unverzichtbare Beiträge zur Integration.

282. **Politische Neutralität gewährleisten.** Wir wollen, dass Kinder- und Jugendbetreuungsleistungen, wie zum Beispiel in der OGS und der offenen Jugendbetreuung, nicht ideologie- und politiknah erfolgen. Nichts spricht gegen politische Bildung, allerdings muss diese die stets politisch-weltanschaulich neutral erfolgen, damit sich Kinder und Jugendliche frei entwickeln können. Um dies zu gewährleisten, sollen die Träger mit Hilfe eines Kodex zur politischen Neutralität verpflichtet werden.
283. **Entwicklungsgesellschaft REGE evaluieren und weiterentwickeln.** Die Entwicklungsgesellschaft REGE befasst sich aktuell mit einem sehr diversen Aufgabenspektrum und ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Wir wollen dies evaluieren und prüfen, welche Aufgaben sinnvoll bei der REGE aufgehoben sind. Unter anderem wäre eine stärkere Fokussierung auf die Einbindung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu prüfen.
284. **Kinder besser schützen.** Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes „Schutz vor Gewalt gegen Kinder“ wollen wir die verbindlichen Qualitätsstandards im Bereich Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt verstärkt umsetzen. Die Umsetzung bei Angeboten der freien Träger wollen wir zum Bestandteil der Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Trägern machen.
285. **Childhood-House in Bielefeld ansiedeln.** Das Childhood-Haus ist eine kinderfreundliche, multidisziplinäre und behördenübergreifende ambulante Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die Opfer oder Zeugen von (sexualisierter) Gewalt und Misshandlung geworden sind. Childhood-Häuser existieren beispielsweise in Leipzig, Heidelberg, Düsseldorf oder Berlin. Die Finanzierung würde über das Land NRW erfolgen. Im Verdachts- oder erklärten Fall von Gewalt gegen ein Kind oder Jugendlichen werden diese im Childhood-Haus in kinderfreundlicher Atmosphäre durch den gesamten Verlauf aus Untersuchungen und Befragungen begleitet. Durch die enge behördenübergreifende Kooperation können Untersuchungen und Befragungen des Kindes auf ein Minimum reduziert werden. Durch die hohe Qualität der Vernehmung, die normalerweise durch einen Ermittlungsrichter erfolgt, und deren Dokumentation im Childhood-Haus, kann den betroffenen Kindern eine weitere Aussage erspart werden und einer Retraumatisierung des Kindes wird vorgebeugt. Wir wollen die bestehenden Aktivitäten zur Errichtung einer solchen Einrichtung fördern und uns beim Land NRW dafür einsetzen.

→ Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung schaffen

286. **Wahlfreiheit der Lebensentwürfe ermöglichen.** Menschen mit Behinderung sollen Wahlfreiheit über die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens haben. Wir möchten, dass Menschen mit Behinderung, soweit wie möglich selbst über die Form der

Leistungserbringung an sie entscheiden und wollen uns zudem für die Wahlfreiheit zwischen stationärer Einrichtung, betreutem Wohnen und Wohngemeinschaften einsetzen.

287. **Verbesserte Begleitung volljähriger Menschen mit Behinderungen in Hilfesysteme.** Die soziale und medizinische Betreuung von Kindern mit Handicap ist oft gut organisiert. Mit Erreichen der Volljährigkeit stehen die bekannten Ansprechpartner und Hilfesysteme jedoch nicht mehr zur Verfügung und die Betroffenen und ihre Familien müssen sich mühsam ein neues Hilfesystem aufbauen. Dabei ist die Berufsausübung ein wichtiger Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen eine Begleitung zur Unterstützung der Betroffenen, die gut über freie Träger organisiert werden kann. Mehr Menschen mit Behinderung sollen den Weg aus den Behindertenwerkstätten in Integrationsunternehmen oder auf den ersten Arbeitsmarkt finden. Dabei stehen Selbstbestimmung und Inklusion im Vordergrund. Jeder Mensch mit Handicaps soll individuell gefördert und ein passendes Arbeitsangebot erhalten. Damit das gelingt, brauchen viele Unternehmen entsprechende Unterstützung.

288. **Barrierefreiheit schaffen.** Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine echte Barrierefreiheit in Bielefeld im kompletten öffentlichen Raum ein. Das schließt auch die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung ein. Öffentliche Gebäude wollen wir noch besser für sehbehinderte Menschen zugänglich machen. Dafür wollen wir alle öffentlichen Gebäude der Stadt Bielefeld durchgängig mit Tafeln in Braille-Schrift ausstatten und zusätzlich die Installation einer optischen Wegführung durch ein gut sichtbares Farbleitsystem prüfen.

→ **Moderne Drogenpolitik und effiziente Gesundheitsverwaltung schaffen.**

289. **Wohnortnahe medizinische Versorgung sicherstellen.** Gerade in Außenbezirken ist die Versorgung mit Haus-, Kinder- und Frauenärztinnen und -ärzten häufig nicht zufriedenstellend. Wir wollen, dass sich Ärztinnen und Ärzte in der Nähe der Wohnorte der Bielefelderinnen und Bielefelder neu ansiedeln und dort auch bleiben. In Kooperation mit den in Bielefeld praktizierenden Ärztinnen und Ärzten sowie der kassenärztlichen Vereinigung ist eine Maßnahmenplanung zur Anwerbung von Ärztinnen und Ärzten zu konzipieren und umzusetzen.

290. **Krisenfestigkeit verbessern.** Die Verbreitung des Coronavirus hat gezeigt, wie verletzlich das öffentliche Leben ist. Darauf muss Bielefeld zukünftig besser vorbereitet sein. Wir brauchen einen schlagkräftigen und agilen öffentlichen Gesundheitsdienst. Um auf Krisenlagen künftig schneller und effizienter reagieren zu können, soll ein konkreter Pandemieplan für Bielefeld erstellt werden. Grundlage ist ein Runder Tisch, der die Erfahrungen der Corona Pandemie zusammenträgt, Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert und auf dieser Basis neue Richtlinien für einen Pandemiefall erarbeitet.

291. **Drogenkonzept fortlaufend weiterentwickeln.** Durch die bestehenden Drogenkonsumräume, die Substitutionsambulanz, das Methadon-Programm, die Diarmorphin-Ambulanz und verschiedene Suchtberatungen stehen vielfältige Möglichkeiten der Betreuung und Beratung der drogenkranken Menschen zur Verfügung. Wir

wollen, dass das Drogenkonzept der Stadt Bielefeld laufend an die aktuelle Situation angepasst und aktualisiert wird. Dazu ist die regelmäßige Evaluierung notwendig ebenso wie eine intensive Beratung, um die Situation der Betroffenen zu lindern und Hilfsmöglichkeiten zu eröffnen.

292. **Mehr Kurzzeitplätze in der Pflege schaffen.** Der Bedarf an Kurzzeitpflege nimmt weiter zu. Sie ermöglicht, dass Pflegebedürftige länger in ihrer vertrauten Umgebung leben können, da so im Falle einer Erkrankung oder nach einem Krankenhausaufenthalt der vorübergehend erhöhte Betreuungsbedarf abgedeckt werden kann. Für pflegende Angehörige ist die Kurzzeitpflege zudem eine ganz wichtige Entlastung. Im Rahmen der kommunalen Pflegeplanung setzen wir uns daher für einen Ausbau der Kurzzeitpflege ein. Innovative Vergütungsmodelle sind hierfür zu prüfen.
293. **Parken für ambulante Pflegedienste erleichtern.** Wir wollen ambulanten Pflegediensten ein deutlich vereinfachtes Parken ermöglichen, damit Pflegekräfte die zu betreuenden Klienten schneller und ohne finanzielle Einbußen erreichen können.
294. **Pflegende Angehörige stärken.** Selbsthilfegruppen und Beratungsangebote für pflegende Angehörige wollen wir fördern und prüfen, wie wir Angehörige besser in den Planungsprozess zur Pflege integrieren können.
295. **Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen Erkrankungen stärken.** Psychische Erkrankungen sind häufig und werden oft unterschätzt. Darüber hinaus sind sie immer noch mit hohen Tabus und Stigmata belegt. Oft kommt es zu einem Suizid. Studien haben zeigen können, dass die Suizidrate im Rahmen einer Aufklärung rückläufig war, aber wieder ansteigt, als die Aufklärungsaktivitäten beendet waren. Wir wollen in der kommunalen Gesundheitskonferenz diskutieren, wie Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen Erkrankungen durch kommunale Maßnahmen weiter verbessert werden können.
296. **Digitale Hilfe für psychische Gesundheit.** Wir wollen psychologische Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche durch niedrigschwellige, digitale Lösungen ergänzen.

Integration und Gleichstellung – Bielefeld die moderne Heimatstadt

Die Herausforderung

Heimat ist, wo man verwurzelt ist und wo man neue Wurzeln schlagen kann. Bielefeld ist eine weltoffene Stadt, die Platz für diverse Lebensentwürfe und religiöse Vielfalt hat. Diese Toleranz und Weltoffenheit ist immer wieder herausgefordert und muss neu verteidigt werden.

Die überwältigende Mehrheit zugewanderter Menschen lebt integriert und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist Deutschland auf qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Strukturelle Benachteiligung wie u.a. hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Schul- oder Berufsausbildung, mangelhafte Sprachkenntnisse oder fehlende soziale Kontakte und Bindungen zu der Mehrheitsgesellschaft sind Integrationshemmnisse. Für viele der in der letzten Einwanderungswelle in Bielefeld angekommenen Menschen muss der Übergang von einer ersten Orientierung und Betreuung zu einem eigenständigen Leben noch erfolgen, dies ist für die Integration die entscheidende Herausforderung.

Unser Kompass

Bielefeld ist eine Einwanderungsstadt. Wir wollen Anziehungspunkt für alle sein, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, die bereit sind zur Integration und damit einen positiven Beitrag für das Zusammenleben leisten. Bielefeld braucht qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt, keine Einwanderung in die Sozialsysteme. Internationalität begreifen wir als Schlüssel für die Entwicklung Bielefelds zu einer europäischen Stadt, die weiß, woher sie kommt. Offen für Neues, aber auch ein klares Bekenntnis zur Pflege von Bielefelder Traditionen – so gelingt die moderne Heimatstadt.

Wir lehnen jede Form von Rassismus, Extremismus, Homophobie und Antisemitismus ab. Eine freie Stadtgesellschaft funktioniert nur, wenn jeder anderen Freiheit gewährt und sie gleichberechtigt leben lässt. Gegnern dieser Maxime werden wir, unabhängig von ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit, entschieden widersprechen. Als Richtschnur unseres freien Zusammenlebens sehen wir unser Grundgesetz an.

Menschen mit nicht-deutscher Herkunftssprache und tiefen Bezügen zu anderen Kulturräumen sehen wir als eine große Bereicherung und eine große Chance für unsere Stadt, ohne die Herausforderungen der Integration zu verkennen. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Wir fragen nicht, wo jemand herkommt, sondern wo jemand hinwill. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen, ohne dass Kinder aus Zuwandererfamilien ihre Mehrsprachigkeit aufgeben.

Das Bemühen von Integration ist keine Einbahnstraße. Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das ethnische und kulturelle Anderssein akzeptiert wird. Wir haben Respekt vor alternativen Lebensentwürfen und vor unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen. Wir sind aber auch gegen Parallelgesellschaften von Migranten innerhalb unserer Gesellschaft und verlangen vehement die Einhaltung von Regeln, die wir uns für unser Zusammenleben gegeben haben.

Bielefeld ist offen für vielfältige Lebensentwürfe. Ob sexuelle Orientierung und Identität, religiöses Bekenntnis und Praxis, oder körperliche Besonderheiten – wir möchten in einer toleranten und inklusiven Stadt leben. Wir setzen uns für die Anerkennung und Wertschätzung von selbstgewählten Lebensentwürfen und angeborenen Identitäten ein. Niemand darf für seine Individualität angefeindet oder ausgegrenzt werden. Dies gilt auch für politische Grundüberzeugungen, die solange sie andere achtet, nicht zu Ausgrenzungen führen darf. Politik für Diversität ist nicht nur eine Sorge um Minderheiten, es geht um die Wertschätzung und die Freiheit aller Menschen.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Zuwanderer integrieren

297. **Für Zugewanderte mit Bleibeperspektive eine Stadt der Ankunft sein.** Sowohl Sprach- wie auch Integrationskurse müssen niedrigschwellig, aber auch verpflichtend für jeden angeboten werden. Neben dem Spracherwerb, müssen auch die Grundlagen unseres Staates und Grundgesetzes vermittelt werden - dazu gehören die Stellung der Frau, von LSBTI+ Personen und der Respekt von jeglichen religiösen Gruppen zueinander.
298. **Mehr Ordnung in der Zuwanderung unterstützen - Keine migrationspolitischen Alleingänge machen.** Zuwanderung nach Deutschland muss besser geordnet werden. Dies geschieht in Verantwortung von EU, Deutschland und dem Land NRW. Wir unterstützen die kommunale Ausländerbehörde in der Umsetzung der auf höheren Ebene festgelegten Regeln und getroffenen Entscheidungen. Dies gilt auch bei der Anordnung und Durchsetzung von Abschiebungen. Aufnahmen über die Verpflichtungen Bielefelds hinaus lehnen wir ab. Auch eine Mitgliedschaft Bielefelds in Vereinen mit migrationspolitischer Zielsetzung (z.B. „Sichere Häfen“) sehen wir kritisch.
299. **Sprachförderung ist der Integrationsschlüssel.** Wir wollen alle Möglichkeiten mobilisieren, damit alle Kinder so umfassend, so schnell und so zeitnah wie möglich Deutsch lernen. Dazu brauchen wir bedarfsdeckende Klassen mit Deutsch als Fremdsprache (DaF), in denen geschultes Personal arbeitet, sowohl an Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen. Aber auch in den Kitas muss verstärkt Deutsch gelernt werden. Als weiterer Baustein kann das Potenzial älterer Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Tandempartnerschaften zwischen Senioren und Geflüchteten halten wir dabei für einen sinnvollen Weg. Darüber hinaus wollen wir, dass mit aufsuchender Sozialarbeit nicht integrierten Menschen Perspektiven der Integration und damit neue Chancen aufgezeigt werden.

300. **Herkunftssprache fördern.** Die Forschung zur Mehrsprachigkeit hat deutlich herausgearbeitet, dass für Kinder, die Deutsch als Zweitsprache erwerben, die richtige Beherrschung der Herkunftssprache eine wichtige Voraussetzung ist. Wir möchten, dass diese Kinder zwei Sprachen gut beherrschen und nicht beide schlecht. Diese Förderung muss so früh wie möglich erfolgen. Wir fordern daher neben dem Ausbau und einer wesentlich intensiveren Bewerbung des herkunftssprachlichen Ergänzungsunterrichts in den Schulen (siehe Kapitel Bildung) den Ausbau von herkunftssprachlich-bilingualen Kita-Gruppen.
301. **Besuch von Integrationskursen vereinfachen.** Um den Besuch von Integrationskursen für junge Mütter zu vereinfachen, sollten Kinderbetreuungsangebote zu einer ausreichenden Anzahl von Kursen angeboten werden.
302. **Einbürgerungen erleichtern und feiern.** Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist zumeist Ausweis einer gelungenen Integration und auch ein wichtiger Meilenstein in der jeweiligen Lebensgeschichte. Als aufnehmende Gesellschaft freuen wir uns über den Wunsch, die Staatsbürgerschaft anzunehmen. Wir haben daher mit anderen in der letzten Periode durchgesetzt, dass hierzu einmal im Jahr ein Einbürgerungsfest im Rathaus veranstaltet wird. Dies wollen wir weiter unterstützen und ausbauen. Wir wollen zudem prüfen, ob die vom Bund festgelegten Gebühren durch die Stadt übernommen werden können. Die Möglichkeit der Einbürgerung wollen wir in der Öffentlichkeit bekannter machen.
303. **Gründungen fördern Integration.** 25% aller Unternehmensgründungen erfolgen in Bielefeld durch Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen, dass die städtische Wirtschaftsförderung Unternehmensgründungen an dieser Stelle zusätzlich stimuliert. Beratung und Werbung für die Selbstständigkeit kann hier viel Unternehmergeist freisetzen. Dafür sind zielgruppengerechte Angebote eine Erfolgsvoraussetzung (siehe Kapitel Wirtschaft). Die auf unsere Initiative hin unternommenen Bemühungen erachten wir als nicht umfangreich genug.
304. **Vielfalt im öffentlichen Dienst fördern.** Die Vielfalt unserer Gesellschaft sollte sich auch in der personellen Struktur des öffentlichen Dienstes widerspiegeln. Leider nehmen viele Menschen mit Migrationshintergrund einen Beruf im öffentlichen Dienst nicht als Möglichkeit für sich selbst wahr. Eventuelle Hemmschwellen müssen mit gezielten Werbeaktionen an Bielefelder Schulen abgebaut werden.
305. **Integrationsrat stärken.** Die Mittel für die Arbeit des Integrationsrates wollen wir erhöhen und weiter proaktiv mit dieser Vertretung zusammenarbeiten. Maßnahmen zu Erhöhung der Wahlbeteiligung wollen wir fördern. Wir möchten dem Vorstand des Integrationsrates ein Mitspracherecht bei der Besetzung seiner Geschäftsstelle einräumen und sicherstellen, dass der Integrationsrat vor Besetzung der Leitung des Kommunalen Integrationszentrums angehört wird.

306. **Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen strukturell ausbauen.** Migrantenselbstorganisationen sind ein starker und wichtiger Beitrag für eine gelingende Integration. Wir wollen diese fördern und wo möglich besser vernetzen. Ihr Engagement wollen wir stärker durch die Stadtspitze anerkennen und unterstützen.
307. **Erinnerung an Gastarbeitergeneration pflegen.** Den Beitrag der sog. Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu unserer Gesellschaft wollen wir dokumentieren und dadurch anerkennen. Die von uns initiierte Ausstellung „angekommen“ war hierfür ein wichtiger Meilenstein. Wir regen an, dass das Historische Museum die Spuren der Geschichte der Gastarbeitergeneration systematisch sammelt und archiviert, damit weitere Ausstellungen u.Ä. zu diesem wichtigen Kapitel der Stadtgeschichte zusammengestellt werden können.
308. **Freie Religionsausübung gewährleisten.** In Bielefeld lebt eine wachsende Zahl von gläubigen Muslimen unterschiedlicher Herkunft. Wir treten dafür ein, dass sie wie alle anderen Angehörigen von Religionsgemeinschaften auch, die Möglichkeit erhalten, für sich angemessene Gebetsräume zu schaffen. Für die Akzeptanz von Moscheen in der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft ist ein umfassender Dialog hilfreich. Er dient dazu, Ängste und Vorbehalte abzubauen und trägt zum fairen Miteinander von Christen, Muslimen, Juden, Anders- und Nichtgläubigen bei.
309. **Jüdisches Leben in Bielefeld fördern.** Wir wollen Projekte des Kennenlernens vom modernen Judentum in unserer Stadt fördern. Dazu gehören für uns die Förderung der Projekte der Mahn- und Gedenkstätte im Stadtleben auch außerhalb von Gedenktagen mehr zu verankern. Auch die Pflege von Stolpersteinen in unserem Stadtbild gehört ebenso dazu wie auch der verstärkte Austausch zwischen Stadtgesellschaft und Jüdischer Gemeinde. Mehr Schüleraustausche in unsere israelische Partnerstadt Nahariya zu realisieren, gehört für ein lebendiges Miteinander dazu. Wir unterstützen die gemeinsame Zielsetzung aller Fraktion des Rates, jedem Bielefelder Schulkind eine Gedenkstättenfahrt zu ermöglichen.

→ Hilfe für Geflüchtete

310. **Geflüchteten Unterkunft und Perspektive geben.** Für uns Freie Demokraten ist es eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung, Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen, müssen menschenwürdig untergebracht werden. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung und eine gleichmäßige Verteilung über die Stadtbezirke ein.
311. **Keine gesonderten Aufnahmen.** Bielefeld kommt seinen Verpflichtungen bei der Unterbringung von Geflüchteten seit Jahren vorbildlich nach. Dies wollen wir beibehalten. Zusätzliche Aufnahmen führen durch das System der Zuweisungsquoten zu einer verringerten Aufnahme von Geflüchteten in anderen Städten. Wir lehnen solche Alleingänge ab.

312. **Integration für Integrationswillige, Abschiebung für Integrationsunwillige.** Wer bei uns arbeiten und seinen Lebensunterhalt verdienen möchte, soll daran nicht durch Arbeitsverbote gehindert werden. Ganz im Gegenteil: Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht ist die Bereitschaft, sich in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies wollen wir wo immer möglich fördern. Wird ein Asylgesuch abgelehnt und ist kein Integrationswille erkennbar oder liegen sogar Straftaten vor, wollen wir aber eine konsequente und zügige Rückführung durchführen.
313. **Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu gemeinnützigen Arbeiten heranziehen.** Wir wollen prüfen, wie Geflüchtete deutlich stärker gemeinnützigen Arbeiten verrichten können. Das schafft einen Gegenwert für die gewährte Unterstützung und ist ein ersten Integrationsschritt.

→ Bielefeld international

314. **Pflege der Städtepartnerschaften deutlich ausbauen.** Die Partnerschaften Bielefelds mit anderen Städten auf der ganzen Welt bieten eine gute Chance, die Perspektiven zu erweitern und Vorurteile abzubauen. Diese Chancen müssen viel engagierter ergriffen werden. Die Vereine, die sich mit viel ehrenamtlichem Engagement um die Pflege der Beziehungen zu ihren Partnern kümmern, wollen wir besser unterstützen.
315. **Neue Partnerschaft mit taiwanesischer Großstadt.** Taiwan ist eine prosperierende, die Menschenrechte wahrende Demokratie, die massiven Einschüchterungsversuchen Chinas und diplomatischer Isolation unterworfen ist. Wir wollen durch eine Partnerschaft ein Zeichen der Solidarität geben und gleichzeitig durch einen Austausch auf technischer, kultureller, wirtschaftlicher und administrativer Ebene auf Augenhöhe Neues lernen.
316. **Mehr Schüleraustausch mit Partnerstädten.** Das Kennenlernen neuer Kulturen und die Begegnung mit ihren Menschen ist eine wertvolle Erfahrung und bester Garant für eine weltoffene und tolerante Haltung. Das Netz unserer Partnerstädte sollten wir intensiver hierfür nutzen. Der Aufbau und die Unterstützung direkter Schulkontakte müssen verstärkt und systematisiert werden.
317. **Zweisprachigkeit der Verwaltung ausbauen.** Wir wollen englische Sprachangeboten in der Verwaltung ausbauen, damit sich etwa ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bielefelder Unternehmen in unserer Stadt schneller wohl fühlen und leichter zu Recht finden. Der Erwerb englischer Sprachkenntnisse soll daher ein Schwerpunkt der Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiter sein. Ziel ist eine vollständig zweisprachige Verwaltung.

→ LSBTIQ* gleichstellen

318. **Kommunales Gleichstellungskonzept weiterverfolgen.** Wir haben 2017 das kommunale Gleichstellungskonzept befürwortet und wollen dieses weiterverfolgen und ausbauen. Dieses Programm u.a. für die Bereiche Soziales, Wohnen, Gesundheit, Jugend ist ein vom Rat beschlossenes Maßnahmenpaket. Wir setzen uns für eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen ein und wollen den Prozess intensiv politisch begleiten. Eine jährliche Berichterstattung im Hauptausschuss des Rates stellt dies sicher. Besonders wichtig ist uns die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements.
319. **Ehrenamtliches Engagement fördern.** Es gibt in Bielefeld eine Vielzahl an freien Hilfs-, Beratungs- und Betreuungsinstitutionen von LSBTIQ* Vereinen und Initiativen. Diese wollen wir weiter unterstützen und fördern. Durch die Schaffung einer Anlaufstelle innerhalb der Stadtverwaltung ist eine Verstetigung dieses privaten Engagements erreicht worden.
320. **CSD stärker herausstellen.** Der jährlich stattfindende und selbstorganisierte Bielefelder Christopher Street Day soll stärker als Kulturevent mit gesamtstädtischer Bedeutung bewertet und auch vermarktet werden. Bielefeld Marketing kann sich hier umfassender einbringen. Wir wollen dafür werben, dass die Unterstützung des CSD noch breiter wird und auf alle gesellschaftlichen Akteure in der Stadt zugehen, um für Beteiligung zu werben. Der politische Charakter der Veranstaltung soll dabei nicht in Frage gestellt werden.
321. **Räume für LSBTIQ*-Veranstaltungen und Beratung zur Verfügung stellen.** Wir wollen den städtischen Raumbestand auf Nutzungsmöglichkeiten für ehrenamtlich organisierte Angebote für LSBTIQ* überprüfen, da insbesondere Beratungsmöglichkeiten fehlen.

Regionale Zusammenarbeit – Unsere Region als Trumpf im Standortwettbewerb

Die Herausforderung

Bielefeld ist das Oberzentrum in Ostwestfalen-Lippe. Diese Rolle muss nicht nur in der Stadtpolitik sichtbar sein, sie muss auch strategisch definiert sein. Bielefeld hat im Wettbewerb mit anderen Großstädten einen großen Vorteil: Unsere Region. Ostwestfalen-Lippe ist eine starke Region und Bielefeld ist mit Abstand die größte Stadt. Darin liegen immense Chancen. Das Einzugsgebiet für unseren Einzelhandel ist attraktiv, unsere Hochschulen und Kultureinrichtungen strahlen in die gesamte Region aus. OWL ist mit seiner gesunden und innovativen Wirtschaftsstruktur ein „hidden champion“ der europäischen Regionen. Gemeinsame Initiativen wie das Spitzenclusterprogramm „It's OWL“ haben gezeigt, welche Potenziale in der regionalen Zusammenarbeit liegen.

Regionale Zusammenarbeit ist vielschichtig. Die Chancen liegen sowohl in der gesamten Region OWL, als auch im näheren Umfeld wie der Regiopole (Städtekooperation im näheren Umkreis: Herford, Bad Salzuflen etc.) und den benachbarten Kreisen Herford und Gütersloh. Die große Klammer ist OWL, der Markenkern ist Bielefeld.

Leider wurden diese Chancen in den letzten Jahren nicht konsequent genutzt. Desinteresse oder kleinliche Streitereien prägten unser Verhältnis zu den Nachbarkommunen. In manchen Feldern stehen wir auch im Wettbewerb mit unseren Nachbarn, aber unsere Hauptwettbewerber sind Städte gleicher Größenordnung in ganz Deutschland und unsere Nachbarn sind dabei ein zentraler Vorteil. Darum müssen wir die Potenziale, die unsere Stellung in unserer Region bietet, konsequent nutzen.

Andere Regionen und Regiopole bringen sich bereits in Stellung. Wir dürfen diese Entwicklung nicht verschlafen.

Unser Kompass

Bielefeld muss sich gegenüber seinen Nachbarstädten partnerschaftlich verhalten: Selbstbewusst, aber nicht überheblich; die eigenen Interessen wahren, aber zunächst das Gemeinsame fördern; die Verständigung suchen statt die Eskalation in Kauf zu nehmen. Von einem guten Miteinander in OWL profitieren wir alle, denn wir stehen auch als Region im nationalen Wettbewerb und wollen dabei alle unser gemeinsames Einzugsgebiet als Trumpf einsetzen.

Wir wollen daher aktiver als bislang den Kontakt zu den anderen Kreisen, Städten und Gemeinden in OWL suchen und ausbauen. Für regional bedeutsame Themen wollen wir uns an vorderster Linie einsetzen und ein Sprecher der Region mit Gewicht werden. Die interkommunale Zusammenarbeit muss in allen Bereichen verstärkt werden. Kommunale Leistungen,

die im Verbund angeboten werden, können zudem Steuergelder einsparen ohne den Leistungsumfang zu reduzieren.

Unsere Maßnahmen –Was zu tun ist:

322. **Regiopolregion intensivieren.** Wir wollen mit allen oder einzelnen Kommunen der Regiopolregion umfassende Vereinbarungen zur Umsetzung neuer Projekte der Zusammenarbeit aushandeln. Gerade in den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Kultur liegen enorme Potenziale. So könnten bestimmte Verwaltungseinheiten gemeinsam betrieben, Beschaffungen gebündelt, Bibliotheken vernetzt, Kulturprogramme gemeinsam veranstaltet oder Personalvertretungen wechselseitig organisiert werden. Wir wollen, dass die hieraus entstehenden Kooperationen Vorbild und Keimzelle für ähnlich gelagerte Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen in OWL werden. Die Regiopolregion soll nicht als Konkurrenz zu OWL-weiten Projekten sondern als intensivere Ergänzung und Schrittmacher der Zusammenarbeit in der ganzen Region betrieben werden.
323. **Interkommunale Zusammenarbeit im IT-Bereich forcieren.** Im Bereich der IT wollen wir eine enge Kooperation mit Kommunen und Kreisen der Region eingehen. Eine gemeinsame Softwarebasis wie SAP schafft Synergien und kann von einem einzigen Dienstleister betreut werden. Dieser Dienstleister darf auch privatrechtlich organisiert sein. Wichtig ist, dass die Basis von Soft- und Hardware Komponenten langfristig in allen den teilnehmenden Städten bzw. Kreisen synchronisiert werden, um eine gemeinsame, schnelle, schmale und kostengünstige Betreuung zu schaffen.
324. **Regionale Verantwortung wahrnehmen.** Gegenüber dem Land NRW, dem Bund oder auch der Bahn muss Bielefeld deutlich vernehmbarer Fürsprecher der Region sein. Gemeinsame Appelle initiieren und vorbringen, Interessen und deren Durchsetzung koordinieren – diese Aufgaben sollten in der Region auch und vor allem vom Oberzentrum wahrgenommen werden. Die Bielefelder Verwaltung sollte dazu im regelmäßigen Austausch mit den Landräten stehen.
325. **Flughafen als Projekt der Region.** Auf Veranlassung der Grünen ist Bielefeld als Gesellschafter beim Flughafen Paderborn/Lippstadt ausgestiegen. Mittlerweile wird versucht, flugaffines Gewerbe um das Gelände herum anzusiedeln und den Flughafen als einen Innovationstreiber in der Luftfahrt zu positionieren. Wir befürworten die Prüfung eines Wiedereinstiegs der Stadt Bielefeld als Gesellschafter. Eine Großstadt braucht die Nähe zu einem Flughafen, er ist ein wichtiger Standortfaktor. Auch eine bessere Verkehrsanbindung des Flughafens wollen wir fördern.
326. **It's OWL entschiedener fördern.** Bielefeld muss innerhalb des Spitzenclusters „It's OWL“ eine starke Rolle spielen. Wir wollen, dass die Beteiligung von Bielefelder Unternehmen und Hochschulen durch die Stadt befördert wird, auch hier muss Bielefeld seiner Verantwortung und Führungsfunktion nachkommen.
327. **Bei Feuerwehr, Leitstelle und Notrufen Kooperation suchen.** Eine Leitstelle für Notrufe ist teuer und muss nicht immer neu entwickelt werden. Zwar werden

derzeit bereits neue Leitstellen gebaut, langfristig sollten aber die Stadt Bielefeld und die Kreise Herford und Gütersloh eine Strategie entwickeln, die Leitstellen zusammenzulegen. Nicht nur Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei haben Gemeinsamkeiten, auch der ärztliche Bereitschaftsdienst (Nr. 115 116) kann dabei - wie der Kreis Lippe zeigt - gut integriert werden.

328. **Verkehr besser vernetzen.** Leider endet ein gut abgestimmter ÖPNV oft an den Kreisgrenzen. Zwar gibt es Verbindungen, in der Abstimmung beispielsweise zu Tarifsystem, Stadtbahn oder P&R Systemen hapert es aber. Gerade Bielefeld muss als Oberzentrum mit Hauptbahnhof und rund 120.000 Pendlerbewegungen am Tag besser aus der Region erreichbar werden. Die Elektrifizierung von Verbindungen in die Region ist auch im Bielefelder Interesse.
329. **Durch regionale Planung Förderschulen sichern.** Förderschulen sind eine wichtige pädagogische Ressource, die besonders oft über Stadtgrenzen hinweg genutzt werden. Wir wollen eine regionale Entwicklungsplanung für Förderschulen aufnehmen, um Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf weiterhin die Wahl zwischen Unterricht an einer Förder- oder einer Regelschule zu ermöglichen.
330. **Stärkere Präsenz im Regionalrat.** Der Regionalrat ist ein wichtiges Beschlussgremium bei der Bezirksregierung Detmold. Wir wollen, dass die Bielefelder Verwaltung sich dort intensiver einbringt und eine aktivere Rolle im Konzert der Kreise spielt. Neben der Regionalplanung soll Bielefeld Initiativen zur Stärkung der Region unterstützen und fördern.

Sportstadt Bielefeld entwickeln

Die Herausforderung

Sport bietet eine wichtige Abwechslung zum Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen Gesundheitsvorsorge und dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners. Wer Sport treibt, hat eine höhere Lebensqualität. Außerdem ist Sport auch Quelle sozialen Lernens und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention. Sein integrativer Faktor ist erheblich und eine ganzheitliche Bildung wird durch Sport erst möglich.

Leistungssport ist ein wichtiges Aushängeschild für eine Stadt und hat eine immense Vorbildfunktion. Einzelne nationale und internationale Erfolge Bielefelder Sportlerinnen und Sportler im Spitzensport sind in der Stadt abseits des Fußballs zu wenig bekannt. Der Leistungssport hat einen höheren Stellenwert verdient.

In unserer Gesellschaft wird Sport zu einem großen Teil in ehrenamtlich organisierten Vereinen betrieben. Vereine sind ein wichtiges Bindeglied in der Gesellschaft und bieten soziale Heimat. Das ehrenamtliche Engagement muss kontinuierlich gefördert werden, auch weil es im Wettbewerb zu anderen Freizeitgestaltungen steht. Auch durch die Ausweitung von Schulzeiten wird die Jugendarbeit für Vereine schwieriger.

Unser Kompass

Wir wollen im Rahmen der bestehenden Sportentwicklungsplanung die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen für Vereine und den vereinsungebundenen Sport koordinieren und einen stärkeren Akzent im Spitzensport setzen. Unsere Sportvereine sind ein wichtiger Partner, denn der Sport im Verein ist für den Breitensport, Leistungssport und für den Behindertensport in unserer Stadt von großer strategischer Bedeutung. Wir wollen sie daher noch stärker mit öffentlichen Angeboten vernetzen und diese einbinden.

Als Freie Demokraten begrüßen und fördern wir bürgerschaftliches Engagement. Wo Bürger tätig werden, sollen sich Staat und Stadt zurückhalten. Daher fördern wir das Ehrenamt im Sport und darüber hinaus.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

331. **Masterplan Schwimmen - Jedes Kind soll schwimmen lernen.** Das Schwimmabzeichen in Bronze ist der Ausweis belastbarer Schwimmfähigkeit. Schwimmen zu können wird immer mehr auch zu einer sozialen Frage in unserer Stadt. Damit unabhängig vom Elternhaus jedes Kind nach der Grundschulzeit schwimmen kann, haben wir einen Masterplan Schwimmen vorgeschlagen und wollen, dass die Stadt ihn in der nächsten Periode endlich umsetzt. Hierzu gehören die städtische Erfassung der Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern, das Angebot bzw. die Vermittlung von Kursen in den Schulferien, ausreichende Schwimmhallen-

kapazitäten und die Nutzung der Freibäder. Wir wollen es privaten Anbietern einfacher machen, Schwimmkurse anzubieten und sie in die Konzeption eines koordinierten städtischen Vorgehens einbinden.

332. **Grundschulwettbewerb Schwimmen starten.** Wir wollen einen stadtweiten Wettkampf zum Schulschwimmen initiieren, um dem Thema Schwimmen im Grundschulalter mehr Aufmerksamkeit zu geben. Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters sollen vor allem die Schulen ausgezeichnet werden, die die größten Erfolge bei der Vermittlung der Schwimmfähigkeit erzielt haben.
333. **Ausreichende Bäderkapazitäten planen – Lernschwimmbekken bauen.** Fehlende Hallenzeiten, vor allem aber lange Fahrten zu Schwimmstätten sind für den Schwimmunterricht an Schulen ein großes Hindernis. Wir wollen nach einer systematischen Bedarfs- und Standortplanung Lehrschwimmbekken bauen, so dass Grundschulkindern am Schulstandort oder in kurzer Entfernung hierzu lernen können und die Unterrichtszeit im Wasser und nicht im Bus verbringen. Die Lehrschwimmbekken sind für Kursanbieter zu öffnen.
334. **Freibäder erhalten und intensiver nutzen, flexiblere Öffnungszeiten umsetzen.** Unsere Freibäder sind eine kostenintensive Infrastruktur, die wir möglichst optimal auslasten wollen. Daher fordern wir deutlich flexiblere und wetterabhängige Öffnungszeiten. Insbesondere wollen wir die Öffnungen in den Ferienzeiten ausweiten und an heißen Tagen z.B. Berufstätigen ermöglichen am Abend zu schwimmen
335. **Zusammenarbeit mit den Fördervereinen intensivieren.** Wir wollen eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen der Bädergesellschaft und den Fördervereinen. Das Ehrenamtliche Engagement wollen wir stärker fördern und insbesondere das Know-how der Vereine besser für Entscheidungsprozesse nutzen.
336. **Sportliche Großveranstaltungen nach Bielefeld holen.** Wir wollen, dass Bielefeld deutlicher als bislang auch als Austragungsort großer Sportveranstaltungen wahrgenommen wird. Bestehende Traditionsveranstaltungen wollen wir stärken. Darüber hinaus wollen wir weitere Sporthighlights wie Länderspiele oder nationale Finalkämpfe in einer Vielzahl von Sportarten möglichst kostenneutral nach Bielefeld holen.
337. **Leistungssport systematisch entwickeln und unterstützen.** Wir wollen in einem Masterplan Leistungssport für die kommenden Jahre konzipieren, welche Rahmenbedingungen verbessert werden müssen, damit Bielefeld sich im Leistungssport deutlich weiterentwickeln kann. Das wird Planungen und anschließende Umsetzung für den Ausbau und die Pflege von Vereinssportanlagen, Bau von Sporthallen, Sanierung von Kunstrasenplätzen und finanzielle Unterstützung von Spitzensportvereinen beinhalten. Der Sportschule NRW mit ihren Bielefelder Standorten Theodor-Heuss-Realschule und Helmholtz-Gymnasium kommt im Rahmen dieses Konzeptes eine besondere Bedeutung zu. Nur eine sehr gute Sportinfrastruktur ermöglicht es jungen Bielefelder Sportlerinnen und Sportlern, Spitzenleistungen zu erreichen.

338. **Sport- und Talentförderung stärken.** Wir wollen ein Bielefelder Modell der konsistenten Bewegungs-, Sport und Talentförderung entwickeln und etablieren. Hierzu soll ein Konzept zur Bewegungsförderung von Kindern insbesondere in Stadtteilen mit sozialem Handlungsbedarf entwickelt werden.
339. **Kräfte bündeln, Sportstadt etablieren.** Neben der bewährten Organisation des Schul- und Vereinssportbetriebes wollen wir den Ausbau des Leistungssports inkl. Talentförderung konzeptionell neu aufstellen und koordinieren. Eine strategische Steuerung im Sportamt oder die Schaffung einer Sportagentur nach dem Vorbild anderer Städte wie Düsseldorf könnte eine solche Koordinierung leisten.
340. **Sport in der wachsenden Stadt.** Die Sportentwicklungsplanung wollen wir kontinuierlich weiter entwickeln. Noch 2009 rechnete man beim damaligen Plan mit einem Rückgang der Bielefelder Bevölkerung. Dabei ist uns wichtig, bestehende Sportstätten durch Sanierungen zu erhalten und neue entsprechend der Einwohnerentwicklung Bielefelds sowie aktueller Trends und Entwicklungen im Sportbereich zu errichten bzw. Vereine dabei zu unterstützen, dies zu tun.
341. **Sport im Miteinander gestalten.** Wir streben den Erhalt eines breiten politischen Konsenses in der Bielefelder Sportpolitik an. Wir wollen nicht, dass Vereine gegeneinander oder gegen den vereinsungebundenen Sport ausgespielt werden. Wir setzen auf ein einvernehmliches und konstruktives Miteinander aller Akteure. Sportpolitik soll nicht über, sondern mit den Akteuren und Experten entscheiden.
342. **Verwendung der Sportpauschale fortsetzen.** Die Mittel aus der Sportpauschale sollen nach dem bisherigen Modell weiterverwendet werden. Die öffentlichen Mittel können so durch die beträchtlichen Eigenleistungen der Vereine vervielfachte Wirkung erzielen. Mit Eigenmitteln erbaute Sportstätten werden in der Regel auch nachhaltiger gepflegt. Über die Fördermöglichkeiten sollen Vereine auch durch das Sportamt umfassend informiert und beraten werden.
343. **Privates Kapital für den Sport mobilisieren.** Wir werden private Investoren ermutigen, in Sportstätten zu investieren, beziehungsweise neue zu errichten. Dazu werden wir dafür sorgen, dass die Genehmigungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung unkomplizierter und pragmatischer ausfallen. Einwerbung von Sponsoringmitteln wollen wir erleichtern und die Sponsoringrichtlinie vereinfachen.
344. **Kostenlose Nutzung städtischer Gebäude für die Jugendarbeit.** Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements wollen wir, dass städtische Gebäude für die Jugendarbeit grundsätzlich kostenlos genutzt werden können. Die Nutzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen durch Vereine und Initiativen wollen wir stark vereinfachen und vergünstigen. Dies schließt Sportangebote für Ältere ausdrücklich ein.
345. **Hallenplanung digitalisieren.** Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um die Vergabe von Hallenkapazitäten an Sportvereine zu entbürokratisieren und transparenter zu machen. Durch Lesegeräte in den Hallen soll die Nutzung über-

prüft werden können. Zur Verbesserung der Servicequalität des Hallenzugangs durch Hausmeister soll ein Feedback-System für Vereine eingerichtet werden. Damit soll die Zufriedenheit der Vereine mit Hallenzugang und Hallenkapazitäten erfasst werden, um ggf. Verbesserungen einleiten zu können.

346. **Bewegung von Anfang an.** Als Beginn einer lebenslangen Bewegungskultur sollen Sportstunden in allen Kindertagesstätten verstärkt angeboten werden. Wir wollen dazu mit allen Trägern einen breiten Konsens finden.
347. **Mehr Sport im Rahmen der Schulzeit.** Die Anstrengungen, Sport- und andere Vereine in OGS-Angebote zu integrieren, wollen wir verstärken. Dieser Sport im Rahmen der Schulzeit muss ausgebaut und besser organisiert werden. Wir wollen an den Schulen durch qualifizierte Trainer zu attraktiveren Sportangeboten kommen und die Vernetzung mit Sportvereinen und anderen Schulen in unmittelbarer Nähe zur Schule vorantreiben.
348. **Vereinsunabhängigen Sport fördern.** Wir wollen niedrigschwellige Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt und den Parks pflegen und ausbauen. Bielefeld braucht mehr Bolzplätze, die für alle zugänglich sind. Wir wollen den Zugang zu Schulhöfen grundsätzlich erhalten und ggf. vorhandene Einzäunungen allenfalls nachts verschließen (siehe Kapitel Bildung). Wir befürworten die Aufstellung von Sport-Fitnessgeräten, die auch für Seniorinnen und Senioren genutzt werden können. Die Laufstrecken sollen nicht nur in Stand gehalten werden, sondern auch ausgebaut und ggf. beleuchtet werden.
349. **“E-Sports” in Bielefeld stärken.** Elektronische Spiele gewinnen immer mehr an Beliebtheit. Immer häufiger werden Wettbewerbe ausgetragen, die einen eindeutigen Sportcharakter wie Schach aufweisen. Wir wollen darum den “E-Sport” in Bielefeld stärken und als Sport anerkennen.
350. **Digitale Fitness- und Freizeitangebote.** Wir fördern Outdoor-Sportanlagen mit digitaler Vernetzung. Urbane Sportarten wie Parkour oder E-Sports verdienen unsere Unterstützung.